Autorisé par la censure de la 4e zone

Der Sozialismus in Deutschland

UNIVERSITY OF ST. MICHAEL'S COLLEGE
3 1761 02161702 2

Von
Dr. Otto Müller

I. Teil:
Bis zum Erfurter Programm

1 9 1 9
ladbach, Volksvereins-Verlag GmbH.
Preis Mark 2.50

HX
276
.M83
1919
SMC

UNIVERSITY OF ST. MICHAEL'S COLLEGE
LIBRARY

Der Sozialismus in Deutschland

Von Dr. Otto Müller

I. Teil
Bis zum Erfurter Programm

1919

M. Gladbach, Volksvereins-Verlag GmbH.

Herrn Prälat Prof. Dr. Hitze

dem Bahnbrecher christlicher Sozialpolitik

in Verehrung und Dankbarkeit

Der Verfasser

Inhalt

Vorwort 9
Einleitung: Was unter dem „modernen Sozialismus" zu verstehen ist . . . . . 11—13
Erstes Kapitel: Was dem Entstehen sozialistischer Bestrebungen in Deutschland Nährboden und Anregung gab . . . . . 15—36
§ 1. Die kapitalistische Produktionsweise . . . 15—25
I. Ihr Wesen:
1. Ihr Gegensatz zur frühern Produktionsweise im mittelalterlichen Handwerk.
2. Die kapitalistische Produktion macht das Arbeitsprodukt zum Produktionsmittel, die Produktion für den Bedarf zur Produktion für den Absatz.
II. Ihr Entstehen:
1. Die direkte Vermittlung des Produktes vom Produzenten an den Konsumenten wird verdrängt durch die Vermittlung des Handels (nationaler und Weltmarkt).
2. Die Produktion für den Handel führt einerseits zum Zusammenarbeiten mehrerer Arbeitskräfte, bahnt anderseits die Arbeitsteilung und Maschinenverwendung an.
III. Ihre Folgen:
1. Der Kapitalkräftige nutzt den Kapitallosen und Kapitalschwächern aus.
2. Der ökonomische Liberalismus verschärft diese Folgen.
IV. Die hieraus folgenden Anregungen zu sozialistischen Bestrebungen:
1. Die Trennung von Kapital und Arbeit wird als Ursache der wirtschaftlichen Mißstände empfunden.
2. Besondere Umstände in Deutschland geben den sozialistischen Bestrebungen günstigen Nährboden.
§ 2. Die sozialistischen Bestrebungen in Frankreich im 19. Jahrhundert . . . . . 25—36
I. Sozialistische Bestrebungen während der Revolution 1789:
1. Die Französische Revolution hat nur mittelbar sozialistische Bewegungen veranlaßt.
2. Die Übertragungen des politischen Freiheitsgedankens auf das wirtschaftliche Gebiet: Babeuf.
II. Sozialistische Bestrebungen nach der Revolution von 1789:
1. Die durch die aufkommende Industrie entstehenden wirtschaft

lichen Mißverhältnisse werden durch Neuorganisation der gesellschaftlichen Ordnung zu bessern gesucht:

Graf Saint-Simon will an Stelle der feudalen Grundbesitzer die „Herrschaft der Industriellen", geleitet von einer neuen sozialen Humanitätsreligion.

Charles Fourier will den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf beseitigen durch Vereinigungen, „Assoziationen", wo alle gemeinsam produzieren, besitzen und konsumieren.

2. Nach der Julirevolution 1830 erstarkt das industriell tätige Bürgertum, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit tritt schärfer in Erscheinung:

Louis Blanc will durch staatlich unterstützte Produktivassoziationen die Privatunternehmungen verdrängen.

Pierre Jos. Proudhon bekämpft das „Eigentum als Diebstahl" und erstrebt anarchistische Gemeinden als Träger der Regierung und Produktion.

Zweites Kapitel: Die Anfänge der sozialistischen Bewegung in Deutschland . . . . . 37—56

§ 3. Sozialistische Ideen und Bewegungen vor Lassalle . . . . . 37—39

1. In den Kreisen der Literaten: Junghegelianer — Marx, Stirner.
2. Unter den Handwerksgesellen: Weitling.

§ 4. Die sozialistische Arbeiterbewegung Lassalles 39—56

I. Lassalle, wegen seiner demokratischen Ansichten mit der Fortschrittspartei zerfallen, erhält Beziehungen zur Arbeiterschaft, die sich ebenfalls von der Fortschrittspartei lossagt:

1. Lassalles Vorleben und Beteiligung an den revolutionären Erhebungen (1848); literarische Tätigkeit zugunsten einer aufsteigenden Arbeiterklasse („System der erworbenen Rechte" — „Über den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes").
2. Die Arbeiter suchen auf politischem Wege (allgemeines, gleiches, direktes Wahlrecht) Besserung der wirtschaftlichen Lage, werden mit der Fortschrittspartei wegen Zulassung zum Nationalverein uneinig und ersuchen Lassalle um Aufstellung eines Programms ihrer Bestrebungen für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß. — Lassalles Antwortschreiben.

II. Lassalles Sozialismus in Lehre und Agitation:

1. Lassalles „ehernes Lohngesetz" besagt, der Lohn der Arbeiter könne sich nicht über den „notwendigen Lebensunterhalt" erheben; dieses Gesetz sei nur zu durchbrechen durch Gründung von Produktivgenossenschaften der Arbeiter.

2. Diese Genossenschaften bedürfen der Geldmittel des Staates; durch Erringung der staatlichen Gewalt vermittels des Wahlrechts ist dieses Ziel zu erstreben. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein kämpft um das allgemeine und gleiche Wahlrecht.

III. Beurteilung von Lassalles Sozialismus und Persönlichkeit:
1. Das „eherne Lohngesetz" ist nicht „ehern": wirtschaftliche wie Ursachen anderer Art können sein Eintreten verhindern; auch in seiner Wirkung kann es aufgehoben werden, besonders durch berufliche Organisation der Arbeiter.
2. Lassalles wissenschaftliche Bedeutung ist gering, sein Eintreten für die Arbeiterschaft war mehr von persönlichem Ehrgeiz geleitet.
3. Im Gegensatz zum Marxismus wollte Lassalle nicht die Beseitigung staatlicher Gewalt, sondern nur ihre republikanische Umformung.

Drittes Kapitel: Der marxistische Sozialismus . . . . . 57—102

§ 5. Karl Marx und wie er zur materialistischen Grundlage seines Systems kam . . . . . 57—64

I. Marx ist Anhänger der radikal-demokratischen Richtung der Junghegelianer und des Materialismus. Die Eigenart seiner Lebensschicksale — Beteiligung an den revolutionären Erhebungen — ist mitbestimmend für die Ausgestaltung seiner Anschauung über die Möglichkeit einer neuen staatlichen Ordnung:
1. Marx hat die Denkweise Hegels, der überall ständige Entwicklung aus dem untergehenden „Alten" zum werdenden „Neuen" annimmt, sich ebenso zu eigen gemacht wie die des Materialismus, der eine selbständige geistige Ordnung außer der bürgerlichen Welt verneint.
2. Marx führen die Zeitumstände zum Studium der Nationalökonomie zu engern Beziehungen zu den französischen Sozialisten.
3. Die Mißerfolge der revolutionären Erhebungen der 48er Jahre überzeugen Marx von der Erfolglosigkeit derartiger revolutionärer Erhebungen; diese müssen ersetzt werden durch eine Eroberung der politischen Macht auf gesetzlichem Wege durch „internationale Propaganda".
4. Einige Urteile über Marx' Persönlichkeit.

II. Marx baut auf den philosophischen Anschauungen Hegels und des Materialismus seine wirtschaftliche Entwicklungslehre auf:
1. Er verbindet den Grundgedanken des Materialismus, daß auch die Menschheitsgeschichte ausschließlich materielle Entwicklung sei, mit dem Gedanken Hegels, daß diese Entwicklung auf dem Wege der Herausbildung von „Gegensätzen" geschehe.
2. Marx' Schriften.

§ 6. Überblick über das marxistische System . . 64—91

I. Auf den wirtschaftlichen Verhältnissen bauen sich als Folge davon die geistigen Verhältnisse der Menschen (ideologische Ordnung) auf, denn der Mensch wird ausschließlich von materiellen Interessen geleitet. Eine stete Entwicklung findet statt durch Herausbildung von Gegensätzen zwischen Produktions- und Eigentumsform und steter Klassenkämpfe unter den Menschen:

1. Die „wirtschaftlichen Verhältnisse" bedingen die gesamte ideologische Ordnung, die politische, rechtliche, sittliche, religiöse usw. Unter wirtschaftlichen Verhältnissen ist die sachliche Grundlage der Produktion zu verstehen: so die Produktionsmittel (Arbeitsmittel, Maschinen) und die Mittel zwecks Austauschs der Güter.
2. Selbständige, von dem Streben nach Gütern des unmittelbaren Lebensunterhaltes völlig unabhängige treibende Ursachen in der Menschheitsgeschichte sind ausgeschlossen. Letzten Endes lassen sich alle Grundlagen zurückführen auf die Fragen des materiellen Lebensgenusses.
3. Die wirtschaftlichen und damit die geistigen Verhältnisse sind in steter Entwicklung. Diese wird bewirkt durch die Herausbildung eines Gegensatzes zwischen Produktions- und Eigentumsform, indem erstere sich immer mehr „vergesellschaftlicht", letztere eine Zusammenziehung des Eigentums in immer weniger Hände bewirkt.
4. Dieser Gegensatz in den wirtschaftlichen Verhältnissen (objektiven) wird begründet durch einen Gegensatz unter den Menschen (subjektiven), ihre Klassenkämpfe um die materiellen Interessen; die kapitalistische Produktion bringt besonders günstige Vorbedingungen für die Herausbildung dieser Gegensätze.

II. In der kapitalistischen Produktion ist die treibende Kraft in der Entwicklung die Bildung des Mehrwertes: Der Arbeitgeber bezahlt dem Arbeiter nicht den Wert der geleisteten Arbeit, sondern nur die Existenzmittel seiner Arbeitskraft. Der dadurch gewonnene Mehrwert bewirkt die Zusammenziehung des Eigentums in die Hände einer immer geringer werdenden Anzahl von Kapitalisten und die immer größer werdende Vergesellschaftlichung der Produktion:

1. Der Arbeitgeber müßte dem Arbeiter nach Abzug der Unkosten den für das Produkt gewonnenen Preis zahlen. In Wirklichkeit bezahlt er ihm nur etwa die Hälfte, weil infolge zahlreichen Angebots von Arbeitskräften an letztere nur die zu ihrer Erhaltung nötigen Existenzmittel bezahlt werden.

Daß der Arbeitgeber zu Unrecht einen Mehrwert vorenthält, folgt aus der Tatsache, daß jede Ware ihren Wert ausschließlich durch die auf ihre Herstellung verwandte Arbeit erhält.

2. Die Bildung des Mehrwertes bedingt infolge der technischen Fortschritte einerseits eine stetig fortschreitende Ausbeutung der Arbeiter und eine immer größer werdende Zusammenziehung des durch die Produktion gewonnenen Eigentums in die Hände der Kapitalisten, anderseits eine Verdrängung der kleinern Kapitalisten und Betriebe durch die größern — Akkumulation der Vermögen, Verelendung der Massen, Konzentration der Betriebe.
3. Die durch die „Anarchie der Produktion" hervorgerufenen Krisen verstärken diese Entwicklung: sie vermehren das Heer der Arbeitslosen und das Angebot von billigen Arbeitskräften und beschleunigen den Zusammenbruch weniger leistungsfähiger Kapitalisten.

§ 7. Kurze Prüfung der Grundlagen des Marxismus . . . . . 91—102

I. Die materialistische Geschichtsauffassung, daß ausschließlich die wirtschaftlichen Verhältnisse die geistige Ordnung der Menschen bestimmen, ist unhaltbar:

1. Neben den Bedürfnissen des „unmittelbaren Lebensunterhaltes" bestimmen davon unabhängige geistige Interessen die Menschen; dieser „geistige Oberbau" wirkt gestaltend und ändernd auf die wirtschaftlichen Verhältnisse.
2. Die Menschheitsgeschichte hat durchweg ganz andere treibende Mächte gehabt als die Sorge für den Lebensunterhalt. Vollends die bedeutsamste Tatsache, die Entstehung des Christentums, ist aus wirtschaftlichen Ursachen nicht zu erklären.

II. Die Bildung eines unverdienten Mehrwertes in der kapitalistischen Produktion liegt nicht vor.

Viertes Kapitel: Die Ausbreitung des Marxismus in Deutschland 103—134

§ 8. Nach dem Tode Lassalles bis zum Erfurter Programm . . . . . 103—113

I. Nach Lassalles Tode läßt die Bewegung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in ihrer Zugkraft nach:

1. Die Nachfolger Lassalles in der Leitung des Vereins sind unbedeutende Persönlichkeiten.
2. Durch Gründung von Gewerkschaften sucht v. Schweitzer die Bewegung neu zu beleben, während die Fortschrittspartei (Hirsch) durch Gründung von Gewerkvereinen wieder Einfluß zu gewinnen sucht.

II. Der Marxismus gewinnt in Deutschland Boden.
1. Bebel und Liebknecht gelingt es, einen Verband deutscher Arbeitervereine zu gründen und diesen an die „Internationale Arbeiterorganisation" (gegründet 1863 in London) anzuschließen.
2. Sie gründen im Gegensatz zu den „Lassalleanern" auf einem Arbeiterkongreß in Eisenach 1869 „die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei" mit einem bereits marxistischen Programm.
3. Die sich anfänglich bekämpfenden „Lassalleaner" und „Eisenacher" einigen sich auf ein Kompromißprogramm in Gotha 1875.

III. Das Sozialistengesetz (1878—1890) bezweckt die völlige Niederwerfung der sozialdemokratischen Partei, die aber nach anfänglichem Rückgang trotz des Gesetzes ihre Organisationen im geheimen zu halten weiß und an Stimmenzahl zunimmt.

§ 9. Die deutsche Sozialdemokratie nach 1890. — Das Erfurter Programm 1891 . . . . . 113—134

I. Nach dem Aufhören des Sozialistengesetzes wird die Partei auf dem Parteitag zu Halle 1890 neu organisiert.

II. Auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 gibt sich die Partei ein neues Programm, das voll und ganz den Marxismus bietet, aber sich den Bedürfnissen der Agitation anpaßt:
1. Ein naturwendiges Sichherausbilden der Zukunftsgesellschaft mit Gemeineigentum wird aus der wirtschaftlichen Entwicklung (Konzentration und Verelendung) zu beweisen gesucht.
2. Durch maßlose Kritik der wirtschaftlichen und staatlichen Gegenwartsordnung wird der Klassenhaß geweckt.
3. Der Hinweis auf eine „Erlösung" durch den Zukunftsstaat verstärkt die Kraft der Agitation.

III. Wortlaut des Programms und Erläuterungen des grundsätzlichen Teiles.

IV. Erläuterungen zu den praktischen Forderungen des Programms.

Vorwort

„Nennen Sie uns eine hinreichend tiefgehende, aber klare und übersichtliche, leichtverständliche Darstellung des modernen Sozialismus." Wie oft habe ich nicht schon diesen Wunsch gehört, wenn durch irgendeinen Vortrag oder eine Aussprache die Zuhörer angeregt worden waren, den Sozialismus näher kennen zu lernen. Man mußte regelmäßig antworten: „Eine Darstellung, wie Sie dieselbe wünschen, gibt es noch nicht." Wissenschaftliche Behandlungen über Teilfragen des Sozialismus stehen reichlich genug zur Verfügung, aber sie genügen nicht dem Leser, wenn er mehr sucht; auch sind sie durchweg zu sehr für den Fachwissenschaftler geschrieben. Die Gesamtdarstellungen des Sozialismus haften, wenn sie nur „volkstümlich und leichtverständlich" sein wollen, zu sehr an der Oberfläche; wollen sie mehr sein, lassen sie die Übersichtlichkeit vermissen oder machen in anderer Form dem nicht philosophisch und nationalökonomisch gebildeten Leser das Studieren zu schwer.

Ich habe mich bemüht, eine in diesem Sinne brauchbare Darstellung zu geben. Danach müssen Aufbau wie auch Sprache und Ausdrucksweise meiner Schrift beurteilt werden. Sie ist in erster Linie für die Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung geschrieben.

Das Urteil, inwieweit ich erreicht habe, was ich wollte, muß ich dem Leser überlassen.

Einleitung

Eine Darlegung über den Sozialismus müßte füglich mit einer Klarstellung des Begriffs Sozialismus beginnen. Es ist nicht leicht, bei der Vielgestaltigkeit, den dieser Begriff im Laufe der Geschichte erfahren hat und heute noch erfährt, eine klare und bestimmte Prägung zu geben. Das wird noch schwieriger, wenn man ihn von dem Begriffe „Kommunismus" trennen will, zumal beide Ausdrücke heute sehr oft unterschiedslos gebraucht werden. Aber für unsere Zwecke genügt es, folgendes festzuhalten:

Sozialismus und Kommunismus richten sich beide gegen zwei Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung, wie wir sie von jeher als notwendige Rechtsgrundlagen besonders der volkswirtschaftlichen Ordnung betrachtet haben, das sind einmal die Rechte der Einzelpersönlichkeit und sodann die Einrichtung des Privateigentums.

Wenn wir nun den Sozialismus eigens kennzeichnen, so besagt er dem Worte nach ja nichts anderes als Gesellschaftlichkeit und will also die Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit, weil dadurch erst das Endziel aller menschlichen Entwicklung erreicht werde, allen gleichmäßig ein sicheres und glückliches Dasein zu verschaffen. Er will als Mittel hierzu die Einschränkung der Rechte des einzelnen am Eigentum, die Überführung des letztern in Gemeineigentum. Er begründet seine Bestrebungen mit der Behauptung, der Individualismus, also die freie Betätigung der Einzelpersönlichkeit und das Privateigentum führten soziale Ungleichheit herbei, erniedrigten einen großen Teil der Volksgenossen zu wirtschaftlich Unfreien und Armen.

Das Maß Beschränkung der Einzelpersönlichkeit und des Eigentums kann sehr verschieden sein; in irgendeiner Form hat jede staatliche Ordnung ein Stück Sozialismus in sich, da ja ohne eine Abgabe von Rechten des einzelnen die Erstrebung des Gesamtwohls unmöglich wird. Aber erst dann, wenn das Maß einen besonders hohen Grad erlangt hat,

wenn die Einzelpersönlichkeit und das Privateigentum gegenüber der „Vergesellschaftlichung" verschwindend zurücktreten, redet man von einer sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Der Kommunismus nun ist eine extreme Form des Sozialismus. Er will eine Organisation des gesellschaftlichen Lebens, worin die Gleichheit der Menschen nach jeder Richtung hin völlig gesichert ist, in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Zu diesem Zwecke fordert er die völlige Gütergemeinschaft, will also jedes Privateigentum beseitigen, auch das, was aus dem Gesamteigentum abgeleitet werden kann, wie das Eigentum an Verbrauchsgegenständen in einer Gemeinwirtschaft, die das Eigentum an Produktionsmitteln der Gesellschaft zugeführt hat.

Diese Grundanschauungen des Sozialismus, mag man sie in der gemäßigten oder in der extremen Form sich vorstellen, haben ihre Ausprägung in verschiedenen „Systemen" gefunden. Doch sie hier aufzuzählen, hat für unsere Darstellung, die den modernen Sozialismus, wie wir ihn als Gedankeninhalt der vorzugsweise großen sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland kennen, wiedergeben soll, wenig Zweck. Statt dessen ist es wichtiger, festzustellen, was denn Eigenart gerade dieses modernen Sozialismus ist, wie er sich von den frühern Bestrebungen unterscheidet. Es ist nützlich, von vornherein solche Wesensmerkmale herauszuheben. Und das wären folgende: Zunächst sind es bestimmte wirtschaftliche Güter, die der Sozialismus von heute dem Privatbesitz entzogen und dem Gemeinbesitz zugeführt haben will. Es sind das die sogenannten Produktionsgüter oder Produktionsmittel. Die Güter nämlich, die wir durch wirtschaftliche Tätigkeit gewinnen, sind entweder solche, die wir direkt für die Befriedigung unserer Lebensbedürfnisse gebrauchen, sogenannte „Verbrauchsgüter", oder solche, die uns erst dazu dienen, Verbrauchsgüter herzustellen, zu produzieren — „Produktionsgüter". Zu den erstern gehören z. B. Nahrungsmittel, Kleidung usw., zu den letztern Grund und Boden, Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe usw. Der moderne Sozialismus will also die Überführung nur der letztern Güter in Gemeineigentum.

Doch hiermit ist noch nicht der Wesensunterschied zwischen dem modernen Sozialismus und den sozialistischen Bestrebungen früherer

Zeiten angegeben. Eine Überführung von Produktionsgütern aus dem Privateigentum in das Gemeineigentum wurde auch schon früher vielfach versucht. Wir können hierher alle Versuche rechnen, das Eigentum an Grund und Boden dem einzelnen Besitzer zu entziehen und einer Gemeinschaft, z. B. dem Staate, der Gemeinde, zuzuführen (Agrarsozialismus). Tatsächlich war ehedem auch das Eigentum an Grund und Boden, das agrarische Eigentum zum großen Teil Gemeineigentum, z. B. der Gemeinde, besonders was Wald und Weiden betrifft. Jedoch der heutige Sozialismus, der die Überführung aller Produktionsmittel will, also nicht nur von Grund und Boden, sondern auch von Maschinen, Werkzeugen, Rohstoffen in das Gemeineigentum, ist neuern Datums. Er ist eine Folgeerscheinung der heutigen Produktionsweise, in der der Besitz der Produktionsmittel eine weitaus größere Bedeutung erlangt hat als früher. In der heutigen Produktionsweise läuft nach sozialistischer Anschauung die Entwicklung des Wirtschaftslebens darauf hinaus, daß die Besitzer der Produktionsmittel das ganze Wirtschaftsleben in ihre Leitung bekommen und die Nichtbesitzenden in volle Abhängigkeit von den Besitzenden bringen, bis dieser Zustand unerträglich wird. Das hat darin seinen Grund, daß die heutige Produktionsweise im Gegensatz zu früher kapitalistisch geworden ist. Wie das zu verstehen ist, werden wir im folgenden sofort erklären.

Sodann liegt noch ein weiterer, und zwar ein sehr wichtiger Unterschied vor, der dem modernen Sozialismus als besonderes Merkmal eigen ist. Anfänglich hoffte der Sozialismus eine Überführung in das Gemeineigentum dadurch zu bewirken, daß die Menschen diese Überführung bewerkstelligten entweder indem sie sich von der Vortrefflichkeit der neuen Ordnung überzeugen ließen, oder indem sie von andern gezwungen wurden, das Gemeineigentum herbeizuführen oder wenigstens herbeiführen zu lassen. Davon ist der heutige Sozialismus, der wissenschaftliche Sozialismus, abgekommen. Er lehrt: auch ohne Zutun der Menschen werde die Entwicklung von selbst die neue Ordnung herbeiführen.

Wie es aber kam, daß der Sozialismus speziell in Deutschland diese beiden Eigenarten erhielt, werden wir füglich zunächst erörtern müssen. Dabei wird die Darlegung, auf welchem Wege sich die Produktion umgestaltete zu einer kapitalistischen, die den Produktionsmitteln besondere

Bedeutung gibt, eine Aufdeckung der wirtschaftlichen Verhältnisse nötig machen, während der Nachweis, wie nun auf Grund dieser neuen Verhältnisse die Bestrebungen nach einer Sozialisierung, Vergesellschaftlichung des Privateigentums in das Gemeineigentum entstanden und schließlich zum Ausbau eines wirtschaftlichen Systems führten, mehr die Aufdeckung der geistigen Wurzeln des Sozialismus fordert. In letzterer Hinsicht sind für Deutschland Anregungen von außen her von besonderm Einflusse gewesen, namentlich von Frankreich her. Freilich haben die Deutschen diese Anregungen nachher selbständig weitergeführt und die sozialistischen Anschauungen zu einem einheitlichen System verarbeitet.

So wird verständlich, daß wir im folgenden ersten Kapitel einerseits von den wirtschaftlichen Ursachen der kapitalistischen Produktion, anderseits von den geistigen Anregungen reden, die zum Entstehen des heutigen Sozialismus in Deutschland führten.

Erstes Kapitel

Was dem Entstehen des Sozialismus in Deutschland die Anregung gab

§ 1. Die kapitalistische Produktionsweise

I. Ihr Wesen

Um die kapitalistische Produktionsweise uns klarzumachen, werfen wir zunächst einen Blick auf jene Produktionsweise, die der kapitalistischen vorangegangen ist: es ist die des mittelalterlichen Handwerks, wie es in den Zünften der mittelalterlichen Stände eine herrliche Blütezeit erlebte und gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts durch das Emporkommen der kapitalistischen Produktion anfing, verdrängt zu werden.

1. Wir werden den Gegensatz der damaligen Produktionsweise zur heutigen kapitalistischen am besten erfassen, wenn wir den Weg uns vorstellen, den heute das Verbrauchsgut, nachdem es die Hand des Herstellers verlassen, zurücklegen muß, um in den Besitz des Verbrauchers, des Konsumenten zu gelangen. Da geht es nach dem Verlassen der Werkstatt oder Fabrik durch die Hände des Handels, des Groß- und Kleinhandels. Derjenige, der die Ware herstellt, kümmert sich nicht um die Konsumenten. Er übergibt seine Produkte dem Kaufmann, der den Absatz der Waren besorgt. Und zwar kommt der Kaufmann um so mehr zur Geltung, je schwieriger es für den Hersteller der Waren ist, die Waren selbst zum Verkauf zu bringen. Das gilt vor allem für solche Waren, die in großen Massen hergestellt werden, die darum vielleicht in weite Ferne transportiert werden müssen, ehe sie zu Konsumenten, die ihrer bedürfen, gelangen (Waren des Großgewerbes).

Ganz anders war die Produktionsweise des mittelalterlichen Handwerks. Da stellte der Handwerker aus eignen Rohstoffen, mit eignen Werkzeugen die Ware vom Anfang bis zum Ende fertig her. Er selbst verkaufte aber auch — und dadurch unterscheidet er sich vom Hersteller in der kapitalistischen Produktionsweise — an den Konsumenten. Produzent und Konsument der Waren verkehrten unmittelbar miteinander. Eine Zwischenperson, die die Waren dem Produzenten abnimmt und dem Konsumenten übermittelt (Händler, Kaufmann), gab es im

allgemeinen nicht. Nur solche Waren, die im Heimatlande nicht hergestellt wurden (morgenländische Gewürze, Pelze, Fische usw.), wurden durch den Händler eingeführt.

Späterhin nach dem wirtschaftlichen Emporblühen der Städte gingen einheimische Produkte auch zu leicht erreichbaren andern Städten und Orten, besonders den an den Küsten und Wasserläufen gelegenen (Verkehr der Hansastädte, namentlich nach Norwegen). Aber das war nicht die Regel. Zumal gab es in den Städten selbst keine Verkaufshäuser, in denen die Stadtbewohner wie heute ihre Bedürfnisse deckten.

Danach müssen wir uns den Bezirk, innerhalb dessen die hergestellten Güter ihren Absatz hatten, nicht wie heute vorstellen, wo zahlreiche Verkehrswege wie ein großes Netz das ganze Land bedecken. Vielmehr war dieser Bezirk, der den Kreislauf der wirtschaftlichen Güter umschloß, im allgemeinen auf die Städte und das umliegende ländliche Gebiet beschränkt. Stadt und Land bildeten ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. In der Stadt wohnte der Handwerker, der die gewerblichen Erzeugnisse herstellte; auf dem Lande der Bauer, der die landwirtschaftlichen Produkte in die Stadt brachte und sie gegen gewerbliche eintauschte. Es war die Zeit der mittelalterlichen Stadtwirtschaft.

Aus der engen Verbindung von Produzenten und Konsumenten oder vielmehr aus dem beschränkten Kreise, innerhalb dessen diese beiden in Verbindung traten, folgte dann von selbst, daß die Herstellung der Waren sich nach dem *Bedarf* der Konsumenten richtete. Es war im allgemeinen ein Produzieren auf Bestellung von seiten der Kunden, oder doch wenigstens eine Produktion für einen bekannten Absatz. Demgegenüber ist die heutige Produktionsweise ein Herstellen für den Verkauf innerhalb eines viel weitern Kreises des Absatzes; in diesem weitern Kreise lassen sich die Bedürfnisse der Konsumenten nicht so überblicken. Man produziert eben ins Ungewisse hinein und muß späterhin sehen, die Ware an die Konsumenten loszubekommen.

Aus dem Gesagten springt sofort in die Augen, worin der hauptsächlichste Unterschied der kapitalistischen Produktion gegenüber der frühern besteht. In ersterer spielt der *Verkäufer* die Hauptrolle. Er bringt die Waren vom Produzenten an den Konsumenten.

Der Kaufmann lebt aber nicht davon, daß er eigenhändig die Waren herstellt, sondern in erster Linie davon, daß er die hergestellten Waren zu einem größern Preis, als er selbst für die Herstellung hat bezahlen müssen, an andere verkauft. Das Übermitteln der Waren an den Konsumenten macht die Quelle seines Verdienstes aus. Darum sehen wir jetzt zwei Funktionen sich betätigen, die von den andern getrennt sind: das Produzieren und das Verkaufen. Beiderlei Funktionen können in den Händen einer Person vereinigt sein. Es kann der Kaufmann bei

der Produktion selbst mittätig sein, besonders dadurch, daß er sie leitet. Aber je mehr er Aussicht hat, durch Verkauf größern Gewinn zu erzielen als durch Beteiligung an der Produktion, um so mehr wird er sich auf das Verkaufen beschränken. Die Neigung dazu wird sich bei ihm in um so größerm Maße einstellen, als es ihm darauf ankommt, einerseits durch geschickte Handelsbeziehungen günstige Verkaufsbedingungen zu erlangen, anderseits möglichst viele Arbeitskräfte heranzuziehen, um möglichst viele Waren hergestellt zu bekommen.

2 Diese Produktion für den Handel, den Verkauf, also die Produktion, deren Produkte Gegenstand des Handels sind, nennt man kapitalistische Produktion. Es sind in ihr die Verbrauchsgüter nicht mehr ausschließlich dazu bestimmt, den Bedarf des Menschen zu befriedigen, man sucht vielmehr „an ihnen zu verdienen", andere Güter zu erwerben. Sie sind also Erwerbsmittel geworden, sie haben nunmehr, was das Erwerben betrifft, dieselbe Bedeutung erlangt, die früher ausschließlich der Arbeit und dem Werkzeug zukamen: die Ware ist selbst ein Herstellungs-, ein Produktionsmittel, ist Kapital geworden.

Wie leicht ersichtlich, hat in dieser Produktionsweise derjenige besondere Vorteile, der möglichst viele Waren herstellen lassen, Rohstoffe und Arbeitskräfte dafür gewinnen kann, der selbst viel Kapital besitzt, um alles dies bezahlen zu können. Das Kapital hat eine Übermacht. So kann man auch aus diesem Grunde die heutige Produktionsweise eine kapitalistische nennen.

Heute hat die kapitalistische Produktion den größern Teil des Wirtschaftslebens an sich gerissen. Sie ist überall dort eingedrungen, wo eine Herstellung auf Massenabsatz lohnend ist. Und um so mehr hat sie dort die Herrschaft erlangt, je größer die Vorteile eines solchen Absatzes sind. In vielen Zweigen hat die frühere handwerksmäßige Produktionsweise gegen sie zurücktreten müssen. Nicht in allen, weil nicht alle Zweige für die Herstellung in Massen geeignet sind oder weil die Herstellung in Massen dort bestimmte Grenzen hat. Doch das zu erörtern, ist Aufgabe an anderer Stelle.

Es sei nochmals auf einen bereits erwähnten Unterschied gegenüber der mittelalterlichen Produktion hinsichtlich des Absatzes hingewiesen.

Die Handwerker des Mittelalters konnten im allgemeinen sich nach den Bedürfnissen der Konsumenten nach Waren richten, der Kundenkreis war in der mittelalterlichen Stadtwirtschaft zu übersehen. Hier aber ist das unmöglich. Der Absatz geht in die Ferne, nicht nur zu andern Orten in demselben Lande (nationaler Markt), sondern auch in andere Länder (Weltmarkt). Darum kann es hier viel eher geschehen, daß zuviel Waren produziert werden. Ja, weil der Kaufmann um

so mehr verdienen kann, je mehr Waren er losschlägt, so wird er geneigt sein, in möglichst hohem Umfange produzieren zu lassen. So liegt an und für sich eine *Neigung zur Überproduktion* in der kapitalistischen Produktionsweise begründet.

Doch hören wir jetzt, wie nun die kapitalistische Produktionsweise in das Wirtschaftsleben eindrang, wie es dazu kam, daß sie an Stelle der handwerksmäßigen trat.

II. *Ihr Entstehen*

Die kapitalistische Produktionsweise entstand in jenem Augenblick, wo der Handel anfing, einen immer größern Teil der bisher durch das Handwerk hergestellten Produkte an sich zu reißen. Das hatte in zwei Ursachen seinen Grund.

1. *In der Hineinziehung der Neuen Welt* in das wirtschaftliche Leben. 1492 wurde bekanntlich Amerika, die Neue Welt, entdeckt. Hier erschloß sich für die Alte Welt ein unerschöpflicher Reichtum von Rohstoffen sowohl an landwirtschaftlichen als auch an Rohstoffen für die gewerbliche Produktion (Baumwolle usw.). Das legte den europäischen Staaten, soweit sie sich die Verbindung mit der Neuen Welt zunutze machen konnten (England), den Gedanken nahe, die billigen Rohstoffe aus der Ferne zu beziehen und sich auf die *Verarbeitung der* Rohstoffe, also auf die gewerbliche Produktion zu verlegen. Die Bevorzugung der gewerblichen Produktion war um so vorteilhafter, als in der Neuen Welt durch die Gewinnung von Kolonien Absatzgebiete für die gewerblichen Erzeugnisse erhofft werden konnten; die Kolonien lieferten dann umgekehrt nicht nur die eigentlichen agrarischen Produkte (Getreide usw.), sondern auch die sogenannten Kolonialwaren (Zucker, Kaffee, Gewürze usw.). Damit erfuhr der Handel in das Ausland einen lebhaften Aufschwung: er wurde Fernhandel im eigentlichen Sinne.

Ebenso wichtig war die Eröffnung von Handelsbeziehungen durch Herausbildung des *Verkehrs im Innern* der europäischen Länder selbst. Hatte man früher z. B. in Deutschland einen wirtschaftlichen Verkehr nur innerhalb der Stadtgebiete gekannt, so bildete sich jetzt ein Verkehr durch ein großes Volksgebiet hin heraus. Das war dem Entstehen politischer, fest organisierter Landesgewalten zu verdanken, die es zumal in Deutschland bis dahin kaum gegeben hatte. Früher führten die Städte und auch die adeligen oder klösterlichen Grundherrschaften auf dem Lande gleichsam ein Leben für sich. Die über ihnen stehende kaiserliche oder königliche Macht war schwach. Jetzt wurde das anders. In Deutschland wußten mächtige Fürsten, z. B. die Kurfürsten (Hannover, Brandenburg usw.), die Grundherrschaften und Städte zu einem politischen einheitlichen Ganzen zu vereinigen. In diesem ein-

heitlichen Ganzen wurden die Orte und Städte durch Verkehrswege (Straßen, Kanäle) in Verbindung miteinander gebracht. Das geschah schon aus politischen Gründen, um alle Orte des Landes mit der Residenz in Verbindung zu halten, zum großen Teil aber aus wirtschaftlichen Gründen. Die gewerbliche Produktion zu fördern, lag im Interesse der Fürsten. Das Land mußte steuerkräftig sein; das wurde es durch den Verkauf von gewerblichen Produkten. Die Förderung des Gewerbes aber verlangte eine Erleichterung des Verkehrs. Die Waren mußten von allen Teilen des Landes aus befördert werden können. Es mußten alle die Orte, wo Rohstoffe gewonnen oder wo die Waren nur bis zu einem bestimmten Teil fertiggestellt wurden, mit andern Orten, wo die Produktion bzw. die Fertigstellung geschah, in Verbindung gebracht werden. So entstand ein Verkehr und Handel durch ein geschlossenes Volksgebiet hin: ein nationaler Verkehr, nationaler Handel.

2. Weder im internationalen noch im nationalen Handel konnte der Handwerker selbst die Waren an den Verbraucher bringen. Dafür fehlte es ihm nicht nur an dem erforderlichen Unternehmungsgeiste, sondern vor allem am Gelde, das zur Ausrüstung eines Handelsunternehmens nötig war. So wurde der Beruf des Kaufmanns ein wirtschaftliches Bedürfnis.

Dem Kaufmann lag nun naturgemäß daran, „möglichst viel zu verdienen" — das hervorstechende Merkmal der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die sich nicht mehr mit dem „standesgemäßen Unterhalte" begnügte, wie der Handwerker im Mittelalter. Das erreichte er durch Verkauf möglichst vieler und möglichst billiger, also zahlreich umzusetzender Ware. Daher beschränkte er sich nicht darauf, die Waren vom Handwerker zu entnehmen, er suchte vielmehr auf die Produktion selbst Einfluß zu gewinnen. Er bezog zu dem Zwecke zunächst selbst die Rohstoffe, einerseits um sie billiger zu erhalten, anderseits um die Produktion möglichst zu vermehren; diese Rohstoffe übergab er dem Handwerker zur Bearbeitung. Und nicht bloß den Handwerker beschäftigte er, er zog auch andere Leute, besonders Arbeitskräfte vom Lande heran. Er gab ihnen außer den Rohstoffen auch die Werkzeuge (z. B. die Webstühle). Dann ließ er die Arbeitskräfte, die er beschäftigte, in gemeinsamen Arbeitsräumen arbeiten; dadurch wurden sie seiner Leitung und Aufsicht unterstellt.

Die Hineinziehung in gemeinsame Arbeitsräume war aber ein sehr bedeutungsvoller Schrittmacher für eine weitere Entfaltung der kapitalistischen Produktion: sie hatte einerseits eine große Verbilligung und Vermehrung der Herstellung im Gefolge, ebnete anderseits den Boden für den Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine, die eine völlige Umwälzung zugunsten der neuen Produktionsweise brachte.

In den Arbeitsräumen wurde anfänglich nicht anders gearbeitet, als es früher der Handwerker getan hatte, der in der Werkstatt die Waren von Anfang bis zu Ende herstellte. Aber mit der Zeit kam man dazu, die schweren Arbeiten und die leichtern bei der Herstellung der Waren voneinander zu trennen. Es konnte z. B. in der Weberei das Winden, Appretieren, Verpacken usw. schwächern und auch billigern Arbeitskräften übertragen werden, z. B. den Frauen. So war der Anfang zur Zerlegung des Produktionsprozesses in verschiedenen Verrichtungen gegeben. Damit war der Maschine, der Werkzeugmaschine, der Boden geebnet. Mit dem Aufkommen der Maschine aber wurde die Produktion um das Mehrfache gesteigert und verbilligt. Die Maschine führte noch in anderer Weise Umwälzungen herbei: das geschah in ihrer Einführung als Kraftmaschine. Je mehr die Werkzeug- (Arbeits-) Maschine zur Anwendung gelangte, um so mehr konnte die Kraftmaschine zur Geltung kommen. Wie sie als Dampfmaschine hundertfach die menschliche Arbeitskraft übertrifft, und wie sie in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts in ungeahnt schneller Weise zur Verwendung gelangt ist, braucht hier nicht näher auseinandergesetzt zu werden.

III. Ihre Folgen

Die neue Produktionsweise steigerte die Leistungsfähigkeit des Gewerbes in außerordentlichem Maße. Nun hätte die Maschine, der ja hauptsächlich die neue Produktionsweise diese Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit verdankte, als ein Segen begrüßt werden müssen, als ein beglückender Kulturfortschritt. Doch im Gegenteil, die Maschine wurde vielfach als der Fluch der Menschen bezeichnet, nicht selten wurde sie durch wütende Arbeiter zerstört.

Wie das kam? Die Antwort auf diese Frage führt uns zur Darlegung jener Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktionsweise, die für diejenigen wirtschaftlich tätigen Menschen, die sich Produktionsmittel nicht beschaffen können, leicht eintreten, und zwar besonders eintreten und auch zum großen Teil eingetreten sind beim Übergang von der frühern zur kapitalistischen Produktionsweise.

1. Da waren zunächst die Handwerker. Die kapitalistische Produktion konnte in vielen Erwerbszweigen wegen der Arbeitsteilung und der Anwendung von Maschinen bedeutend billiger als der Handwerker produzieren: gegen Maschinenarbeit erlahmt die menschliche Arbeitskraft. Der Handwerker wurde in allen Zweigen, wo sich Massenherstellung für den Absatz lohnte, in seiner Existenzfähigkeit bedrängt, wenn nicht überhaupt ruiniert. Sich andern Gewerbszweigen zuwenden,

wo die Maschine ihn nicht niederkonkurrieren konnte, ging nicht so leicht. Statt dessen suchte er die heraufkommende Produktionsweise, soweit er es durch die Mittel der Gesetzgebung vermochte, zurückzuhalten.

Da waren ferner die *industriellen Arbeiter* selbst. Früher beim Handwerker waren Produktionsmittel und Arbeitskraft (Kapital und Arbeit) in einer Hand vereinigt gewesen, jetzt besaß der Kaufmann, der Arbeitgeber die Produktionsmittel; der Arbeiter hatte nichts als seine Arbeitskraft. Diese Trennung von Kapital und Arbeit wurde für den Arbeiter die Quelle schlimmster Mißverhältnisse. Der Arbeiter war gezwungen, sich an den Besitzer der Produktionsmittel zu wenden, wenn er überhaupt die Möglichkeit zur Herstellung von Waren, zur Arbeit erlangen wollte. Er erhielt von dem Kaufmann „Arbeit", dieser wurde sein Arbeitgeber. Das brachte ihn in ein drückendes Abhängigkeitsverhältnis zum Arbeitgeber. Einmal konnte er überhaupt nicht arbeiten, wenn ihm nicht der Arbeitgeber seine Produktionsmittel zur Benutzung überließ. Sodann aber konnte der Arbeitgeber völlig eigenmächtig bestimmen, zu welchen Bedingungen er die Benutzung seiner Produktionsmittel dem Arbeiter zugestehen wollte. Denn der Arbeiter ist weit mehr auf den Arbeitgeber angewiesen, als dieser auf jenen. Ohne Arbeit kann der besitzlose Arbeiter nicht leben, während der Arbeitgeber entweder andere Arbeiter findet oder im Notfalle mit seinen Produktionsmitteln noch selbst arbeiten kann, wenn er nicht sich durch sein Vermögen zu unterhalten vermag.

Bei dem selbstsüchtigen Interesse, das nun einmal die Menschen beherrscht, ja das in der damaligen Zeit, wo sich die Umwandlung zu neuer Produktionsweise vollzog, als ein gesunder Faktor für den wirtschaftlichen Fortschritt angesehen wurde, wie wir noch näher darlegen werden, lag es nahe, daß der Arbeitgeber seine Macht zu seinem Vorteil auch möglichst ausnutzte. Was der Aufschwung der Industrie an wachsenden Gewinnen brachte, sah er größtenteils als den ihm allein zustehenden Gewinn an; dem Arbeiter gab er nur soviel, als dieser zum „standesmäßigen Lebensunterhalt" bedurfte.

Aber auch für die *Besitzer der Produktionsmittel* selbst hatte die neue Produktionsweise eine Folge, die ihnen zum Nachteil ausschlagen konnte. Möglichst ausgedehnte Arbeitsteilung und möglichste Anwendung von Maschinen, sowohl Arbeits- wie Kraftmaschinen, mußten das Ziel sein, um möglichst viel zu verdienen. Zu diesem Ziele konnte aber an und für sich derjenige am ersten gelangen, dem die größten Kapitalien zu Gebote standen. Er war also dem weniger kapitalkräftigen überlegen, ja er konnte, um dessen Konkurrenz beim Verkauf der Waren zu verdrängen, bis zu einem Preis heruntergehen, wo ihm keine Konkurrenz mehr erstand, er selbst aber noch genügend verdiente. So konnten

die Kapitalmächtigern die übrigen verdrängen. Das war vor allem in solchen Produktionszweigen zu erreichen, wo einerseits die Herstellung in großen Massen möglich war, und anderseits der Besitz von Kapitalien besonders notwendig wurde. Tatsächlich ist denn auch in vielen Gewerbszweigen die Herausbildung von gewaltigen Unternehmen eingetreten, die die kleinern mehr oder minder verdrängt haben.

2. So gab das Privateigentum an Produktionsmitteln denjenigen, die es besaßen, eine besondere ausschlaggebende Stellung. Doch diese letztere Eigenart der Produktionsweise kommt nicht allein in Betracht, wenn wir darin eine Anregung für die Entstehung des sozialistischen Gedankens suchen. An und für sich hätte es verhütet werden können, daß die Besitzenden ihre Machtstellung zum Verderben anderer benutzten. Der nächstliegende Weg wäre gewesen, freiwillig zugunsten der Arbeiterklasse, die von den Folgen der Besitzlosigkeit am meisten betroffen wurde, dem Streben nach immer größern Gewinnen eine Schranke aufzuerlegen, andere an ihren Gewinnen teilnehmen zu lassen. Die Gebote der christlichen Nächstenliebe legten das nahe. Aber wo der Geist der Zeit durchaus materialistisch geworden war, wo vor allem in den Fragen der Weltanschauung dieser Zeitgeist herrschte (Materialismus), war das nicht zu erwarten. Da hätte den Besitzenden ein Zwang auferlegt werden müssen, auf daß sie gezwungen taten, wozu sie sich freiwillig nicht verstanden. Ein Eingreifen von seiten der Gesellschaft, des Staates hätte einen solchen Zwang zum Teil schaffen können. Der Staat konnte die Schwachen schützen; er konnte weiterhin die Schwachen anleiten, sich selbst zu helfen durch Zusammenschluß, um gemeinsam dem Kapital abzutrotzen, was dieses nicht freiwillig gab.

Doch es geschah gerade das Gegenteil. Der einzelne muß im wirtschaftlichen Leben völlig frei sein, predigte der wirtschaftliche Liberalismus, der zuerst in England (Adam Smith), dann auch in Deutschland allgemeine Anschauung geworden war. Es sollte der einzelne in seiner wirtschaftlichen Tätigkeit nicht durch Eingreifen des Staates oder einer Genossenschaft gehemmt werden, sondern ungehindert seine wirtschaftlichen Interessen verfolgen können. Das ungehinderte Verfolgen der wirtschaftlichen Interessen war von den Schülern Smiths zum obersten Grundsatz im wirtschaftlichen Leben erklärt worden. Man hatte sich gewöhnt, dieses ungehinderte Verfolgen auch dann für erlaubt anzusehen, wenn es mit dem Geist des Christentums, das Rücksicht auf den Nächsten verlangt, nicht mehr im Einklang steht. Geschäft ist Geschäft, hieß es. So war der Egoismus, der nur auf den eignen Vorteil bedacht ist, die einzige Triebfeder der wirtschaftlichen Tätigkeit geworden. Daß dadurch in den Herzen der Besitzlosen der Enterbten Erbitterung entstand, ist erklärlich.

IV. Anlaß zu sozialistischen Bestrebungen

1. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion, wie sie oben beschrieben wurde, setzte im Anfang des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland ein und kam dort in den 40er bis 60er Jahren zur schnellen Entfaltung. In dieser Zeit finden wir denn auch die Entstehung der ersten sozialistischen Bestrebungen unter der deutschen Arbeiterschaft.

Wir bemerkten in frühern Ausführungen, der heutige Sozialismus, der die Überführung sämtlicher Produktionsmittel in Gemeineigentum will, sei eine Folge der neuen kapitalistischen Produktionsweise, diese habe zur Herausbildung des sozialistischen Gedankens Anlaß gegeben.

Das wird nunmehr verständlich, wenn wir uns die Lage der Arbeiter und auch der Handwerker, die, ihrer Selbständigkeit beraubt, in den Dienst der Industrie hinabgezogen wurden, einigermaßen vergegenwärtigen.

Sie sahen die Unternehmer reicher und reicher werden, aber sie selbst hatten keinen verhältnismäßigen Anteil an dem steigenden Gewinne der Industrie. Karge Löhne, lange Arbeitszeiten zwangen ihnen vielmehr die Unternehmer auf. Auch war die Lage des Arbeiters in sonstiger Beziehung viel ungünstiger als heute; es gab weder Arbeiterversicherungsgesetze noch Arbeiterschutzgesetze (letztere nur für Kinder). Die Folge war wachsende Unzufriedenheit in den Kreisen der Arbeiter. Ganz richtig erkannten sie, daß der auf dem Arbeiter lastende Druck, seine Notlage hauptsächlich darin begründet lag, daß er gezwungen war, sich den einseitig vom Unternehmer gestellten Bedingungen zu unterwerfen, und zwar deshalb, weil er nichts außer der Arbeitskraft besaß, anderseits der Produktionsmittel des Unternehmers bedurfte, um überhaupt arbeiten zu können. Das Verlangen, aus dieser Zwangslage befreit zu werden, war der Kernpunkt ihrer wachsenden Bestrebungen. Es schien aber am einfachsten dadurch ihre Not beseitigt werden zu können, daß die Arbeiter wieder in den Besitz der Produktionsmittel gelangten, überhaupt die Trennung von Produktionsmittel und Arbeitskraft, von Kapital und Arbeit behoben werde. Befinden sich die Produktionsmittel, so sagte man sich, im Besitze derer, die die Produktionsarbeit leisten, dann ist die einseitige Ausnutzung, die „Ausbeutung" der Besitzlosen durch die Besitzenden unmöglich gemacht. Dann fließt der Unternehmergewinn nicht einzelnen wenigen zu, sondern allen, die überhaupt an der Produktion beteiligt sind.

Es muß also das Kapital (Produktionsmittel) aufhören, Eigentum einzelner weniger zu sein, es muß vielmehr gemeinsames Eigentum aller werden, die an der Produktion beteiligt sind (gesellschaftliches,

sozialistisches Eigentum). Solche und ähnliche Gedanken konnten in den Herzen der schutzlos dem Unternehmer überantworteten und nach einem Auswege suchenden Arbeiter wach werden, zumal wenn sie einen Ausweg in der gegenwärtigen Rechtsordnung für verschlossen erachteten.

2. Für Deutschland kamen *besondere Umstände* hinzu, die diese aus wirtschaftlichen Gründen verursachten Anregungen sozialistischer Bestrebungen verstärkten und förderten. Erstmals erfuhr die deutsche *Industrie einen plötzlichen Aufschwung*. Die Unternehmer, die vorher zum Teil nicht viel besser gestellt waren als die Arbeiter, sah man wie über Nacht zu einem ungeahnten Reichtum emporsteigen und sah sie ihre Macht rücksichtslos gebrauchen; denn letzteres forderte ja der wirtschaftliche Liberalismus. Da war das Erwachen der Gefühle des Neides, der Entrüstung und Abneigung erklärlich, und solche Gefühle wurden erst recht der Anlaß, daß man nachzudenken anfing. Und nachzudenken, dazu war das arbeitende Volk befähigt worden: die deutsche Volksschulbildung hatte die geistigen Kräfte des Volkes geweckt. So wurde der Gegensatz zwischen arm und reich ein *empfundener Gegensatz*. Auch mag die dem Deutschen besonders dem Norddeutschen eigenartige Neigung, sich nach Gesellschaftsklassen abzusondern, von denen jede sich besser dünkt als die andere, nicht wenig dazu beigetragen haben, die Erbitterung groß werden zu lassen. Da scheidet sich der Einjährig-Freiwillige von dem gewöhnlichen Soldaten, der Akademiker von der übrigen Plebs, der Satisfaktionsfähige von dem Menschen mit dem gewöhnlichen Ehrgefühl, das Fräulein von dem Mädchen des Volkes. Jeder, der eine Stufe höher erklommen ist, denkt sich weit erhaben über diejenige Gesellschaftsstufe, der er früher kleinen Verhältnissen heraus uns „groß gehungert" haben, der Besitz besserer Verhältnisse noch keine gewohnte Sache bei uns geworden ist, vielleicht angehört hat.

Im Gegensatz zu den übrigen Völkern ist dann noch dem Deutschen der *Hang zum Philosophieren* eigen. Ideen, die von andern Ländern her zu ihm kommen, greift er auf und sucht sie zu vertiefen, zu begründen, zu einem philosophischen System auszubauen. So ist es auch mit dem Sozialismus gewesen. Die Anregungen, die vom Ausland, besonders Frankreich her kamen, baute der deutsche Sozialist zu einem „wissenschaftlichen Sozialismus", zu einer Weltanschauung aus. Darum brachte der deutsche Sozialismus im Gegensatz zu Frankreich, wo er in unzähligen Richtungen zersplittert ist, eine einheitliche große Bewegung hervor, die im allgemeinen von einer einheitlichen Anschauung getragen wird.

Bevor wir jedoch zur eigentlichen Darstellung des deutschen Sozialismus übergehen, sind noch wichtige Vorbemerkungen vonnöten. Wie

wir nämlich die wirtschaftlichen Ursachen des Sozialismus — so könnte man die Anregungen nennen, die die neue Produktionsweise dem Entstehen sozialistischer Gedanken gab — im einzelnen dargelegt haben, so werden wir zum vollen Verständnis eine Darlegung der Anregung auf geistigem Gebiete anfügen müssen.

Das muß nach zweifacher Richtung hin geschehen. Erstmals sind darzutun die Einwirkungen der hier in Frage kommenden ausländischen Gedankenwelt, zumal der französischen, auf die deutsche, sodann, wie die sozialistischen Bestrebungen zwar nicht sofort, aber mit der Zeit immer mehr einen empfänglichen Boden in der geistigen Verfassung der deutschen Arbeiter gewannen. Doch die Einwirkung dieser letztern Faktoren wird am besten in die Darstellung des deutschen Sozialismus selbst eingeflochten.

In der Darlegung der vom Auslande herrührenden Einwirkungen wollen wir uns auf Frankreich beschränken. Wegen der engen Verbindung der deutschen Geisteswelt mit der französischen am Anfange des 19. Jahrhunderts und auch später noch überragt entschieden der Einfluß der französischen Sozialisten den der übrigen Länder, z. B. Englands, das gilt insbesondere für Lassalle wie auch für Marx. Für unsere Zwecke verschlägt es daher nichts, wenn wir auf die Darstellung des Sozialismus im übrigen Ausland verzichten, zumal eine ausgiebige, leicht zugängliche Literatur darüber besteht; es sei nur an V. Cathrein, Der Sozialismus (Freiburg 1910, Herder) erinnert (4. Kapitel).

§ 2. Einflüsse des französischen Sozialismus am Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts

I. Die sozialistischen Bestrebungen während und unmittelbar nach der Revolution von 1789

1. Wir wollen auf die sozialistischen Bestrebungen in Frankreich um die Wende des 18. Jahrhunderts nur so weit eingehen, als sie für das Verständnis des deutschen Sozialismus von Bedeutung sind.

In der Französischen Revolution eine sozialistische Bewegung, wenn auch des dritten statt des im 19. Jahrhundert erst aufkommenden vierten Standes, sehen zu wollen, geht nicht an. Die Französische Revolution ist vielmehr die Folge einerseits einer unvernünftigen Regierungspolitik, anderseits eines im Volke erwachenden Freiheits- und Selbständigkeitsgefühls. Die Fürsten, die keine Volksrechte kannten (L'État c'est moi), deren anfängliche väterliche Fürsorge in Unterdrückung und Knechtung der Bürger ausartete, wodurch sie auch wirtschaftlich das

Land zum Ruin brachten, hatten sich selbst das Verderben geschaffen. Es mußte die jahrelang bis zur höchsten Erbitterung aufgespeicherte Unzufriedenheit im Volke endlich zum Durchbruch kommen, zum plötzlichen Durchbruch im französischen Volke, dessen leichte Erregbarkeit nur eines äußern Anlasses zur Tat bedurfte. Dazu kam, daß mit der gesteigerten Kultur die Gefühle stolzen Selbstbewußtseins lebendig geworden, daß die Worte von Freiheit, von berechtigtem Naturtrieb usw., die ein Rousseau, ein Voltaire gepredigt, in den Herzen der Untertanen Widerklang gefunden. So war die französische Revolution das gewaltsame Erwachen freiheitlichen Geistes, der sich auf geistigem wie wirtschaftlichem Gebiete durchrang (vgl. Entwicklung der Volkswirtschaft, Arbeiter-Bibliothek Heft 8, M.Gladbach).

War aber die französische Revolution auch nicht selbst eine sozialistische Bewegung, so bahnten doch ihre Ideen sozialistische Bestrebungen in mehrfacher Richtung an. Wenn wir vollends den geistigen Nachwirkungen der Revolution nachgehen, so werden wr in ihnen vielfach den ergiebigen Nährboden des Sozialismus finden. In diesem beschränkten Sinne läßt sich dann auch wohl behaupten, die gewaltsame Bewegung der französischen Revolution habe den Keim der sozialistischen Bewegung in sich geborgen.

2. Schon während der revolutionären Erhebungen und während der ersten republikanischen Regierung (1789—1804) wurde der Gedanke der Gleichberechtigung, wie er auf politischem Gebiete die Gemüter erregte, auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen. Nicht nur liberté, persönliche und politische Freiheit, auch fraternité und égalité, Brüderlichkeit und Gleichheit sollten sich verwirklichen. Brüderlichkeit und Gleichheit aber, wenn sie wenigstens nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich erstrebt werden, sind mit einem Eigentum, das sich in den Händen einzelner ansammeln kann und dadurch die Unterschiede zwischen arm und reich und alle Folgen dieser Unterschiede herbeiführt, nicht mehr vereinbar.

Das waren jedoch Gedanken, die sofort den Kampf zwischen den Besitzenden und Besitzlosen bewirkten: einen Kampf zwischen den Liberalen, die auf halbem Wege stehen blieben, und den Liberalen, die ganze Arbeit machen wollten. Schon Robespierre, an dessen Namen sich nach Hinrichtung Ludwigs XVI. (1793) die Schreckensherrschaft von 1793 — 94 knüpfte, sah ein, daß sich eine Republik, so wie man sie sich erträumte, ohne gewisse soziale Gleichheit nicht verwirklichen ließ; er hatte eine unklare Vorstellung von einem Tugendreich, das auf der Basis sozialer Gleichheit aufgebaut sei. Doch über ihn siegten die Besitzenden. Er wanderte in das Gefängnis und auf das Schafott.

Gleichwohl war damit die Bewegung nicht erstickt. Babeuf, der sich lebhaft an der Bewegung Robespierre beteiligt hatte, machte nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis einen abermaligen Versuch, die „Egalité“ zu verwirklichen. Auch er hatte erkannt, daß mit der bloßen politischen Freiheit für die große Masse des Volkes noch nicht viel gewonnen sei, und suchte auf dem Wege einer sozialen Revolution neben der politischen auch die wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit dem Volke zu erringen. Alle Güter sollten dem Volke gehören und allen das Recht auf alle Genüsse zustehen. Die oberste Gewalt sollte durch Gesetz die Arbeit auf alle verteilen und auch allen gleiche Teilnahme an den Genüssen ermöglichen. Doch Babeuf hatte wenig Glück mit seinen Ideen: das Volk stand ihnen teilnahmlos gegenüber, und den Regierungen war die Gleichheit im Besitze denn doch zu unbequem. Die Versammlungen, die Babeuf abhielt, wurden geschlossen, und die Gesellschaften, die er gründete, als geheime Verschwörungen verfolgt, er selbst 1797 hingerichtet.

II. Die sozialistischen Bestrebungen späterer Zeit

Nach der französischen Revolution bildeten sich auch auf wirtschaftlichem Gebiete neue Verhältnisse heraus. Die Revolution hatte die alten Fesseln, die die frühere Ordnung der Landwirtschaft wie dem Gewerbe auferlegt hatte, gesprengt: die Bauern waren frei und die Industrie nicht mehr abhängig von allerlei Eingriffen des Staates, die Gewerbefreiheit hatte sie erlöst.

Während der Wirren der verflossenen Jahre hatte es noch an der nötigen Sicherheit für den Besitz gefehlt, und das wirtschaftliche Leben hatte nicht emporkommen können. Unter dem eisernen Zepter Napoleons I. (1804—1814) aber entwickelte sich die neue Gesellschaft, in der nicht mehr wie früher die Geburt Standesrechte und Standesprivilegien schuf, sondern nur die persönliche Tüchtigkeit jedem die Lebensstellung sichern sollte.

Doch in dieser neuen Gesellschaft bildete sich ein neuer Gegensatz heraus, der von Kapital und Arbeit. In der nunmehrigen Ordnung der Freiheit konnte das Kapital seine Macht unbeschränkt entfalten. Von der Selbstsucht auf der einen, von der freien Konkurrenz auf der andern Seite wurde das wirtschaftliche Leben beherrscht. Die vollständige Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital war die Folge. „Dazu war die Erfindung der Dampfmaschine durch Watt, der Spinnmaschine durch Arkwright gekommen, welche die größte Umgestaltung in den Produktions- und Arbeitsverhältnissen mit sich brachte. Aus der Werkstatt wurde zuerst die Manufakturanstalt, dann die Fabrik, aus dem Handwerker der Fabrikarbeiter. Alle diese Umstände wirkten zu-

sammen, um die Arbeiter in die kläglichste ökonomische Lage zu bringen — der Wert der Arbeitskraft wurde von den schwankenden Bewegungen des Marktes bestimmt. Die Konkurrenz erforderte die größte Wohlfeilheit der Ware, diese wieder die wohlfeilste Produktion, und so wurde schließlich der Arbeiter in seinem Lohn auf die äußerste Grenze herabgedrückt. Anderseits machten die Arbeiter sich in dem Angebot von Arbeit selbst Konkurrenz; je zahlreicher dieses Angebot war — und die große Vermehrung des Proletariats sowie die Erfindung arbeitersparender Maschinen machte es immer zahlreicher — desto geringern Lohn erhielten die Arbeiter, weil die notwendigen Kräfte in Menge zur Disposition standen. Auf solche Weise wurde der Arbeitslohn von dem Notwendigsten, von dem Minimum des Lebensbedarfs des Arbeiters und seiner Familie bestimmt, wie Ricardo richtig erkannte und Lassalle später den Arbeitern verriet." (Rud. Meyer, Emanzipationskampf des vierten Standes I 27.)

Und wie diesen Zuständen abzuhelfen sei, das war nunmehr die Frage, die Männer, die ein offenes Auge für die Zeitverhältnisse und ein warmes Herz für das Volk hatten, beschäftigte. Sie suchten nach einem Ausweg. In ihrem Suchen nach einem solchen blieben sie jedoch schon in der Beurteilung der wirtschaftlichen Zustände nicht ohne Einseitigkeit, wie es zumeist in Zeiten gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umwälzungen geschieht. Die an der Oberfläche liegenden Erscheinungen, z. B. die ungünstige Lage des Arbeiters auf Grund des freien Arbeitsvertrags gegenüber den Arbeitgebern, wurden von ihnen zwar richtig erkannt, aber beim Eindringen in die tiefern Zusammenhänge wirtschaftlichen Lebens gerieten sie in Einseitigkeiten des ökonomischen Liberalismus, so sehr sie dessen Prinzip der ungezügelten wirtschaftlichen Freiheit bekämpften. Auch sie kamen bei der Beurteilung des materiellen Fortschritts der Völker — Adam Smith hatte „Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen" (1777) angestellt — zu der einseitigen Lehre, daß die menschliche Arbeit die Quelle des Wertes aller Güter sei. Dementsprechend wollten sie eine Ordnung des Staates ausschließlich auf den arbeitenden Ständen aufbauen. Daher ihre Unterschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung des Eigentums, ihre Forderung, es zu beseitigen. An diesen Fehlern der Theorie krankten mehr oder minder die Bestrebungen aller jener Männer, die damals eine gesellschaftliche Neuordnung erstrebten. Hinzu kamen Fehler der Praxis. Sie ergingen sich entweder in praktisch nicht auszuführenden Plänen oder brachten, wenn sie den Boden des wirtschaftlichen Lebens betraten, Mittel zur Anwendung, die an und für sich wohl ausführbar waren, die aber schließlich wieder in den Dienst unrichtiger Ziele gesetzt wurden und deshalb erfolglos blieben.

1. Zur erstern Richtung möchten wir zählen: den Grafen Saint-Simon (1760—1825) und den Sozialisten Fourier (1772—1837).

a) Graf Saint-Simon[1]) setzt den Begriff der Arbeit dem des Besitzes gegenüber, aber er faßt den Gegensatz noch nicht in der von der heutigen Sozialdemokratie dargestellten Form, also noch nicht im Gegensatz zwischen Arbeit und Unternehmerkapital. Ihm ist der Besitz nichts anderes als der arbeitslose Besitz, als dessen Vertreter er das Régime ancien vor der Revolution ansieht, Großgrundbesitz, Adel, höheres Beamtentum, die auch nach der Revolution noch die Macht hatten. Als Vertreter der „Arbeit" faßt er dagegen alle Industriellen, also sowohl Fabrikanten als Arbeiter. Sie sind noch nicht in der neuen Ordnung, die eine Herrschaft der Arbeit sein soll, wo es jedem ermöglicht werden muß, entsprechend seinen Fähigkeiten emporzukommen, zur entsprechenden Geltung gelangt. Seine Lehre ist das Programm der aufstrebenden Klassen überhaupt. Er erstrebt eine Herrschaft der Industriellen, die sich mit dem Königtum verbinden müßten, um die Reste des Feudalismus zu beseitigen, der unter der Herrschaft Napoleons I. das aufstrebende Bürgertum noch niedergehalten hatte. Man kann sagen, die Umbildung zu solchen Verhältnissen begann auch tatsächlich heraufzuziehen, indem das kapitalmächtige industrielle Bürgertum, zumal gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts, im Staatswesen immer mehr die Macht an sich riß.

Entsprechend seinem mystisch angelegten Charakter wollte Saint-Simon auch die Durchdringung der Welt mit neuem religiösen Leben. Dieses neue religiöse Leben war aber nicht das Christentum. Denn in ihm sei zu viel Dogma und zu wenig werktätige Nächstenliebe. Es bedürfe eines neuen Christentums, das die Menschen lehre, sich als Brüder zu lieben und als erstes Ziel habe die möglichst schnelle Verbesserung des Loses der arbeitenden Klassen.

Ein werktätiges Christentum sei aber auch notwendig, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Industriellen müßten als Leiter der

[1]) Graf Heinrich von Saint-Simon entstammte einer vornehmen Adelsfamilie Frankreichs. Nach einer sorgfältigen Erziehung trat er als 16jähriger Offizier in die französische Armee ein, begab sich aber schon drei Jahre darauf nach Amerika, wo er als Hauptmann unter Washington an dem nordamerikanischen Unabhängigkeitskriege gegen England teilnahm. Kurz vor der Revolution nach Frankreich zurückgekehrt, schloß er sich dieser mit Begeisterung an. In den Wirren der Zeit verlor er mehrmals sein Vermögen, da er einen recht unregelmäßigen Lebenswandel führte, wurde jedoch von seinen Freunden, besonders durch den Bankier Olinde Rodriguez, unterstützt. Er war fast während seines ganzen Lebens schriftstellerisch tätig. Seine Ideen von der Notwendigkeit und Art einer Umgestaltung der Gesellschaftsordnung sammelten ihm einen Kreis von Schülern, dem die bedeutsamsten Geister des modernen Frankreichs angehörten.

ganzen Produktion des Landes human gegen die Arbeiter sein; seien sie das nicht, dann drücke die Macht des Kapitals die Löhne der Arbeiter herab und führe schließlich zum Zusammenbruch der Ordnung.

In des Grafen Saint-Simon Lehre liegt ein Keim der sozialistischen Grundgedanken unserer Zeit, besonders auch der Gedanke von einem „neuen Christentum", dessen vornehmste Aufgabe die Besserung des Lohnes der arbeitenden Klassen darstellen sollte; nur darin unterscheidet sich seine Lehre freilich sehr wesentlich von dem Sozialismus unserer Zeit, daß der Klassenkampf zwischen Industriellen und ihren Arbeitern von ihm nicht behauptet wird, sondern vielmehr eine Harmonie der beiden Klassen; diese Harmonie aber soll herbeigeführt werden durch die Humanität der Industriellen, die Betätigung des neuen Christentums. Eigentliche sozialistische Ideen, wenn wir hierunter Bestrebungen zur Beseitigung des Privateigentums verstehen, finden sich bei Saint-Simon nicht. Wenn sich aber im Anschluß an seine Lehre sozialistische Ideen entwickelten, so lag das „an seiner rücksichtslosen Betonung der Gleichheit, die keinerlei Geburtsrechte, sondern nur Tüchtigkeit anerkennt, an seiner steten Rücksicht auf das Wohl der ganzen Masse und an seiner Forderung einer Durchdringung des praktischen Lebens mit einer vollkommenen Ethik" (Handswörterbuch der Staatwissenschaft).

So haben seine Schüler, besonders Bazard und Enfantin, den Gedanken ausgebaut, daß das arbeitslose Einkommen zu verwerfen sei und sind dadurch zur Bekämpfung von Privateigentum gekommen. Das arbeitslose Einkommen werde immer zu dem Zwecke mißbraucht, daß der eine Mensch den andern unterdrücke, wie es im Altertum durch die Sklaverei und heute durch die Diktatur der Besitzenden über die Besitzlosen geschehe. Sie verlangen besonders die Abschaffung des Erbrechts; die Gesamtheit (Staat) soll das Erbe übernehmen und die ihr zufließenden Kapitalien unter die Bürger entsprechend ihren Fähigkeiten verteilen, so daß jeder seine Anlagen auch wirklich entfalten können.

b) Fast gleichzeitig mit dem Grafen Saint-Simon trat Charles Fourier[1]) auf, der ebenfalls zu sozialistischen Ideen kam, aber

[1]) Charles Fourier entstammte einer wohlhabenden Kaufmannsfamilie in Besançon. Nach dem Tode des Vaters führte ihn seine Mutter gegen seinen Willen dem Kaufmannsstande zu. Als Reisender lernte er die meisten Städte Frankreichs, auch Deutschland, Holland und Belgien kennen. Seine Abneigung gegen den Handel, „das edle Handwerk der Lüge", steigerte sich in spätern Jahren zum Hasse, besonders als er auf Befehl seines Chefs heimlich eine Schiffsladung Reis ins Meer senken mußte, um künstlich eine Preissteigerung herbeizuführen. Gleichwohl mußte er in seinem Beruf verbleiben, um eine Existenz zu haben, da er durch die Revolution sein ererbtes Vermögen verloren hatte. Er trat seit 1808 mit einer Reihe von Schriften hervor, in denen er seine Ideen entwickelte, und die ihm einen Kreis begeisterter Anhänger warben.

unabhängig von Saint-Simon. Während die übrigen Sozialisten mehr das Glück der Gesamtheit suchten und durch deren Glück die Besserung der Lage des einzelnen erwarteten, ging Fourier von dem echt liberalen Gedanken aus, daß die Triebe des einzelnen zu befriedigen seien, um dem einzelnen ein möglichst genußreiches Leben zu bieten. Alle Triebe des Menschen seien von Natur aus gut, und in ihrer Befriedigung bestehe des Menschen Glück. Wenn heute die volle Befriedigung nicht möglich sei, so beruhe das in der falschen Organisation der heutigen Gesellschaft. Da habe in der Produktion der Handel, der bloß zwischen Produzent und Konsument vermitteln soll, sich zum Herrscher der ganzen Produktion aufgeworfen und streiche ungebührliche Gewinne ein. In der gewerblichen Tätigkeit fehle die Lust an der Arbeit, wie erklärlich, da den Arbeitern nur kärglicher Lohn zufließe. Und die Landwirtschaft sei auch nicht produktiv genug, da der Boden in kleine Besitztümer zerstückelt werde, und seine Bearbeitung von Bauern ohne genügende Intelligenz geschähe. Alle diese Mißstände beruhten im Fehlen der Assoziation, der Vereinigung, weil die einzelnen Kräfte, ohne in Ordnung gebracht zu sein, zum Konkurrenzkampf führten, wo der Stärkere den Schwächern besiege. Die Assoziation denkt sich Fourier nach Gemeinden von 2000 Einwohnern (Phalangen), wo alle gemeinsam besitzen, produzieren und konsumieren. Jeder ergreift die Arbeit, die ihm paßt, so daß er mit Lust arbeitet und dadurch die Erträgnisse seiner Leistungen steigert. Die Gewinne der Arbeit werden unter die Glieder der Gemeinde entsprechend ihren Leistungen verteilt. Die Einzelehe hört in dieser Gemeinde auf, statt dessen herrscht die Auswahl einer freien Liebe.

So hat Fourier die Idee eines Zukunftsstaates, freilich phantastisch genug, ausgemalt. Er tut den Schritt, die Beseitigung des Privateigentums zu fordern, aber eine klare Auffassung eines Gegensatzes zwischen Besitzenden, in deren Händen die Produktionsmittel, und besitzlosen Arbeitern, die nichts als ihre Arbeitskraft haben, findet sich auch bei ihm noch nicht. Er begründet die Notwendigkeit einer neuen Ordnung aus einer allgemeinen Betrachtung der wirtschaftlichen Zustände, weniger aus der Unhaltbarkeit des Verhältnisses zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den besitzlosen Arbeitern.

Fouriers Theorie begegnete dem Spotte der Gegner, und konnte erst zur höhern Bedeutung gelangen, nachdem seine Schüler, besonders Viktor Considérant, des Meisters Theorie von manchem Phantastischen befreit hatten, und nachdem auf der andern Seite die Anhänger des Grafen Saint-Simon ihren Einfluß verloren hatten, weil sie umgekehrt die Lehren Saint-Simons zu tollen Übertreibungen, zumal auf geschlechtlichem Gebiete, benutzten.

2. Während Saint-Simon und Fourier ihre Systeme entwickelten, hatte Frankreich große Ereignisse durchgemacht. Napoleon hatte sein eisernes Zepter geführt und war 1815 zum endgültigen Sturz gelangt. Dann hatte man in der sogenannten Restauration die Zustände wieder herbeiführen wollen, die vor der Revolution geherrscht hatten: die Bourbonen waren unter Ludwig XVIII. (1814—1824), dem Bruder des 1789 hingerichteten Ludwig XVI., wieder zur Regierung gekommen.

Unter Napoleon I. war das industrielle Bürgertum an Macht gewachsen. Es suchte nun unter den zurückgekehrten Bourbonen jene Staatsverfassung zu verwirklichen, die dem Bürgertum in der Gesetzgebung ausschlaggebende Geltung verschaffte. Aber dagegen sträubte sich Ludwig XVIII. wie sein Nachfolger Karl X. Die Folge war die Verjagung der Bourbonen (Julirevolution 1830). Es kam der Bürgerkönig Ludwig Philipp.

Die Vertreter des industriellen Bürgertums hatten unterdes ihre nationalökonomischen Systeme entwickelt. Sie hatten wirtschaftliche „Naturgesetze" verkündet, die der Betätigung des einzelnen im Wirtschaftsleben volle Freiheit und Rücksichtslosigkeit gestatten.

Was schon vor der Revolution in Frankreich durch die Physiokraten (im sozialen Leben muß eine „natürliche Ordnung" unter Beseitigung aller Fesseln des Staates verwirklicht werden. Ihr Hauptvertreter Ludwigs XV. [1715—1774] Leibarzt Quesnay. Vgl. Arbeiterbibliothek „Die liberale Volkswirtschaft") angebahnt und dann in England durch Adam Smith (1723—1790) und David Ricardo (1778—1823) zu einem System ausgebaut worden war, das trat jetzt aus dem Bereiche der Theorie in die praktische Wirklichkeit. Unter dem Bürgerkönig Ludwig Philipp entwickelte sich die Großindustrie und der Handel zu üppiger Blüte. Ihren Interessen mußte sich das Königtum fügen. Aber jetzt entstand auch ein massenhaftes Proletariat, das „in scharfen Gegensatz zu den besitzenden Kreisen treten mußte, weil diese in ihrer schnöden Gier nach Geld und Genuß keine Scham und Scheu kannten". „In mannigfachen Formen trat dieser Gegensatz in Erscheinung, und die bürgerliche Gesellschaft mit den mannigfachsten Waffen angreifend, wird er auch von ihr bald mit dem Schwerte, bald mit der Theorie und bald mit Spott und Hohn bekämpft. Aber dennoch ist er immer aufs neue vorhanden und kampfbereit" (Handwörterbuch der Staatswissenschaft).

Unmittelbar nach der Julirevolution 1830 setzte der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital ein. In der neuen Staatsverfassung war durch das Zensuswahlrecht der besitzlose Arbeiter vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Nur die Großkapitalisten kamen in die Deputiertenkammer, nur die Wohlhabenden konnten wählen. Das führte abermals

zu revolutionären Bewegungen, die aber jetzt nicht nur eine Änderung der Verfassung bezweckten, sondern sich auch allmählich gegen den Besitz richteten, der als die Quelle der Mißverhältnisse erschien.

Im Anschluß an sozialistische Systeme, die zumeist auf Fourier zurückgingen, bildeten sich bei der Abneigung der Franzosen gegen einheitliche Parteibewegungen mannigfache Sekten, die mit seltener Hartnäckigkeit immer wieder nach revolutionären Umwälzungen strebten, um auf dem Wege der Revolution die „Güter von den Besitzenden, die nicht arbeiten, auf die Arbeiter, die nicht besitzen", übergehen zu lassen.

Es ist von nur geringer Bedeutung, die vielfachen Namen, an die sich die Bewegung knüpfte, anzuführen. Positive Reformvorschläge verstanden diese Männer, die mehr den abenteuerlichen Reiz der Verschwörung als ein bestimmtes, zu verwirklichendes Ziel suchten, nicht anzugeben. Um diese Zeit entstand auch die erste sozialistische Arbeiterpresse, so vor allem „La Reforme" seit 1843, die in ihrem Programm schon mehr den Boden positiver Arbeit insofern betrat, als sie eine demokratische Regierung mit allgemeinem Wahlrecht forderte und vom Staate industrielle Reformen verlangte, „wodurch der Lohnarbeiter zu dem Stande der Assoziierten erhoben wird". (Vgl. über das Programm Rudolf Meyer: Die Emanzipation des vierten Standes.)

a) Wenn wir überhaupt aus den vielfachen Bestrebungen herausschälen wollen, was an positiven Reformen gefordert wurde, so könnte die Produktivassoziation an erster Stelle genannt werden. Durch Gründung von Genossenschaften sollten die Arbeiter zu Unternehmern, zu Kapitalisten gemacht und ihnen die Aussicht gegeben werden, durch ihre Unternehmungen die privatkapitalistischen Unternehmungen allmählich zu verdrängen, um dadurch die Produktion in die Hand zu bekommen. Während nun die einen mehr die Selbsthilfe der Arbeiter befürworteten, wollten andere die Hilfe des Staates.

Unter den letztern nimmt Louis Blanc (1811—1882) die bedeutendste Stelle ein. Er war 1813 in Madrid geboren, arbeitete als Journalist in Paris und erregte durch seinen in einem demokratischen Journal veröffentlichten Aufsatz „Die Organisation der Arbeit" die allgemeine Aufmerksamkeit. In dieser Abhandlung stellte er die Behauptung auf, daß die Konkurrenz das Verderben der ganzen Gesellschaft sei, und daß der Staat dieselbe aufheben könne und müsse, wenn er mit seiner großen Geldmacht als Produzent und Konkurrent auftrete. Dann würde die gesamte Industrie alsbald in seine Hände übergehen, da eben mit ihm niemand die Konkurrenz bestehen könne. Die

Arbeiter sollen sich in „sozialen Ateliers" vereinigen, für eigne Rechnung, aber nach den vom Staate zu erlassenden Gesetzen und zunächst mit seiner finanziellen Hilfe produzieren. Nicht nur innerhalb jedes Gewerks sollen die zugehörigen Ateliers einen solidarischen Bund bilden, sondern die gesamte Industrie soll sich zu einem verbundenen Ganzen gestalten. Ein besonderer Teil des Gewinns soll zur Aushilfe für die bedrängten Etablissements bestimmt werden. Indessen wird das Risiko in beträchtlichem Maße schon durch die Organisation selbst ausgeschlossen, da das „Niederkonkurrieren" fortfällt und nur die natürlichen Ursachen des Mißglückens oder besonderer Ungunst der Chancen übrigbleiben. So Louis Blanc. Aber er will den Staat nicht zum Verwalter oder Eigentümer, sondern nur zum Gesetzgeber der sozialen Werkstätten machen und fordert von ihm nichts weiter, als daß er den Übergang zu diesem System durch die Darbietung der ersten Mittel ermögliche. Er will eine Volksindustrie schaffen, die sich nach allgemeinen Gesetzen selbst regiert, und sobald sie einmal in Gang gebracht ist, auch selbst mit den erforderlichen Mitteln ausstattet und erweitert. Dieses System soll sich zunächst neben der Privatindustrie einrichten und dann die letztere mehr und mehr in sich aufgehen lassen.

Blancs Ideen sind letzten Endes nur eine Ausführung des Programms der „Reforme". Lassalle hat letzteres fast wörtlich übernommen. Charakteristisch für Blanc und Lassalle ist es, daß sie nicht, wie Marx, die individuellen Unternehmungen auf einmal beseitigen, sondern neben ihnen Produktivassoziationen mit Staatshilfe errichten wollen. Sie erhoffen dann, daß diese durch ihre Konkurrenz allmählich jene verdrängen werden. Solche Ideen setzen natürlich einen geschlossenen Staat voraus, sind mithin nicht unmittelbar international und auch nicht derartig revolutionär wie die von Marx.

b) Viel bewußter als alle diese Schulen nimmt gleichzeitig die Interessen der untern Volksklassen ein Mann wahr, aus dessen zahlreichen Schriften die Sozialisten nicht nur Frankreichs, sondern auch der übrigen Länder Anregung geschöpft haben, Proudhon.[1]) Er kann als sozialistischer Schriftsteller ersten Ranges bezeichnet werden sowohl

[1]) Peter Joseph Proudhon (1809—1865) wurde als Sohn sehr armer Eltern in einer Vorstadt Besançons geboren. Trotz der entbehrungsreichen Jugend wußte er sich eine umfassende Bildung anzueignen. Ein Stipendium der Akademie von Besançon ermöglichte ihm philosophische und volkswirtschaftliche Studien in Paris. Eine Frucht derselben war seine berühmte Schrift „Was ist das Eigentum", die sehr großes Aufsehen erregte, ihm aber auch die Freundschaft der Regierung entwand. Nach der Februarrevolution trat er mit sozialen Reformvorschlägen hervor, die er auch als Deputierter in der Nationalversammlung vertrat. Mit der Begründung einer Volksbank machte

wegen seines Reichtums an Ideen als auch seiner scharfsinnigen, geistvollen Darstellung. Er ist besonders scharf in der Kritik der gegebenen Zustände und bildete gerade darin den Ausgangspunkt der Gedanken des spätern Sozialismus.

Der Bekämpfung des Eigentums ist die Mehrzahl seiner Schriften gewidmet. Von ihm stammt das bekannte Wort: „Eigentum ist Diebstahl." Einen Nachweis der Ungerechtigkeit des Eigentums glaubt er durch Aufdeckung des Begriffs des Wertes der Güter zu erbringen. Der Wert der Güter bestehe ausschließlich in der auf die Herstellung verwandten Arbeit; man schätze sie aber im wirtschaftlichen Leben nicht nach der letztern, sondern vielmehr nach dem Tauschwert, d. h. nach dem, was man beim Kauf und Verkauf für das Gut erhält oder erhalten kann. Hierbei komme aber die auf die Herstellung der Güter verwandte Arbeit nicht zu dem ihr gebührenden Werte. Die Ursache dieses Mißstandes sieht Proudhon im Geldverkehr und im Zinsnehmen. Darum müssen Einrichtungen zur Abschaffung des Geldverkehrs getroffen werden, muß der Austausch der Waren so erfolgen, daß die Käufer und Verkäufer sich Arbeitszeit und Auslagen für die von ihnen hergestellten Waren berechnen, aber auf einen Gewinn verzichten. Proudhon machte 1849 einen Versuch zu einem solchen Tauschverkehr durch Gründung einer Volksbank, die aber, weil er kurz darauf ins Gefängnis kam, nicht eröffnet werden konnte.

Proudhon ist auch der eigentliche Begründer des Anarchismus, den er wenigstens zum erstenmal systematisch entwickelt. Wie im wirtschaftlichen Leben des Tauschverkehrs alles auf Gegenseitigkeit beruhen soll, so soll es auch im politischen Leben geschehen. Die Regierungen sollen fortfallen; statt dessen wird die Ordnung durch gegenseitiges Übereinkommen der Menschen hergestellt, durch Verträge zwischen den einzelnen Gruppen und Gemeinden.

* * *

Damit können wir die Darstellung des französischen Sozialismus und der französischen sozialdemokratischen Bewegung abschließen. Wir haben sie ja nur soweit darstellen wollen, wie es zum Verständnis der Bewegung in Frankreich erforderlich ist und die dortige Bewegung der deutschen Anregung gab.

Wenden wir uns nun zu den Anfängen der sozialistischen Bewegung in Deutschland. Da begegnen wir Lassalle, dem Stifter der deutschen

er einen Versuch zur praktischen Verwirklichung seiner Ideen, der aber kläglich scheiterte. Von den Gerichten wegen seiner Schriften verfolgt, floh er nach Brüssel, von wo er dann später wieder nach Paris zurückkehrte und dort wenige Jahre später starb.

Sozialdemokratie, als dem hervorragendsten Sozialisten, gegenüber dem alle andern zurücktreten. Aber Lassalles Bedeutung beruht weniger in der Fassung selbständiger Gedanken, als in seiner gewaltigen Agitationsgabe und in der geschickten Benutzung der politischen Verhältnisse für seine Pläne. Als Theoretiker fußte er vorzugsweise auf der Arbeit von französischen Sozialisten, was er freilich niemals bekannt hat, selbst dann nicht bekannt hat, wenn er Schlagworte wie „Das Eigentum ist Fremdtum" andern entlehnte und für die Agitation nutzbar machte. Ein kurzes Wort aber mag vorher der sozialistischen Bewegung in Deutschland gewidmet sein, die dem Auftreten Lassalles voraufging und die ebenfalls ihre Fäden nach Frankreich zurückführte.

Zweites Kapitel

Die Anfänge der sozialistischen Bewegung in Deutschland

§ 3. Sozialistische Ideen und Bewegungen vor Lassalle

1. Wie alles, was in der Politik und in der Literatur zu Anfang des 19. Jahrhunderts in Frankreich geschah, in Deutschland Beachtung und Teilnahme fand, so auch die sozialistischen Ideen und Bewegungen. Aber eine eigentliche Arbeiterklasse, wie sie die Großindustrie hervorruft, wies Deutschland noch nicht auf, es war noch das Land des Handwerks und der Hausindustrie. So waren es denn auch mehr die Kreise der Gebildeten, zumal der literarischen Welt (z. B. der Dichter Heine) und der Studenten, in denen die sozialistischen Ideen Frankreichs ihren Widerklang fanden. In jener Zeit, wo die Regierungen mit Gewalt die freien Regungen des Volkes unterdrückten, erschienen die Freude und Glück verheißenden Pläne der französischen Kommunisten wie ein willkommenes Mittel, an denen man die Phantasie berauschen und die gegenwärtige Lage messen konnte, um über sie Spott und Hohn auszugießen. So wurden besonders die Schriften des Grafen Saint-Simon und seiner Schüler mit ihrer sozialistischen Weltreligion eifrig in den Salons der Literaten zu Berlin gelesen und zum Anlaß scharfer Kritik gegen die Regierungen und gegen die Geldaristokratie benutzt.

Der Förderung sozialistischer und sogar anarchistischer Gedanken, die auf die Aufhebung aller Ordnung hinzielen, kam auch die damals herrschende Richtung in der Philosophie entgegen. Der Philosoph Hegel wollte zwar nichts weniger als den Umsturz der bestehenden Staatsordnung, im Gegenteil, ihm war der Staat die Verkörperung alles Vernünftigen, dem deshalb unumschränkte Herrschaft über alle seine Angehörigen (Staatsomnipotenz) zufällt. Aber Hegel hatte in seinem philosophischen System auch einen andern Gedanken vertreten, nämlich den, daß alles in der Entwicklung begriffen sei und verurteilt sei, durch neue Formen ersetzt zu werden (alles Bestehende sei wert, daß es zugrunde gehe). In der Richtung der Jung-Hegelianer richteten sich diese Gedanken gegen die bestehende Ordnung des Staates, der von ihnen eine oft recht maßlose Kritik erfuhr. Unter ihnen finden wir Namen

wie Strauß, Feuerbach und Bruno Bauer, die gegen staatliche wie religiöse Ordnung ihre Angriffe richteten.

Auch zu direkten anarchistischen Bestrebungen kam es in den Kreisen dieser Philosophenschule und ihrer Ausläufer, wozu nicht wenig die Schriften Proudhons anregten. Solche finden wir in übertriebener Form bei Max Stirner (1806—1857; sein Werk „Der Einzige und sein Eigentum" 1845), der die Auflösung jeder Ordnung wollte und für den Menschen kein anderes Interesse gelten ließ als das des Ich, des „Einzigen". Damit dieses „Ich" zur Befriedigung komme, müßten alle Fesseln schwinden, die des Staates, der Kirche und der Gemeinschaft. Stirner wollte also an und für sich keine Vereinigung, wonach die Sozialisten so sehr gestrebt hatten, weil die Vereinigung, die Organisation, dem einzelnen Gesetze gibt und Zwang auferlegt. Gleichwohl kommt er zur Forderung von Vereinigungen von einem andern Gesichtspunkt aus, weil nämlich, wie er sagt, der einzelne in der Verfolgung seiner eignen Interessen der Mitmenschen bedarf und darum mit ihnen zu Vereinigungen zusammentritt; aber hier nützt bloß der einzelne die Vereinigung aus, soweit sie seinen eignen Interessen dienlich sein kann, weiter nicht. Dadurch untergräbt Stirner alle idealen Gedanken der Betätigung für die Interessen der Gemeinsamkeit, wie z. B. des Vaterlandes, weil ja jeder die Gemeinsamkeit ausschließlich unter dem Gesichtspunkte des persönlichen Nutzens würdigt.

2. Die Kreise der Literaten und der Studenten warben auch in den Arbeiterkreisen für ihre Ideen, bis dann dort selbständige Bewegungen erwachten, die die Mitwirkung der gebildeten Stände allmählich abstießen. Die Werbung unter den Arbeitern war freilich schwieriger, weil, wie schon bemerkt, ein massenhaftes Proletariat noch nicht bestand, sondern Handwerk und Hausindustrie noch überwogen. Darum wandte sich mit Rücksicht auf die nationale Eigenart des Wanderns der Gesellen die Agitation zunächst an jene nach Tausenden zählenden deutschen Handwerksburschen, die in der Schweiz, Paris und London weilten, um nach Jahren wieder zur Heimat zurückzukehren. Paris und die Schweiz wurden die Stützpunkte dieser Agitation, wurden zugleich die Sitze kommunistischer Vereinigungen deutscher Gesellen, die von dort aus ihre Agitation nach Deutschland betrieben.

Doch erst am Anfang der 40er Jahre nahm die sozialistische Agitation größern Umfang an, in welchem Jahre der Magdeburger Schneidergeselle Weitling an die Spitze der Agitation trat. Er war auf seiner Wanderschaft nach Paris gekommen und dort Mitglied des „Bundes der Gerechten" geworden, einer sozialistischen, ursprünglich liberalen Vereinigung, die deutsche Arbeiter aufnahm und die Einrichtung einer neuen Republik erstrebte. Als Mitglied dieses Bundes organisierte

dann Weitling in der Schweiz sozialistische Arbeitervereine, die unter harmlosen Titeln gegründet wurden und ihre Mitglieder dem Pariser Bunde der Gerechten zuführten. Weitling gab 1842 sein Hauptwerk „Die Garantie der Harmonie und Freiheit" heraus, worin er seine Anschauungen niederlegte. Das Buch gibt im ersten Teil eine Kritik der bestehenden Ordnung, beschreibt im zweiten den zukünftigen sozialistischen Staat und bringt endlich im dritten Teil Anweisungen, wie die heutige Ordnung in die zukünftige zu überführen ist. In Zürich gewann Weitling zahlreiche Anhänger, so daß die dortige Regierung ihn schließlich festnahm und nach kurzer Haft des Landes verwies. Er kam nach Hamburg, von da nach London. Hier wurde er von den Sozialisten im Triumph empfangen, machte sich aber mit der Zeit wegen seines eigenartigen Wesens recht mißliebig. Als 1848 die Revolution in Deutschland, auf die er Hoffnung gesetzt hatte, mißglückte, siedelte er nach Amerika über, wo er jedoch durch sein eitles und selbstbewußtes Wesen allenthalben Anstoß erregte. Er fand schließlich als Schreiber in einem Auswanderungsbureau Unterkommen, bis er 1871 starb.

Weitling ist der erste deutsche Theoretiker des Kommunismus. Durch ihn fand der Kommunismus in Deutschland in den Kreisen der arbeitenden Stände Eingang. Seine Schüler waren es, mit denen später Lassalle in Berührung kam und die dessen begeisterte Gefolgschaft wurden. Anhänger Weitlings richteten 1863 eine Adresse an Lassalle, in der sie ihn um ein Programm für ihr Bewegung baten, das Lassalle dann in dem berühmt gewordenen Antwortschreiben gab.

Doch nun zu Lassalle selbst.

§ 4. Die sozialistische Arbeiterbewegung Lassalles

I. Lassalle und die damaligen politischen Verhältnisse

Lassalles Leben fällt der Zeitdauer nach in zwei ungleiche Teile, in sein Leben vor der Agitation und während der Agitation. Die letztere Zeitspanne sieht ihn auf der Höhe des Ruhmes, aber kaum zwei Jahre währt sie.

1. Lassalles Vorleben. Ferdinand Lassalle wurde 1825 zu Breslau als Sohn eines jüdischen Kaufmannes geboren. Nachdem er auf dem Gymnasium seiner Vaterstadt sich wegen eines losen Streiches unmöglich gemacht hatte, besuchte er eine Zeitlang die Handelsschule in Leipzig, fand aber wenig Geschmack an den Handelswissenschaften, so daß er sich wiederum den klassischen Studien zuwandte und sich durch Privatstudium für die Universität vorbereitete.

Zuerst studierte er in Breslau und Berlin Rechtswissenschaft und Philologie, erwählte sich aber schließlich die Philosophie. Er ging sodann eine Zeitlang auf Reisen, die ihn besonders nach Paris führten, wo er in den kommunistischen Klubs verkehrte und wahrscheinlich auch die Werke der französischen Sozialisten las, woraus er Anregungen für seine eignen spätern Bestrebungen schöpfte. Als er dann als kaum 21jähriger junger Mann nach Deutschland zurückkehrte, lernte er in Berlin, wo er sich als Privatdozent der Philosophie niederlassen wollte, in den literarischen und sozialistischen Kreisen die Gräfin v. Hatzfeld kennen. Diese befand sich damals mit ihrem Gatten wegen der Regelung der Vermögensverhältnisse in einem langwierigen Ehescheidungsprozeß. Lassalle ergriff sofort Partei für die, wenn auch bedeutend ältere, doch immer noch als schön geschilderte Gräfin und führte in 36 Prozessen ihre Sache dem Siege zu. Freilich war sein Eintreten für die Gräfin, abgesehen von dem intimen Verhältnis zu ihr, nicht so ganz uneigennützig. Denn im Falle des Sieges war ihm eine Jahresrente von 7000 Taler für die Zeit seines Lebens zugesichert worden. Seitdem heftete sich die Gräfin untrennbar an Lassalles Fersen, und er hatte nicht die Macht, diese Fesseln zu zerreißen, trotzdem er manchmal das Entwürdigende des Verhältnisses bitter empfand.

Als März 1848 das „tolle Jahr" kam, war Lassalle in dem Prozeß der Gräfin durch gerichtliche Verhandlungen in Anspruch genommen, so daß er sich an den Wirren selbst nicht beteiligen konnte. Erst im Herbst des Jahres bekam er freie Hand, worauf er die Gräfin nach Düsseldorf begleitete und sich dort sofort den revolutionären Bewegungen anschloß. Als er in einer Versammlung zu Neuß die Bevölkerung zum aktiven Widerstand aufforderte, wurde er vor Gericht gestellt, aber freigesprochen; in einer zweiten Anklage, die gegen Lassalle erhoben wurde weil er zum Widerstand gegen die Regierungsbeamten aufgefordert hatte, **wurde er jedoch zu vier Monaten Gefängnis verurteilt; im Berufungswege wurde die Strafe in eine Geldstrafe umgewandelt.**

Lassalle blieb die folgenden Jahre in Düsseldorf, bis er 1857 nach Berlin übersiedelte. Er beschäftigte sich mit literarischen Arbeiten, zum größten Teil philosophischen, dann aber auch, als es wegen der Lombardei, die sich von Österreich losriß, zum Kriege zwischen Frankreich und Österreich kam, mit politischen Streitschriften. In seiner Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgaben Preußens" wandte er sich scharf gegen Österreich, „das zerfetzt, zerstückelt und zermalmt werden müsse", weil es seiner Existenz nach der gefährlichste Feind aller Freiheitsideen sei.

Auf das soziale Gebiet führte ihn sein großes, zweibändiges Werk „Das System der erworbenen Rechte", welches er 1861 herausgab. Dieses Werk gibt die sozialphilosophischen Ansichten Lassalles wieder,

die ihn als Schüler des Philosophen Hegel erkennen lassen. Ihm ist Recht und Gesetz nichts anderes als der Widerhall des allgemeinen Geistes im Volke, der Anschauungen, die auf gewisse im Volke lebende Ideen zurückzuführen sind. Wenn sich diese Anschauungen im Volke ändern, dann ändert sich auch das Recht. Wie leicht erkennbar, folgt hieraus von selbst, daß es nach Lassalle keine unveränderlichen Gesetze des Rechtes gibt, z. B. betreffend das Eigentum. Wenn ein Volk anfängt, darüber anders als früher zu denken, so ändern sich eben auch seine Rechtsbegriffe; damit kann es auch nicht mehr unrecht sein, andere Formen des Eigentums herbeizuführen.

Mit dem Jahre 1861 folgte die Zeit der innern politischen Kämpfe in Preußen, wo es zum scharfen Gegensatze zwischen Abgeordnetenhaus und Regierung kam wegen der Verstärkung des Heeres. Lassalle griff durch zwei Schriften in diesen Konflikt ein, in denen er Mittel angab, wie die Volksvertretung die Regierung zur Nachgiebigkeit zwingen könne. Lassalle bekam wegen dieser Schriften Differenzen mit der Fortschrittspartei, der er angehörte, die dann schließlich sein Ausscheiden aus der Partei zur Folge hatten.

In derselben Zeit war es auch zwischen Arbeitern und der Fortschrittspartei zu Auseinandersetzungen gekommen: Die Entwicklung der Verhältnisse führte beide, Lassalle und die Arbeiter, zusammen. Lassalle war durch die Führung des Ehescheidungsprozesses der Gräfin Hatzfeld zu einem allgemein bekannten Manne geworden, der nun auch auf politischem Gebiete hervortrat und hier Mittel und Wege erstrebte, die in der Richtung der Wünsche der Arbeiter lagen. Für letzteres zeugte vor allem ein Vortrag, den er 1862 in einer Vorstadt von Berlin „über den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes" gehalten hatte.

2. Lassalles Eingreifen in die deutsche Arbeiterbewegung.

a) Bevor wir Lassalles Eingreifen in die Arbeiterbewegung darlegen, möge ein Blick auf die damaligen Zeitverhältnisse, auf die wirtschaftlichen wie politischen, in Deutschland getan werden.

In die Jahre 1850—1860 fällt vorzugsweise die industrielle Entwicklung Deutschlands. Reichgewordene Fabrikanten, deren Vermögen nicht nur nach Tausenden, sondern schon nach Millionen zählte, zeugten von dem Segen der aufblühenden Industrie. Auf der andern Seite erfuhr die Lage derjenigen, die ebenfalls der Industrie zum Erstarken verholfen hatten, aber nichts als ihre Arbeitskraft besaßen, die Lage der Arbeiter letzten Endes nichts als eine Verschlechterung. Die Löhne brachten kaum das zum Leben unbedingt Notwendige ein. Die Fabrik zog auch Kinder und Frauen in ihren Bann und beutete ihre schwachen Arbeitskräfte schonungslos aus. Dazu kamen andere Umstände, die

dem Arbeiter das Gefühl einer Herabwürdigung brachten: das war die Abhängigkeit des Arbeiters vom Arbeitgeber, das war die Unsicherheit seines Verdienstes, da er jeden Augenblick entlassen werden konnte. Damals wirkten diese Umstände um so schlimmer, als es einen staatlichen Schutz des Arbeiters, wie ihn heute die Gewerbeordnung kennt, noch nicht gab, und noch weniger eine Sicherung des Einkommens in den Tagen der Krankheit und der Invalidität. Daß ein Vergleich der eignen Lage mit der der Unternehmer die Gefühle der Erbitterung in den Herzen der Arbeiter auslöste, lag nahe.

Während nun in England die Bestrebungen nach Besserung der Lage sich wirtschaftlicher Mittel bedienten, besonders der Gründung von wirtschaftlichen Organisationen, von Gewerkschaften, führten die damaligen politischen Verhältnisse die deutschen Arbeiter auf den Weg *politischer* Mittel. Es war die Zeit, in der alles „in Politik machte". Das Bürgertum hatte zwar von dem revolutionären Geiste der 40er Jahre vieles eingebüßt, der wirtschaftliche Aufschwung hatte seine Interessen wirtschaftlichen Zielen zugewandt. Aber gleichwohl spielte die politische Bewegung fort, wenn auch mit andern Zielen und in weniger revolutionärer Form. Die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 war, wenn auch mit Gewalt unterdrückt, in ihren Nachwirkungen doch nicht ohne Erfolg geblieben. In den neuen Verfassungen der Staaten (Preußen 1850) hatte dem konstitutionellen Regierungssystem das absolute weichen müssen; dem Volke war das lang ersehnte Recht der Beteiligung an der Regierung des Landes erteilt worden. Doch die politischen Bestrebungen erhielten ein neues Feld der Betätigung, auf dem die Arbeiter und Bürger eine Zeitlang zusammengingen, um aber schließlich durch den Widerspruch der wirtschaftlichen Interessen für immer getrennt zu werden. Hatte man vordem um die Beteiligung des Volkes an der Lenkung der einzelstaatlichen Regierungen gerungen, so war nunmehr die Schaffung eines neuen Deutschen Reiches das Ziel, in dem sich Volk und Regierung in ähnlicher Weise in der Gewalt teilen sollten. Ob dieses Deutsche Reich gemeinsam mit Österreich oder unter Ausschluß von Österreich zu errichten sei, war die eine Seite der großen politischen Bewegung, die durch Deutschland ging. Die andere war die Sorge, daß in dem zu bildenden Deutschen Reich neben die Fürsten auch das Volk mitbestimmend treten sollte. Daneben blieben dann noch die Kämpfe zwischen Volksvertretern und Regierungen in den Einzelstaaten, die gerade, wie schon erwähnt, in Preußen wegen der Heeresverstärkung zu einem schweren Konflikt führten.

Als Träger der freiheitlichen Richtung im Volke galt damals die *Fortschrittspartei*, die Partei des liberalen Bürgertums. Ihr hatten bisher die Arbeiter getreue Gefolgschaft geleistet, aber jetzt,

wo das Bürgertum in den 50er Jahren allmählich zu wirtschaftlicher Macht kam, erkalteten die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der politischen Arbeiterschaft und dem liberalen Bürgertum. Allerdings hatte das letztere die schweren Gefahren, die durch Unzufriedenheit der Arbeiter mit den wirtschaftlichen Verhältnissen entstehen konnten, nicht völlig verkannt. Vor allem waren es Schulze-Delitzsch und seine engern Parteifreunde, die dem Arbeiter und kleinen Handwerker durch mancherlei Mittel die Wege wirtschaftlicher Besserstellung wiesen, wenn diese durchgreifenden Erfolg auch nicht versprachen, mehr auf die Verhältnisse der Handwerker als der industriellen Arbeiter zugeschnitten waren. Der Arbeiter sollte sich durch Sparvereine und Hilfskassen für die Tage der Krankheit, der Invalidität und des Alters gegen Not zu schützen suchen; er sollte durch Konsumvereine sich billigen Lebensunterhalt verschaffen und endlich durch Bildungsvereine sich eine Anteilnahme an den Kulturschätzen der menschlichen Gesellschaft erringen. Aber bei dem kargen Lohn und den langen Arbeitszeiten war das unmöglich. So machte sich allmählich unter den Arbeitern die Überzeugung geltend, daß mit derartigen Mitteln ihre Interessen nicht durchgreifend gefördert werden könnten.

Dieses Mißtrauen in die Erfolge der wirtschaftlichen Mittel der Fortschrittspartei wurde durch ein ungeschicktes Vorgehen derselben noch gestärkt. Die Fortschrittspartei hatte sich einen „Nationalverein", eine politische Vereinigung geschaffen. Die Arbeiter verlangten nun, der Verein solle die Jahresbeiträge erniedrigen, auf daß auch sie Mitglieder werden könnten. Aber selbst ihr Freund Schulze-Delitzsch hatte dafür kein Verständnis: sie sollten ihre Beiträge besser für ihre Familien verwenden, riet er ihnen. Noch weniger wollte sich das Bürgertum, das sich in der Rolle des Vormundes der „unmündigen Arbeiter" zurechtgefunden hatte, mit dem programmatischen Verlangen der Arbeiter befreunden, daß die Fortschrittspartei nun auch die Forderung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts in ihr Wahlprogramm aufnehme. Es gab überhaupt eine Richtung in der Fortschrittspartei, die eine Beteiligung der Arbeiter an der Politik für unangebracht hielt, während wiederum andere, und zu ihnen gehörte Lassalle, gerade den politischen Weg für die Arbeiter als das einzige Mittel auch zu wirtschaftlichem Emporkommen für unbedingt notwendig erklärten. Das war ein unhaltbarer Zustand, der auf Entscheidung drängte. Die Entscheidung kam.

b) Bei Gelegenheit der Londoner Weltausstellung (1863) waren auch deutsche Arbeiter auf Kosten der Regierung nach der englischen Hauptstadt entsandt worden. Sie kamen dort mit den Arbeitern anderer Länder, besonders mit den kommunistischen Führern in Berührung.

Die Erkenntnis der Unzulänglichkeit ihrer Genossenschaften einerseits und das Verlangen nach politischem Einfluß anderseits war dadurch mächtig in ihnen gestärkt worden. Nach der Rückkehr beriefen Arbeiterkomitees in Berlin und Leipzig einen allgemeinen Arbeiterkongreß nach Leipzig ein, um außer über bessere Statuten der Sparkassen, der Kranken- und Invalidenkasse auch über die Stellung zu den übrigen Zielen der Arbeiterbewegung zu beraten. Sie hatten durchaus nicht vor, schon mit der Fortschrittspartei völlig zu brechen, sie suchten vielmehr während der Vorbereitungen zum Kongreß nochmals die Aufnahme der Arbeiter in den Nationalverein durchzusetzen; zu dem Zwecke wurde eine Deputation nach Berlin gesandt. Aber von den damaligen politischen Führern erhielten sie zur Antwort: Die Arbeiter sollten sich als Ehrenmitglieder des Vereins betrachten, was für sie soviel wie eine Beiseiteschiebung bedeutete, da sie ja ohne Sitz und Stimme keinen Einfluß hatten. Dadurch war der Bruch zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft vollzogen. Die Arbeiter beschlossen, nunmehr eigne Wege zu gehen. Aber jetzt bedurften sie um so mehr eines Programms über die Ziele, die sie einzuschlagen hatten. Da wurde ihnen von fortschrittlichen Demokraten der Rat gegeben, sich an Lassalle zu wenden. Er hatte kaum ein Jahr vorher, im April 1862, die erwähnte Rede in der Oranienburger Vorstadt in einem Handwerker- und Arbeiterverein gehalten und in dem nachfolgenden gerichtlichen Prozeß seine Anschauungen über die Arbeiterbewegung noch schärfer formuliert. Er hatte ebenfalls mit der Fortschrittspartei gebrochen, hatte vor allem in seiner Rede die Arbeiter auf politische Wege gewiesen und zugleich schon erklärt, daß es töricht sei, wenn sich die Arbeiter als Anhängsel der Fortschrittspartei betrachten wollten. Er erschien als der gegebene Führer. Ihn bat also das Komitee, das den Kongreß vorbereitete, über die Mittel und Wege zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes und über den Wert der Genossenschaften für die unbemittelten Volkskreise seine Ansicht darzulegen. Lassalle tat das in dem „offenen Antwortschreiben", in dem er seine Ansichten systematisch wiedergab. Dieses Antwortschreiben gab der jungen selbständigen Arbeiterbewegung das Programm. Es ist nicht mit Unrecht als die Stiftungsurkunde der deutschen Sozialdemokratie bezeichnet worden.

II. Lassalles Sozialismus in Lehre und Agitation

Lassalles Sozialismus hat in den folgenden Jahren die deutsche Arbeiterschaft beherrscht. Aber Lassalle war es nicht darum zu tun, bloß theoretische Erklärungen abzugeben und dann den Arbeitern es zu überlassen, selbständig die entsprechenden Wege zu gehen: das hätte seiner ehrgeizigen, nach Betätigung verlangenden Natur wenig ent-

sprochen. Als sein Antwortschreiben in den Kreisen der Arbeiter Widerhall fand und sich der Boden für die Schaffung einer allgemeinen Arbeiterbewegung ebnete, da zögerte er nicht länger, an deren Spitze zu treten, in der Hoffnung, auf den Schultern der Arbeiter zum Leiter der Staatsgeschicke emporzusteigen. Doch legen wir zuvor die sozialistischen Anschauungen Lassalles im einzelnen dar, um dann die daran anknüpfende sozialdemokratische Bewegung zu schildern.

1. Lassalles „ehernes Lohngesetz". Lassalles Anschauungen lassen sich in folgenden Grundsätzen zusammenfassen, die im wesentlichen im Antwortschreiben enthalten sind:

a) Der Arbeiter muß Einfluß auf den Staat erlangen, um durch ihn auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einwirken zu können. Um diesen Einfluß zu gewinnen, muß der Arbeiter das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in allen gesetzlichen Körperschaften Deutschlands erobern.

b) Die Genossenschaften, die Schulze-Delitzsch empfahl, die Sparvereine, die Invaliditäts-, Kranken- und Hilfskassen sowie auch die Vorschuß- und Konsumvereine usw. können höchstens dem einzelnen Arbeiter einige Vorteile sichern. Sie sind aber kein Mittel zur Hebung des gesamten Standes, weil sie das Übel nicht an der Wurzel fassen.

c) Die tiefere Ursache des Elends der Arbeiter ist nämlich: das „eherne Lohngesetz".

Dieses aber kann nur durchbrochen werden durch die Wirkung von Produktivgenossenschaften, die die Arbeiter nach Erringung der politischen Macht mit staatlicher Hilfe gründen.

Doch was besagt dieses eherne Lohngesetz, dessen nähere Erklärung zugleich Lassalles Ideengänge und praktische Vorschläge im einzelnen darlegt?

Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen steht der Arbeitslohn unter dem Gesetz von Angebot und Nachfrage der Arbeitskräfte. Je mehr Arbeiter sich anbieten, um so mehr ist der Unternehmer imstande, unter den zahlreich sich anbietenden die billigsten Arbeitskräfte herauszusuchen. Da aber die Arbeiter unbedingt Arbeit annehmen müssen, um nicht zu verhungern, so unterbieten sie sich gegenseitig; jeder befürchtet eben, ein anderer möchte wegen einer billigern Forderung eher vom Arbeitgeber angenommen werden. Sie gehen in ihren Forderungen bis zu der Lohngrenze hinab, die noch hinreicht, die zum Leben notwendigen Mittel zu beschaffen. Bis zu dieser Grenze finden sich bei dem über die Nachfrage hinausgehenden Angebot von Arbeitskräften stets Arbeiter, die sich die Lohnangebote der Unternehmer gefallen lassen. Ja der Lohn wird bei einer sehr großen Zahl von Arbeitskräften durch die Konkurrenz der Arbeiter untereinander unter die Grenzen

des zum Leben Notwendigen heruntergedrückt werden können. Nun kann freilich der Lohn nicht auf lange Zeit darunter sinken. Denn die elende Lage zwingt die Arbeiter zum Hungern, zur Verelendung. Sie sterben früher und sind auch weniger imstande, Ehen zu schließen, so daß sich die Fortpflanzung der Arbeiter von selbst vermindert. Das bewirkt dann wiederum eine Abnahme der Arbeiterzahl. Das Angebot der Arbeitskräfte wird geringer und der Unternehmer muß, weil ihm weit weniger Gelegenheit gegeben ist, durch die Konkurrenz der Arbeiter untereinander, den Lohn zu drücken, in seinen Lohnangeboten heraufgehen. Dann aber wird wiederum angesichts der günstigern Lohnverhältnisse die Zahl der Arbeiter zunehmen, Ehen werden früher und zahlreicher geschlossen. Jetzt treten die vorhin erwähnten Wirkungen eines höhern Angebotes von Arbeitskräften über die Nachfrage hinaus abermals ein.

So bewirkt dieses Gesetz, „daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigsten Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsgemäß zur Befriedigung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist".

„Dies ist der Punkt," sagt Lassalle, „um welchen der wirkliche Tagelohn in Pendelschwingungen jederzeit herum gravitiert (schwankt), ohne sich jemals lange weder über denselben zu erheben, noch unter denselben herunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben; denn sonst entstände durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebotes von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen frühern Stand herabdrücken würde. Der Arbeitslohn kann aber auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen; denn dann entstände Auswanderung, Ehelosigkeit, Enthaltung von Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche somit das Angebot von Arbeitshänden verringert und den Arbeitslohn wieder zu seinem frühern Stand zurückbringt ... Dies also, daß Arbeiter und Arbeitslohn immer herumtanzen um den äußersten Rand dessen, was nach dem Bedürfnis jederzeit zu dem notwendigsten Lebensunterhalt gehört, das ändert sich nie."

So ist der Arbeiter unter den gegenwärtigen Verhältnissen, wo er nur die Arbeitskraft, der Unternehmer das Kapital besitzt, durch ein „ehernes Gesetz" an ein armseliges Dasein gekettet, da sein Lohn sich nie merklich über das zum Leben Notwendigste erhebt. Nur ein Mittel vermag dieses Gesetz zu durchbrechen. Es besteht darin, daß die Arbeiter selbst Unternehmer werden. Der Unterschied zwischen Unternehmergewinn und Arbeiterlohn muß aufhören. Das wird erreicht, wenn die Arbeiter Unternehmungen in Genossenschaftsform, Produktivgenossenschaften gründen. Hierzu aber sind die Arbeiter nur imstande, wenn ihnen der Staat das notwendige Kapital gibt. Dem wird sich

der Staat auch nicht entziehen können, sobald das allgemeine Wahlrecht eingeführt ist und die Arbeiter in den gesetzgebenden Körperschaften über eine ihrer Anzahl entsprechende Mehrheit verfügen. Um dieses Wahlrecht zu erlangen, müssen sich die Arbeiter in einem großen allgemeinen Arbeiterverein zusammenschließen, zu einer großen Volksbewegung, deren Ziel die Erreichung der politischen Macht im Staate ist.

2. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Als Lassalle sein öffentliches Antwortschreiben in die Welt sandte, brach der Sturm der Fortschrittspartei gegen ihn mit aller Macht los. Lassalle widerstand ihm und verteidigte sich in mehreren Reden, so in Berlin und Frankfurt, die er zum Teil wiederum gedruckt herausgab. Es gelang ihm, zumal im demokratischen Rheinland, wie in Düsseldorf, Köln, Solingen, große Scharen der Arbeiter zu gewinnen. Es wurde die Gründung einer großen Arbeitervereinigung, des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, beschlossen (23. Mai 1863) und Lassalle die Leitung übertragen. Das offizielle Statut lautete einfach: „Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein — von der Überzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassengegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann — verfolgt den Zweck, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Überzeugung, für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken." In diesem Statut ist nur die Taktik des Vorgehens angegeben, das Ziel selbst nicht näher umschrieben. Dieses Ziel war die Gründung von Produktivgenossenschaften, die Lassalle in dem öffentlichen Antwortschreiben als den Weg zur Rettung bezeichnet hatte. Die Organisation des Vereins, der der Träger der Agitation werden sollte, war streng zentralistisch, in mancherlei Hinsicht der Organisation eines Heeres vergleichbar, das von einem Willen beherrscht wird. Der Verein war durch ganz Deutschland verbreitet, Zweigvereine kannte er nicht. Dem Präsidenten — und das war Lassalle — stand unumschränkte Gewalt zu: er ernannte an allen Orten, wo der Verein Mitglieder zählte, Bevollmächtigte. Er setzte Ort und Zeit der Vorstandssitzungen und der Generalversammlungen fest. Er konnte sogar über die Kasse nach Belieben verfügen, konnte überhaupt im Falle der Dringlichkeit jede Anordnung nach eignem Gutdünken treffen. Eine solche Organisation war selbstredend nur möglich unter einer Persönlichkeit, die an geistiger Überlegenheit und Willensenergie alle beherrschte. Das war bei Lassalle allerdings der Fall. Was er einmal mit festem Entschluß ergriffen, worin er sich gleichsam festgebissen hatte, davon ließ er nicht, und mochten sich die Hemmnisse noch so hoch auf-

türmen. Was er in den zwei Jahren seiner Amtsführung geleistet hat, stellt ein erstaunliches Arbeitspensum dar. Bald steht er auf der Rednerbühne, um in zwei- und mehrstündigen Vorträgen mit Einsetzen der ganzen Kraft auch ihm feindlich Gesinnte zu sich heranzuziehen, bald erscheint er auf der Anklagebank, aber auch die weiß er zur Agitationstribüne umzugestalten. Bald sitzt er am Schreibpult, die zahlreichen Korrespondenzen des Vereins zu erledigen oder um Flug- und Streitschriften in die Welt hinauszusenden.

Lassalles Hoffnungen gingen jedoch nicht in Erfüllung. Angehörige aus den gebildeten Ständen, auf die er ebenfalls gerechnet hatte, blieben seiner Bewegung fern. Nur den jungen Advokaten v. Schweitzer gewann er für sich, der später sein Nachfolger in der Leitung des Allgemeinen Arbeitervereins wurde. Eine glückliche Eroberung war freilich dieser Mann nicht, der sich in Frankfurt unmöglich gemacht hatte, weil er wegen sittlicher Verbrechen zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Aber auch in den Kreisen der Arbeiter selbst ließ der Erfolg der Agitation zu wünschen übrig. Es waren im wesentlichen fast nur die rheinischen Städte, deren Arbeiter unentwegt zu ihm hielten, darunter in erster Linie das Bergische Land. Und das trotz der gewaltigen Agitation, die Lassalle leitete. Freilich wurde die Macht seiner Agitation durch mehrere Freiheitsstrafen, die er sich zuzog, gehemmt. Außerdem tauchten verschiedene Gerüchte auf, die Lassalle der freundschaftlichen Beziehungen mit der Regierung, besonders mit Bismarck bezichtigten. Tatsächlich hatte Lassalle mit Bismarck mannigfache Unterredungen gepflogen. Doch Lassalle nahm seine Pläne mit ins Grab. Schon nach zwei Jahren raffte ihn der Tod infolge eines Duells, das er mit einem polnischen Junker wegen eines Liebesverhältnisses hatte, zu Rigi-Kaltbad in der Schweiz hinweg (Juli 1864).

Lassalles Tod bedeutete für die von ihm geleitete Arbeiterbewegung den Anfang vom Ende. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein ging immer mehr zurück; Lassalles Nachfolger in der Präsidentschaft des Vereins konnten ihn nicht ersetzen; v. Schweitzer, der bedeutendste unter ihnen, wurde zudem beschuldigt, von der Regierung gekauft zu sein.

Dazu kam die Gegnerschaft derjenigen Arbeiter, die der Fortschrittspartei, besonders in Süddeutschland und Sachsen, noch verblieben waren. Die von ihnen gegründeten Arbeitervereine hatten 1863 in Nürnberg einen Verband deutscher Arbeitervereine geschlossen, in dem neben Hirsch und Duncker, den spätern Gründern der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, August Bebel die Führung übernahm.

Aber auch dort hielt die Verbindung mit der Fortschrittspartei nicht lange an.

Nachdem 1865 die Forderung des allgemeinen Stimmrechts in das Programm dieses Verbandes aufgenommen war, entwarf Bebel 1868 eine neues demokratisches und sozialistisches Programm für die deutschen Arbeiter. Bebel war durch Liebknecht, der in London lange mit Karl Marx verkehrt hatte, dem Marxismus gewonnen worden. Für die marxistischen Ideen des internationalen Sozialismus die deutschen Arbeiter zu gewinnen, war, seitdem Bebel und Liebknecht in den Norddeutschen Reichstag einzogen, ihr unaufhörliches Streben.

Das führt uns zur Darlegung des marxistischen Sozialismus und seiner Ausbreitung in Deutschland, worüber wir in einem spätern Kapitel berichten. Zuvor noch eine kurze Beurteilung der Anschauungen und der Persönlichkeit Lassalles, auf die wir glauben nicht verzichten zu können.

III. Beurteilung von Lassalles Sozialismus und Persönlichkeit

1. Prüfung des „ehernen Lohngesetzes". Die Grundlage des Sozialismus Lassalles ist die Lehre vom ehernen Lohngesetz. Weil infolge des Gesetzes von Angebot und Nachfrage die Unternehmer gegenüber den Arbeitern im Vorteil sind, wird der Lohn des Arbeiters fortwährend auf dem Stand des notwendigen Lebensunterhalts gehalten. Darum muß der Arbeiter selbst Unternehmer werden durch Gründung von Produktivgenossenschaften, die er mit Staatshilfe errichtet.

Ein richtiger Gedanke liegt der Anschauung Lassalles unstreitig zugrunde, nämlich folgender: Die menschliche Bevölkerung hat infolge des starken Fortpflanzungstriebes im allgemeinen die Neigung, sich sehr stark zu vermehren, hat doch z. B. die Bevölkerung Europas im Laufe des 19. Jahrhunderts um das Doppelte zugenommen (von 185,4 Millionen im Jahre 1800 auf 398 Millionen im Jahre 1900). Demgegenüber erfährt die Zahl der Arbeitsgelegenheiten, mit andern Worten das Angebot von Arbeitsstellen oder die Nachfrage nach Arbeitskräften keine so schnelle Zunahme. In letzter Linie hat diese Erscheinung in der Tatsache ihren Grund, daß die Produktion von Lebensmitteln in einem Lande viel langsamer fortschreitet als die Vermehrung der Bevölkerung. Nach dem Maße der Produktion von Lebensmitteln bemißt sich aber schließlich die Anzahl von Arbeitsgelegenheiten, die einen Familienvater ernähren können.

So ist denn der Andrang von Arbeitskräften zu den freien Arbeitsstellen zumeist stärker als das Bedürfnis nach Arbeitskräften auf seiten des Unternehmers. Dadurch ist letzterer aber, an und für sich betrachtet,

in die Lage versetzt, den Lohn so weit herabzudrücken, daß er den durchschnittlichen notwendigen Lebensunterhalt nicht übersteigt.

Wenn nun aber auch im allgemeinen das Verhältnis zwischen Bevölkerungszunahme und Arbeitsgelegenheiten darauf hinwirkt, den Arbeiter in eine solche Lage gegenüber dem Arbeitgeber zu bringen, also die Tendenz hat, den Lohn auf den notwendigen Lebensunterhalt herabzudrücken, so liegt doch kein „ehernes Gesetz" vor, also ein Gesetz, das in der Natur der wirtschaftlichen Verhältnisse derart begründet ist, daß es regelmäßig eintritt, wie in der Natur ein Naturgesetz, und daß es wie eine eherne Fessel auf den Arbeitern lastet und durch nichts geändert werden kann. So will nämlich Lassalle verstanden werden, wenn er von einem „ehernen Lohngesetz" spricht.

Aber das ist ein Irrtum. Wenn wir auch zugestehen müssen: es hat der Lohn der Arbeiter unter den Einwirkungen von Angebot und Nachfrage an für sich die Neigung, den durchschnittlichen Lebensunterhalt nicht zu übersteigen, so *braucht* er doch nicht unter allen Umständen auf diesen Stand herabzusinken. Es können *andere* Wirkungen, die ebenfalls in den wirtschaftlichen Verhältnissen oder in den sonstigen Gesellschaftszuständen beruhen, diese Folgen von Angebot und Nachfrage aufheben. Und ferner: es können die Menschen durch zielbewußte Fürsorge verhüten, daß sie von den Wirkungen des Gesetzes betroffen werden. Mit andern Worten: Es *braucht* das Gesetz nicht einzutreten, und es kann, wenn es eintreten will, wiederum durch menschliches Überlegen und menschliche Maßnahmen *durchbrochen* werden.

Es *braucht* nicht einzutreten. Einmal können wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die die Nachfrage nach Arbeitskräften ungewöhnlich steigern. In solchen Fällen findet die wachsende Zahl von Arbeitskräften genügende Beschäftigung. So z. B. beim Aufblühen der Exportindustrie. Die deutsche Volkswirtschaft hat im vorigen Jahrhundert das in auffälliger Weise erfahren. So hat sich die deutsche Bevölkerung seit den 40er Jahren bis kurz vor dem Weltkriege geradezu verdoppelt (1840 zählte das damalige Reichsgebiet 32,8 Millionen, 1907 schon 61,7 Millionen), und doch war diese vermehrte Bevölkerung weniger von Arbeitslosigkeit betroffen als früher. Außerdem besserte sich ihre Lebenshaltung gegen früher bedeutend. Unsere aufblühende Exportindustrie schaffte eben ungezählten Arbeiterscharen Arbeitsgelegenheit und Verdienst. Gleichzeitig stieg die Landwirtschaft in ihrer Leistungsfähigkeit, so daß sie einerseits mehr und billiger produzieren konnte, anderseits kaufkräftiger für die Erzeugnisse der Industrie wurde.

Sodann können auf der andern Seite besondere Umstände die Vermehrung der Bevölkerung *verlangsamen*. Man braucht nur an verheerende Krankheiten zu denken, an langdauernde Kriege —

im Dreißigjährigen Kriege sank z. B. die deutsche Bevölkerung von 18 auf 7 Millionen — sie nicht selten trotz des natürlichen Zuwachses durch Geburten eine Abnahme der Bevölkerung bewirken. Wem fällt ferner nicht der Rückgang der Bevölkerungszunahme von Frankreich ein, das trotz seiner Wohlhabenheit keinen Geburtenüberschuß über die Sterbeziffer zu verzeichnen hat. Gewiß ist die Ursache hiervon vom sittlichen wie volkswirtschaftlichen Standpunkt aus schwer zu verurteilen. Aber solange es Menschen gibt, sterben die Laster nicht aus. Und wenn wir den Verlauf der Gesellschaftszustände im voraus beurteilen wollen, müssen wir mit dieser Tatsache rechnen.

Noch ein weiterer Irrtum ist Lassalle unterlaufen. Nach Lassalle vermehrt sich die Bevölkerung bei steigender Lebenshaltung mehr als bei niederer Lebenshaltung. Gerade das Umgekehrte ist der Fall. Haben doch reichere Familien zumeist eine weniger große Kinderzahl als die ärmern. Mag man immerhin eine unerlaubte und sündhafte Enthaltsamkeit in der Ehe als Erklärungsgrund gelten lassen wollen, so reicht diese Erklärung doch nicht völlig hin. Der Abschluß der Ehe erfolgt in bessersituierten Kreisen meist später, als man es in der ärmern Bevölkerung gewohnt ist. Vor dem 30. Lebensjahre heiraten Männer der bessern Stände in der Regel nicht. Oft ist ihre Ausbildung noch nicht abgeschlossen, oft ziehen sie den Abschluß der Ehe bis in die Jahre hinaus, wo sie glauben, das zu einem standesgemäßen Leben hinreichende Einkommen zu haben. Weit leichtsinniger wird dagegen in der ärmern Bevölkerung die Ehe abgeschlossen. Gerade hier tritt man durchweg in sehr jungen Jahren in die Ehe ein, gerade in solchen Kreisen, wo die gehobene Lebenshaltung fehlt, wo die Furcht, durch frühen Abschluß der Ehe und durch zu erwartende Kindersorgen aus einer gehobenen Lebenshaltung herabzusinken, eben nicht vorhanden ist. Unstreitig würde die Hebung des Verantwortlichkeitsgefühls in den ärmern Schichten der Bevölkerung sehr viel dazu beitragen, den zu frühen Abschluß der Ehe zu verhindern.

So *braucht* das Gesetz nicht einzutreten: die verschiedensten Umstände können seine Wirkungen aufheben.

Aber, was für die Arbeiter noch wichtiger ist, die Wirkungen des Gesetzes können von den Arbeitern selbst *durchbrochen* werden. Die Arbeiterschaft kann trotz der Vermehrung der Bevölkerung das Angebot von Arbeitskräften zurückhalten, wenn sie den von ihnen gewünschten Lohn nicht erreichen. Einzeln vermögen die Arbeiter das allerdings nicht, wohl aber, wenn sie zusammengeschlossen in einer Organisation dem Unternehmer gegenübertreten und nicht eher den Arbeitsvertrag eingehen, als bis der Unternehmer den verlangten Lohn bewilligt.

Hier setzt die Wirkung der Gewerkschaftsbewegung ein. Sie schließt die Konkurrenz der Arbeiter untereinander aus, die ja vor allem dem Arbeitgeber den erwähnten Vorteil verschafft, den Lohn auf den durchschnittlichen Lebensunterhalt herabzudrücken. Allerdings ist in Zeiten lebhafter Nachfrage die Macht einer Gewerkschaft stärker als in Zeiten schlechter Konjunktur. Wenn die Industrie weniger Aufträge hat, die Fabrikanten nicht mehr um Arbeiter verlegen sind, werden die Gewerkschaften mit ihren Forderungen Maß halten müssen. Aber trotzdem ist auch dann die Konkurrenz der Arbeiter untereinander durch die Gewerkschaften verhütet, der Arbeitgeber muß mit der Organisation unterhandeln und mit der Möglichkeit eines Ausstandes rechnen, wenn er die Arbeitsbedingungen auf ein zu tiefes Niveau herabdrückt. Er wird daher aus Klugheitsrücksichten seine Macht nicht völlig ausnutzen, um es nicht zu einer Machtprobe zwischen der Organisation und ihm kommen zu lassen, die auch für den Arbeitgeber nicht nur während der jeweiligen schlechten Konjunktur, sondern auch für die Zukunft schwere Schädigungen im Gefolge hat.

Das war also Lassalles Irrtum, daß er die Wirkung des ehernen Lohngesetzes als „eherne" hinstellte, von denen der Arbeiter niemals befreit werde, von denen er noch weniger sich durch eigne Kraft befreien könne. Besonders weil er letzteres verkannte, wollte er von einer wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter in den Gewerkschaften nichts wissen. Daß Lassalle durch seine Agitation den deutschen Arbeitern den Gewerkschaftsgedanken verleidete, ist eine der schlimmsten Folgen seines Systems.

Auf der andern Seite paßte sich Lassalles Sozialismus den damaligen Zeitverhältnissen sehr geschickt an. Die Arbeiter verlangten nach politischer Betätigung. Sie wollten mitwirken an der Regierung ihres Vaterlandes. Darum hatten sie mit dem liberalen Bürgertum in den Revolutionsjahren gemeinsam gekämpft. Für den internationalen Sozialismus waren sie noch nicht empfänglich. Der internationale Sozialismus will ja Abschaffung der bestehenden Regierungsform, will Aufhebung des nationalen Staates, will eine internationale Vereinigung zu einer großen Wirtschaftsgemeinschaft und dann zu einer internationalen Zukunftsgesellschaft. In der damaligen Zeit, wo die Beschäftigung mit der Politik alles beherrschte, zumal die großdeutsche Idee, die ein großes deutsches Reich mit Einschluß Österreichs wollte, in der Luft lag, hätte der Gedanke des internationalen, revolutionären Sozialismus kein Verständnis gefunden. Erst als diese Zeiten vorüber waren, als durch Gewährung des allgemeinen Stimmrechtes gleichsam der politische Heißhunger des Volkes gestillt war, konnte der internationale Sozialismus seinen Einzug halten.

2. Lassalles wissenschaftliche Bedeutung und persönliche Eigenart. Wenn wir nunmehr ein Wort über Lassalles Persönlichkeit anfügen, so geschieht das vornehmlich deswegen, weil Lassalle von seiten der Sozialdemokratie in übertriebener Weise als bahnbrechendes Genie und edler Menschenfreund hingestellt wird, nicht selten auf Kosten des Ansehens anderer Männer, die sich gleichzeitig um die Arbeiter bemühten, freilich in direktem Gegensatz zu der Sozialdemokratie — wir haben vor allem den Arbeiterbischof Emanuel Freiherr v. Ketteler vor Augen.

Was zunächst die wissenschaftliche Bedeutung Lassalles angeht, so hat er selbständige Gedanken nicht hervorgebracht. Louis Blancs Ideen benutzte er für seine Pläne der Produktivgenossenschaften, und des Engländers Ricardo Lehre von Angebot und Nachfrage der Arbeitskräfte und der sich danach richtenden Lohngesetze für die Aufstellung seines ehernen Lohngesetzes. Was andere vor ihm dachten, brachte er in praktische Anwendung, prägte es in Schlagworte für die Agitation um, hatte aber nicht die Ehrlichkeit, nun auch einzugestehen, daß solche Gedanken nicht in seinem Geiste erwachsen waren. Für wissenschaftliche Wahrhaftigkeit und Treue hatte er überhaupt kaum ein Empfinden; für ihn kam es nur darauf an, den Schein der Wissenschaftlichkeit für seine Zwecke dienstbar zu machen. So stempelte er die Wirkungen des Lohngesetzes, wie er sie in der nationalökonomischen Literatur dargestellt fand, kurzweg zu „naturnotwendigen" Wirkungen; er bedurfte eben dieses Schlagwortes, um die Masse für sein „System" zu gewinnen: Eroberung der politischen Macht und Verdrängung des Unternehmertums durch Produktivgenossenschaften. Letztere stellte er als Allheilmittel hin, und trotzdem war er selbst von ihrem Erfolge wenig überzeugt; nach seiner eignen Äußerung schlug er sie nur vor, um dem „Mob" etwas zu bieten (vgl. Ad. Wagener, Briefe von Lassalle an Rodbertus).

Bemerkenswert sagt Karl Marx in dem Vorworte zu seinem Buche „Das Kapital": „Wenn F. Lassalle die sämtlichen allgemeinen theoretischen Sätze seiner ökonomischen Arbeiten, z. B. über den historischen Charakter des Kapitals· über den Zusammenhang zwischen Produktionsverhältnissen und Produktionsweisen usw. fast wörtlich, bis auf die von mir geschaffene Terminologie hinab, aus meinen Schriften entlehnt hat, und zwar ohne Quellenangabe, so war dies Verfahren wohl durch Propagandarücksichten bestimmt."

Über seinen Charakter könnten wir harte Urteile fällen, wenn wir Vahlteich hören wollten, der eine Zeitlang sein Sekretär war. Doch Vahlteich hat sich nachher mit Lassalle schwer verfeindet und kann daher nicht als unparteiischer Zeuge gelten. Auch wollen wir es uns versagen, für die sittliche Beurteilung Lassalles aus seinem Verhältnis zur Gräfin Hatzfeld Folgerungen zu ziehen, trotzdem selbst Bernstein darüber sagt:

„Leider war es ein recht trüber Strom, in den er sich gestürzt, ein Strom, der sich in eine große Pfütze verlief, und als Lassalle herauskam, war er von der Fäulnis der Gesellschaft, mit der er sich zu befassen hatte, angesteckt." (Bernsteinsche Gesamtausgabe I 23.) Auch die geschlechtlichen Ausschweifungen in Paris und Berlin, die nachträglich bekannt wurden, seien hier nicht als Zeugnisse gegen die Lauterkeit seines Charakters verwertet, wenn man auch von einem Führer des Volkes sittliche Reinheit verlangen kann.

Worauf es ankommt, ist die Frage: Meinte es Lassalle mit den Arbeitern ehrlich, wollte er in uneigennütziger Weise ihr Wohl, oder wollte er nur die Erfüllung persönlicher Ziele? Da werden wir angesichts der Vergötterung, die Lassalle durch die Sozialdemokratie, speziell durch die Lassalleaner erfahren hat, sagen können: Der Menschenfreund, der uneigennützig der guten Sache sich opfert, ist Lassalle jedenfalls nicht gewesen. Die Haupttriebfeder in allem, was er sprach und tat, war maßloser Ehrgeiz. Gewiß, man kann sagen, Eitelkeit und Herrschsucht seien Fehler, die vielen großen Männern von bedeutender Frühreife anhaften, — sie hafteten auch einem Napoleon an — aber dann können solche Männer auch nicht als Charaktere die volle Achtung ihrer Mitmenschen beanspruchen, jedenfalls dann nicht, wenn sie sich als Verfechter von Volksrechten hinstellen, während in Wirklichkeit der Ehrgeiz nicht nur ein nebenherlaufender Beweggrund, sondern hauptsächlichster Antrieb und Ansporn ihres Handels ist. Und letzteres traf bei Lassalle entschieden zu. So berichtet seine Geliebte Helene v. Racowitza von einem Gespräch, daß Lassalle sich eines Tages in folgender Weise über die Ziele seiner Arbeit ausgesprochen habe: „Glaubst du, ich geb den Schlaf meiner Nächte, das Mark meiner Knochen, die Kraft meiner Lungen dazu her, um schließlich für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen? — Sieht ein politischer Märtyrer so aus? — Nein! Handeln und kämpfen will ich — aber den Kampfpreis auch genießen — und dir das — nun, nennen wir's fürs Erste das Siegesdiadem auf die Stirn drücken! Glaube mir, es ist ein ebenso stolzes Gefühl, »volkserwählter Präsident« einer Republik zu sein, fest und sicher auf der Gunst des Volkes zu stehen, wie als »König von Gottes Gnaden« auf morschem, wurmstichigem Throne zu sitzen!" (Helene v. Racowitza, Meine Beziehungen zu Ferdinand Lassalle, 107—108.)

Doch man mag immerhin auf deren Worte wenig geben, sie entsprechen wenigstens dem ganzen Verhalten Lassalles, wenn er auftritt vor Gericht oder in der Versammlung, wenn er von den Arbeitermassen sich huldigen läßt, sie entsprechen auch dem Urteil anderer Männer, die mit ihm in persönlicher Beziehung gestanden haben. (Auch Bebel fällt in seinem Buche „Aus meinem Leben" harte Urteile über Lassalle.)

Bei einem Vergleich zwischen Lassalle und Ketteler stellt die Sozialdemokratie Ketteler gerne als den Mann dar, der Lassalles Ideen einfach übernommen habe. Der Sozialdemokratie liegt augenscheinlich sehr viel daran, Lassalle als den Mann zu rühmen, der zum erstenmal die Arbeiterfrage aufrollte. Aber einmal hat Ketteler schon im Jahre 1848 von der Notwendigkeit geredet, die soziale Frage des arbeitenden Standes zu lösen. Sodann findet sich eine Übereinstimmung mit Lassalles Ideen nur hinsichtlich der Ursache der wirtschaftlichen Not des Arbeiterstandes. Gleich Lassalle erblickt Ketteler sie in den Wirkungen des ehernen Lohngesetzes: Die Arbeit ist zur Ware geworden. Unter den Einwirkungen der allgemeinen Konkurrenz drückt die Konkurrenz der Arbeiter untereinander den Lohn auf die niedrigste Stufe herab. Aber sofort offenbart sich ein scharfer Gegensatz zwischen den Anschauungen Kettelers und Lassalles in der Untersuchung über die Mittel, die zur Rettung des Arbeiterstandes anzugeben sind. Da fordert der Bischof die Betätigung der Grundsätze der christlichen Weltanschauung als Grundlage für den Aufbau der menschlichen Gesellschaft: an Stelle des materialistischen Geistes der Selbstsucht und der ausschließlich irdischen Bestrebungen muß der Geist des Christentums mit seiner Forderung der Nächstenliebe und des Handelns aus höhern Beweggründen auf die Ordnung des wirtschaftlichen Lebens wiederum Einfluß erhalten. Damit werden Selbstbeherrschung und Selbstbekämpfung wieder zur Geltung kommen und einerseits die Reichen veranlaßt, sich keine rein egoistische Ausbeutung aller den Reichen zustehenden Mittel zu erlauben, anderseits der Arbeiterklasse jene Sittlichkeit und Mäßigung, jene Arbeitsamkeit, Sparsamkeit und Genügsamkeit verleihen, wovon ihr und der Arbeitgeber Bestes abhängt. Speziell war Ketteler mit Lassalle auch nicht einer Meinung betreffend die Gründung von Produktivgenossenschaften, weil diese als staatlich unterstützte Genossenschaften ein zu umfassendes Eingreifen des Staates in das Wirtschaftliche bedeuten und für die ruhige Entwicklung des sozialen Lebens verhängnisvoll seien. Ketteler wollte Produktivgenossenschaften nur in der Form von privaten „Assoziationen", glaubte aber auch an ihren Erfolg und wußte persönliche Opfer für sie zu bringen.

3. Lassalle und der Marxismus. Wo wir nunmehr den Abschluß der ersten sozialen Bewegung in Deutschland geben und uns anschicken, die kommende des Marxismus zu schildern, ist es angebracht, noch den Unterschied zwischen dieser ersten Bewegung und der kommenden, die bis in unsere Tage reicht, herauszuheben.

Der marxistische Sozialismus gab der sozialen Bewegung einen ganz andern Charakter. So zunächst ein revolutionäres Gepräge. Lassalle hatte nur die Überführung der Regierungsgewalt in die Hände der Arbeiter erstrebt. Er wollte also nicht die Abschaffung der bestehenden Staatsordnung, sondern ihr nur eine andere, in den Händen der Arbeiter ruhende Leitung geben. Der marxistische Sozialismus fordert die Beseitigung der bestehenden Staatsordnung durch eine neue Ordnung. Diese unterscheidet sich von den bestehenden Staatsformen mögen sie nun republikanisch oder monarchisch sein, nicht nur dadurch,

daß es in ihr kein Privateigentum an Produktionsmitteln gibt, sie hat vielmehr auch eine ganz andere politische wie auch geistige Verfassung. Die politische Ordnung ist in ihr rein wirtschaftlich, mit der Ordnung eines großen wirtschaftlichen Betriebs vergleichbar, in der auch die politischen Funktionen in die Hände der wirtschaftlichen Behörden gelegt sind. Und die Menschen haben in ihr anderes geistiges Denken und Streben, haben das geistige Gepräge der heutigen kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Begriffen von Religion, Recht und Sitte gegen ein ganz anderes eingetauscht.

Die Zukunftsordnung des Sozialismus kennt keine nationalen Grenzen, wie sie unsere heutigen Staatsformen haben, sondern zielt auf die Umfassung der ganzen Menschheit in einer einheitlich organisierten Gesellschaftsordnung hin. Lassalle beschränkte sich auf *Deutschland*. Sein Arbeiterverein ist nicht international organisiert, an Beziehungen zu der Arbeiterschaft anderer Länder dachte er nicht. Insbesondere findet sich nicht jene Abneigung bei ihm, die eine systematische Zerstörung der Gefühle für das gemeinsame Vaterland erstrebt, wie es die heutige sozialdemokratische Bewegung zielbewußt fordert.

Ein fernerer Unterschied zwischen dem Sozialismus Lassalles und dem von Marx beruht in der Art und Weise, wie die *Herbeiführung der erstrebten Ziele* gedacht wird.

Lassalle bezeichnet die Erlangung der *politischen Macht* durch die Arbeiter als das notwendige Mittel zur Herbeiführung einer demokratischen, in den Händen der Arbeiter ruhenden Staatsregierung. Darum wollte er in dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine große politische Volksbewegung schaffen, die zunächst das allgemeine Wahlrecht und dann die politische Übermacht an sich reißen solle.

Anders Marx. Nach ihm kommt man zum sozialistischen Endziel, nicht weil man die Arbeiter mit moralischen, politischen usw Gründen von der Zweckmäßigkeit der sozialistischen Ordnung überzeugt und sie für deren Durchsetzung gewinnt, sondern auf Grund einer naturnotwendigen Entwicklung des Wirtschaftslebens.

Drittes Kapitel

Der marxistische Sozialismus

§ 5. Karl Marx und wie er zu seinem Sozialismus kam

Am Schlusse der Ausführungen des vorigen Kapitels bemerkten wir, der wesentliche Unterschied des marxistischen Sozialismus gegenüber den Bestrebungen Lassalles bestehe darin, daß nach der Lehre des erstern kraft einer naturnotwendigen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse das Privateigentum verdrängt und in sozialistisches Eigentum überführt werde.

Karl Marx hat das Verdienst, diesen Gedanken der naturnotwendigen Entwicklung in die Gesamtheit der sozialistischen Ideengänge überhaupt eingefügt, ja zur Grundlage derselben gemacht zu haben.

Es ist daher von besonderm Werte, zu erfahren, wie Marx denn zu dieser seiner Lehre kam. Es werden deshalb die Anschauungen darzulegen sein, die Marx über die Entwicklung der menschlichen Verhältnisse überhaupt vertrat, mit andern Worten seine philosophischen Anschauungen. Sodann wird zu zeigen sein, wie er diese Anschauungen zur Grundlage seines wirtschaftlichen Systems ausgestaltete.

I. Marx' Lebensschicksale und philosophische Anschauungen

Karl Marx' Sozialismus baut zwar in der Hauptsache auf seiner materialistischen Weltanschauung auf, die alle Entwicklung, auch die der Menschheit, nach der Art eines mechanischen Prozesses auffaßt, aber warum er, der von Haus aus Philosoph war, zum Sozialismus kam, und wie weiterhin auf die Ausgestaltung seines Systems auch die Entwicklung seiner Lebensschicksale und die damaligen Zeitverhältnisse einwirkten, ist nicht nur von Interesse zu erfahren, sondern auch für das Verständnis des Marxismus überaus wichtig. Darum verknüpfen wir den Bericht über Marx' Leben mit der Darlegung der seinem Sozialismus zugrunde liegenden philosophisch-sozialen Ideen.

1. Karl Marx' Jugend und philosophische Studien. Geboren 1818 zu Trier als der Sohn eines jüdischen, späterhin pro-

testantisch gewordenen Rechtsanwalts, studierte Marx nach Vollendung seiner Vorbildung auf dem Gymnasium zu Trier in Bonn und Berlin Philosophie. Er beabsichtigte, nachdem er in der Philosophie den Doktorgrad erworben, sich an der Universität Bonn als Privatdozent der Philosophie zu habilitieren. Aber er merkte bald, daß ihm die preußische Regierung das unmöglich machen würde. Diese suchte nämlich die Vertreter der philosophischen Anschauungen, denen Marx und seine Freunde huldigten, von den Lehrstühlen fernzuhalten.

Worin bestand nun diese philosophische Weltanschauung Marx', zu der ihn seine philosophischen Studien geführt hatten und die er späterhin ausbildete?

a) Marx war zuerst ein Schüler des Philosophen Hegel. Er gehörte zu denen, die die Hegelsche Lehre bis in die letzten Folgerungen ausdachten, zu der extremen Richtung der sogenannten Junghegelianer, die vor allem unter den rheinischen Liberalen viele Anhänger hatten.

Hegels (1770—1831) Hauptgedanken können, soweit sie für die Hegelsche Linksrichtung als Nährboden einer revolutionären Idee in Betracht kommen, in folgender Weise zusammengefaßt werden: Gott vor und außer Erschaffung der Welt ist gleich „der ewigen abstrakten Idee, die noch nicht in ihre Realität gesetzt ist".

Wollen wir diese Gedanken ohne philosophische Formeln unsern Lesern verständlich machen, so können wir einen Vergleich heranziehen. Ein Künstler will eine Madonnenstatue bilden. Vor seinem Geiste steht bereits das Bild der Himmelskönigin, wie sie das Gotteskind auf den Armen hält; jede Linie ihres Körpers, jede Lage ihres Gewandes hat er bereits in seiner Phantasie festgelegt. Die Idee des Madonnenbildes ist im Geiste des Künstlers gegenwärtig, aber das Bildnis selbst ist noch nicht in „Realität", in Wirklichkeit gesetzt. So war die Idee Gottes, die abstrakte, von der Wirklichkeit losgelöste Idee ewig da, aber vor der Erschaffung der Welt noch nicht verwirklicht, noch nicht „real". Erst durch Verwirklichung der Welt wird auch Gott realisiert. Es leuchtet ein, wie durch solche Lehre der Pantheismus, der einen über der Welt stehenden persönlichen Gott leugnet und das Weltall selbst als Gott erklärt., ausgesprochen wird.

Nun sagt Hegel weiter: Gott erlangt das Bewußtsein seiner selbst durch die geistige Arbeit der Menschen, die sich im Laufe der Geschichte vollzieht. Das Selbstbewußtsein ist bekanntlich jene Tätigkeit, wodurch der Verstand in sich selbst gewahr wird, daß er existiert und tätig ist. Ruht diese Tätigkeit, so sagen wir wohl, der Mensch ist sich seiner nicht bewußt, wie es z. B. beim schlafenden Menschen der Fall ist. Da ist das Selbstbewußtsein nicht in Tätigkeit. So betätigt nach Hegels Lehre Gott in der fortschreitenden Geistesarbeit der Menschen sein Selbst-

bewußtsein in den sich folgenden Generationen der Menschheit, in deren geistigem Denken und Streben.

Doch noch einen andern Gedanken Hegels müssen wir hervorheben, weil er im marxistischen System von Wichtigkeit ist: das ist die Lehre Hegels über alles *Werden und Leben*. Alles ist in fortwährender Entwicklung. Die Form des Werdens ist aber die, daß sich in dem Alten der Gegensatz zum Neuen herausbildet. Das Neue ist für das Alte die Ursache des Vergehens, der Todeskeim. Auf dem Wege des Widerspruchs gegen das Alte kommt das Neue. In dieser Erklärungsweise des Werdens liegt die sogenannte dialektische Methode Hegels begründet, die den Zusammenhang der Dinge untereinander, ihre Wirkungen und Ursachen aufzudecken sucht. In zwei Beispielen sei sie näher erklärt. Die Schmetterlinge entstehen aus dem Ei durch die Negation (Vernichtung) des Eies; sie reifen heran, paaren sich und werden wieder „negiert", indem sie sterben, sobald das Weibchen seine Eier gelegt hat. Durch die Negation der Negation entstehen also Hunderte und Tausende von Schmetterlingen. Ein anderes Beispiel, das zugleich diese Methode im Dienste der sozialistischen Denkweise zeigt: Ursprünglicher Kommunismus — seine Negation heißt Privateigentum — durch Negation dieser Negation ergibt sich als Zukunftsgesellschaftsordnung abermals der Kommunismus. (Aus *Mosaryk*, Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Sozialismus.)

Nun war Hegel nichts weniger als Sozialist. Er war im Gegenteil durch seine Lehre, daß sich die Gottheit im Bewußtsein der Menschen entfalte, und daß diese Entfaltung weitergehe in der *Gemeinschaft* der Menschen, und zwar in der staatlichen Gemeinschaft die höchste Stufe erfahre, ein besonderer Verteidiger der bestehenden Staatsordnung. Letztere ist nach Hegel die *höchste* Entfaltung der Gottheit und deshalb die Verkörperung alles Vernünftigen; daraus folgt für das Verhalten eines Volkes, daß der Staat der Beherrscher aller seiner Beziehungen, auch seines geistigen Lebens ist, folgt die *Staatsomnipotenz*.

Die Junghegelianer aber betonten mehr die andere Seite im System Hegels, nämlich die, daß aus dem Alten das Neue, das im *Widerspruch* mit dem Alten stehe, herausgebildet werde. Demgemäß ist die *gegenwärtige* staatliche und gesellschaftliche Ordnung das Alte. In ihr bildet sich die neue heraus, die mit der alten in Widerspruch steht, die aber auf dem Wege der notwendigen Entwicklung die frühere verdrängt. In dem oben angezogenen Beispiel lassen sich diese Folgerungen auf das Privateigentum anwenden, das als das „Alte" gegenüber dem „Neuen", dem Gemeineigentum, weichen muß.

b) Wie wir schon bemerkt, war Marx *Materialist*. Er wurde es durch Fortführung der Lehre Hegels zum Materialismus.

Von Hegels Pantheismus aus, der das „All in der Welt" und „Gott" für ein und dasselbe erklärt, bis zum Materialismus, der nur Materie gelten läßt und alles Geistige verwirft, war nur ein Schritt. Der Materialismus war überdies nicht so schwer verständlich und für eine Verbreitung unter dem Volke mehr geeignet. Denn nun konnte man Gott und Seele und alles Geistige einfach als Äußerungen und Wirkungen der Materie auffassen und bedurfte keiner schwierigen Denkoperation, wie sie der Pantheismus erforderte.

Der Materialismus nimmt nur dasjenige als existierend an, was er mit den Sinnen wahrnehmen kann.

Man kann zur Erläuterung dessen, was der Materialismus lehrt, sehr passend auf die Entwicklung bei einem chemischen Prozeß verweisen. In einem chemischen Prozeß, wo z. B. mehrere Stoffe in einen Behälter zusammengeschüttet, vielleicht auch erwärmt werden, findet zunächst eine Trennung der einzelnen Bestandteile der Stoffe statt. Dadurch, daß diese Teile untereinander eine andere Verbindung eingehen, als sie früher gehabt, entstehen neue Körper. Manche Bestandteile scheiden als Dämpfe und Gase aus den Körpern in die Luft aus.

So ähnlich, sagt der Materialismus, ist es auch in der Welt und im Menschen. Da findet ein ewiges Sichtrennen und Sichverbinden der Stoffe statt. In diesem großen Weltprozeß ist das, was wir als „Geistiges" bezeichnen, nichts anderes als eine Äußerung des Prozesses, den Dämpfen und Gasen bei einem chemischen Prozeß vergleichbar.

Daß aber diese Entwicklung, dieses Sichtrennen und -verbinden stattfindet, ist die Wirkung von Kräften, die von Ewigkeit her mit der Materie verbunden sind. Diese Kräfte sind tätig nach ihnen innewohnenden Gesetzen. Diesen Gesetzen gemäß wirken sie und können nicht anders wirken. Daher ist die durch sie herbeigeführte Entwicklung eine naturnotwendige. Diese Naturnotwendigkeit regiert die Welt; eine göttliche Vorsehung gibt es ebensowenig wie einen freien menschlichen Willen.

Ludwig Andreas Feuerbach tat den ersten Schritt zum Materialismus, und zwar besonders in seiner Richtung gegen das Christentum. In seiner Schrift „Das Wesen des Christentums" (1841) erklärte er, der Glaube an Gott bestehe nur darin, daß der Mensch sich seine eignen Eigenschaften, z. B. Liebe, Barmherzigkeit, Gerechtigkeit usw., als etwas für sich Bestehendes vorstelle, als eine Persönlichkeit. Die Vielgötterei des Heidentums habe für jede dieser Eigenschaften eine göttliche Persönlichkeit angenommen, einen Zeus, Apollo usw., das Christentum habe sämtliche auf ein und dieselbe göttliche Person übertragen, dadurch den Glauben an einen Gott, den Monotheismus, gegenüber der Lehre von vielen Göttern, dem Polytheismus, geschaffen.

Daß die Richtung zum Materialismus in der Philosophie immer mehr Boden gewann, dazu trug auch das Studium der Naturwissenschaft nicht wenig bei, das im 19. Jahrhundert sehr eifrige Förderung fand und zu zahllosen technischen Erfindungen führte. Der Naturforscher beschäftigt sich mit der äußern Natur, dem Körperlichen in der Welt, demjenigen, das wir mit den Sinnen wahrnehmen können. So kam es, daß die Naturforscher das Erkennen durch die Sinne (sinnliche Erkenntnis) zu sehr überschätzten und vermeinten was nicht mit den Sinnen zu erkennen ist, was wir also nicht sehen, hören, schmecken usw., existiere auch nicht. Den Glauben an etwas Geistiges erklärten sie als eine Verirrung der Menschheit. Besonders haben später Ludwig Büchner und Ernst Häckel diese Richtung weiter verfolgt.

Zu jener Zeit, als Karl Marx Philosophie studierte, stand Hegel noch in vollem Ansehen. Marx war sein Schüler, gehörte, wie schon bemerkt, der extremen Richtung der Junghegelianer an, die die naheliegende Folgerung des Hegelschen Systems zogen. Als nun Feuerbach den Pantheismus zum Materialismus ausgestaltete und vor allem in seinem Buche „Das Wesen des Christentums" den Materialismus öffentlich proklamierte, wurde auch Marx sein Anhänger, er wurde Materialist.

2. Karl Marx kommt zum Studium der Nationalökonomie und zum Sozialismus. Was für den innern Entwicklungsgang Karl Marx' von größer Bedeutung wurde, war der Umstand, daß ihm die Laufbahn eines Hochschullehrers der Philosophie durch die preußische Regierung verschlossen wurde. Marx wandte sich infolgedessen zur Journalistik. In Köln hatte das rheinisch-liberale Bürgertum, das damals in scharfer Opposition zur preußischen Regierung stand (Kampf gegen das absolute Königtum; die „Konstitution", welche als gesetzgebende Macht neben dem Königtum eine Volksvertretung aufweist, erhielt Preußen erst durch die Verfassung von 1850) eine eigne Zeitung, die „Rheinische Zeitung", gegründet. Marx wurde als deren Redakteur gewonnen. So wurde Marx genötigt, sich mit Fragen der Nationalökonomie näher zu befassen, der er seitdem seine ganze schriftstellerische Tätigkeit widmete.

„Im Jahre 1842/43, als Redakteur dieser Zeitung, kam ich", so schreibt Karl Marx, selbst, „zuerst in Verlegenheit, über sogenannte materielle Interessen mitsprechen zu müssen. Die Verhandlungen des Rheinischen Landtags über Holzdiebstahl und Parzellierung des Grundeigentums, die amtliche Polemik, die Herr v. Schaper, damals Oberpräsident der Rheinprovinz, mit der »Rheinischen Zeitung« über die Zustände der Moselbauern eröffnete, Debatten endlich über Freihandel und Schutzzoll, gaben die ersten Anlässe zu meiner Beschäftigung mit ökonomischen Fragen."

Aber Karl Marx sollte auch in direkte Berührung mit den damaligen sozialistischen Ideen gebracht werden, denen er selbst dann die „wissenschaftliche" Form gab. Diese Ideen hatten in Frankreich ihren Aus-

gang und hauptsächlichste Verbreitung gefunden. Das Schicksal trieb Marx dorthin.

Nach einjährigem Bestehen wurde die „Rheinische Zeitung" durch die Regierung unterdrückt, weil diese auf andere Weise sich der scharfen Opposition derselben nicht glaubte erwehren zu können. Marx ging nach Paris, wo er die „Deutsch-Französischen Jahrbücher", später den „Vorwärts, Pariser Signale aus Kunst, Wissenschaft, Theater, Musik und geselligem Leben" leitete, beides Zeitschriften, die mit rückhaltloser Kritik die deutschen Zustände geißelten und sich sogar nicht scheuten, als Mittel zu ihrer Beseitigung die Revolution zu empfehlen. Hier in Paris kam Marx mit Friedrich Engels zusammen, dem Sohn eines Fabrikanten aus Barmen, der mehrere Jahre in England zubrachte und über die dortigen Verhältnisse ein auch in Deutschland großes Aufsehen erregendes Buch geschrieben hatte, „Die Lage der arbeitenden Klassen in England". Marx und Engels wurden seitdem unzertrennliche Freunde.

Engels war zwei Jahre jünger als Marx, wurde 1820 als Sohn eines Fabrikanten in Barmen geboren und widmete sich nach einer Vorbildung auf dem Gymnasium zu Elberfeld dem Kaufmannsstande. Er war als Volontär in einem Bremer Handelshause und dann später in Manchester im Fabrikgeschäft seines Vaters tätig, betrieb aber neben der kaufmännischen Bildung auch philosophische Studien. Während seines Aufenthalts in England sammelte er Material über die Lage der englischen Industrie, besonders der Arbeiterschaft, das er nach seiner Rückkehr nach Bremen 1844 in einem aufsehenerregenden Buche: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" niederlegte. Hierin schildert er die Lage der Arbeiter, die tatsächlich damals sehr elendig war, in glühenden Farben und prophezeite für England eine nahe bevorstehende soziale Revolution. Auch in Deutschland erregte das Buch die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, erfuhr freilich von dem damals angesehensten Nationalökonomen Bruno Hildebrand eine sehr scharfe Kritik, die der Darstellung Engels Einseitigkeit und allgemeine Übertreibungen vorwarf. Für Marx hatte das Buch insofern hohe Bedeutung, als es ihn zum Studium der englischen Arbeiterverhältnisse veranlaßte und ihm den Boden schuf, auf dem er weiterbauen konnte.

Engels hat die Arbeit Marx' nach vielfacher Seite hin ergänzt. Welchen Anteil er neben Marx an dem Ausbau der verschiedenen Hypothesen und Theorien gehabt hat, läßt eine Äußerung von Engels selbst erschließen.

„Daß ich vor und während meines vierzigjährigen Zusammenwirkens mit Marx sowohl an der Begründung wie namentlich an der Ausarbeitung der Theorie einen gewissen selbständigen Anteil hatte, kann ich nicht leugnen. Aber der größte Teil der leitenden Grundgedanken, besonders auf ökonomischem und geschichtlichem Gebiete, und speziell ihre schließliche scharfe Fassung gehört Marx an."

Er hat späterhin Marx, nachdem er sich an der Revolution von 1848 in Baden beteiligt hatte, auch nach England begleitet, wo er zuerst im Geschäft

seines Vaters zu Manchester tätig war, seit 1870 aber als sozialpolitischer Schriftsteller in London lebte, wo er 1895 starb. Ihm ist die Herausgabe des großen Werkes von Marx zu verdanken, der schon 1887 gestorben war.

Der Aufenthalt in Paris war für Marx sehr bedeutungsvoll, denn hier trat er durch seine Mitarbeit an den Zeitschriften mit den französischen Sozialisten in engern Verkehr und nahm ihre Ideen in sich auf.

So mit Proudhon, von dem das Wort stammt: „Eigentum ist Diebstahl", Louis Blanc, der auf dem Wege von durch den Staat errichteten Produktivgenossenschaften die allmähliche Herbeiführung einer Produktion durch das Volk für das Volk erstrebte, die sozialistische Produktion.

Auf Betreiben der preußischen Regierung wurden Marx, Engels und ihre Freunde aus Frankreich verwiesen. Marx und Engels wandten sich nach Brüssel und traten hier mit dem revolutionären „Bund der Kommunisten" in Verbindung. Der Bund der Kommunisten war nichts anderes als der von Paris durch die Regierung vertriebene „Bund der Gerechten", den wir bereits bei der Darlegung der Agitation Weitlings erwähnten. Er war die radikal-sozialistische Fortsetzung einer ursprünglich liberalen Vereinigung der 30er Jahre, die auch eine große Anzahl von Arbeitern Deutschlands aufgenommen hatte. Als sich der Bund 1840 an einem Aufstand in Paris beteiligte, mußte er von dort nach London flüchten, wo er den Namen „Bund der Kommunisten" annahm. Seine Mitglieder — der Bund selbst wurde 1852 aufgelöst — haben späterhin, als 1863 bei Gelegenheit einer Weltausstellung Arbeiter und Sozialisten aus allen Ländern nach London kamen, zur Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation Veranlassung gegeben. Der Bund hatte zum Zweck „den Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und Privateigentum". (Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln, S. 10.)

Marx und Engels war es vornehmlich zu verdanken, daß der Bund internationale Ziele übernahm und daß er nicht wie früher in Verschwörungen machte, um gelegentlich mit einem politischen Aufstand an die Öffentlichkeit zu treten, sondern daß er die Arbeiter aller Länder als einheitliche Klasse zu organisieren suchte, die dann nach Erringung der politischen Macht streben sollte. Für seine Ziele bedurfte er eines Programms. Als er nun 1847 seinen Kongreß abhielt, gab er Marx und Engels den Auftrag, ein solches zu entwerfen.

Das taten die beiden in dem berühmt gewordenen „Manifest der Kommunistischen Partei" von 1848.

Seitdem ist Marx mit Engels die Seele der kommunistischen Bewegung geblieben, wenn er auch ob seines wenig sympathischen Wesens manche Anfeindungen in den Reihen der eigenen Parteigenossen zu bestehen hatte.

Der Bund der Kommunisten schloß schon 1848 Marx und seinen Freund als sie nach Köln übergesiedelt waren, aus, wodurch der Bund in zwei Richtungen zerfiel. Als die deutschen Kommunisten in London ihre Propaganda in Deutschland fortsetzten, gerieten sie in die Hände der Polizei. Der große Kommunistenprozeß 1852 in Köln war die Folge, der mit der Verurteilung der Angeklagten endete. Der Bund löste sich dieserhalb auf Betreiben von Marx hin selbst auf.

Aber schon das Jahr 1848 brachte für Marx eine bedeutsame Wendung in seinen Anschauungen, insofern diese wenigstens die Art und Weise der Verwirklichung seines Programms betreffen.

3. Marx nach 1848. Als im Jahre 1848 die Revolution Frankreichs ihre Wellen nach Deutschland hinüberschlug, war Marx nach Köln geeilt, um die freiheitlichen Erhebungen mit der Macht seiner Feder zu unterstützen. In Köln übernahm er mit Engels die Redaktion der „Neuen Rheinischen Zeitung", die an Stelle der von der Regierung früher unterdrückten „Rheinischen Zeitung" ins Leben getreten war. Was er und seine Genossen wollten, das zeigte ein in Deutschland verbreitetes Flugblatt, worin verlangt wird „die Erklärung Deutschlands zu einer unteilbaren Republik, die allgemeine Volksbewaffnung, die Umwandlung der fürstlichen und andern feudalen Landgüter, Gruben, Bergwerke usw. in Staatseigentum".

Es war also ausgesprochen eine gewaltsame Revolution, der man zustrebte und von der man so vieles erhoffte. „Revolutionen" brachte das Jahr 1848, aber sie nahmen bekanntlich ein elendiges Ende. Marx wurde wiederum verbannt. Er ging nach Paris, wo die Demokraten eine neue Erhebung versuchten. Als auch diese mißlang, wandte er sich nach London, wo er bis zu seinem Tode verblieb. Seinem Freund Engels war es nicht besser ergangen. Er hatte sich an dem badischen Aufstand beteiligt und mußte nach dessen Niederwerfung ebenfalls mit den übrigen Mitgliedern des Kommunistischen Bundes nach London flüchten.

Damit sind die Jahre, die Marx als praktischen Revolutionär tätig sahen, beschlossen. Sie hatten in ihm die Erkenntnis angebahnt, und die folgenden Jahre vertieften sie immer mehr, daß die Politik der „Konspirations- und Revolutionsspielerei", wie er selbst 1875 darüber schrieb, „Fehlgriffe" seien.

Wir sehen Marx in der Folgezeit an Stelle der revolutionären Erhebung die internationale Propaganda setzen. Unter

den Arbeitern aller Nationen sollten zunächst die sozialistischen Ideen verbreitet (propagiert) werden. Dann sollten die Arbeiter oder vielmehr das Proletariat mit Hilfe der bestehenden Landesgesetze oder vielmehr deren allmählicher Umwandlung den Besitz der politischen Macht an sich reißen. Ist diese im Besitz des Proletariats, dann kann die Umwandlung in die Zukunftsgesellschaft erfolgen. Marx hat zur praktischen Verwirklichung dieser Bestrebungen selbst nicht viel beigetragen, seine Haupttätigkeit lag von nun an auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Vertiefung und Begründung der ihnen zugrunde liegenden sozialistischen Lehren. Nur bei der Gründung der Internationalen Arbeiterorganisation ist er noch hervorragend tätig gewesen. Sie wurde bei Gelegenheit der Londoner Weltausstellung im Jahre 1864 ins Leben gerufen, zu der aus Frankreich wie auch aus Deutschland auf Kosten der Regierungen oder bürgerlichen Parteien zur Belehrung und Ausbildung Arbeiter gesandt worden waren. Es ist seiner energischen Tätigkeit zu verdanken, daß die Internationale — so nannte man kurz die Vereinigung — zur Erweckung des Klassenhasses des Proletariats sehr viel beigetragen hat. Mehrere Kongresse wurden abgehalten in Genf, Lausanne, Brüssel, Basel, bis sie schließlich im Jahre 1876 ein Opfer innerer Uneinigkeit wurde und sich auflöste.

Im übrigen hat Karl Marx bis zu seinem Tode nicht mehr in das öffentliche Leben eingegriffen.

Aber der Bewegung blieb er geistiger Mittelpunkt. Er stand im Briefwechsel mit den sozialistischen Führern aller Länder und war der vielgesuchte und stets bereite Berater des Proletariats. Bei alledem konnte sich Marx jetzt wiederum seinen Studien widmen, die mehr oder minder zur Fortführung seines Buches „Das Kapital" dienten. Von diesem war der erste Band 1867 erschienen, zu dem folgenden sammelte er unermeßliches Material, zu dessen Verwertung er jedoch wegen zunehmender Krankheit nicht kam. Er starb 1883. Engels hat die beiden folgenden Bände des „Kapitals" nach dem Tode seines Freundes herausgegeben.

4. Marx' Persönlichkeit. Lassalle und Marx, diese beiden bedeutendsten Führer der deutschen Sozialdemokratie, haben als Charaktere wenig gemeinsam. Lassalle war der geborene Agitator, der die Menschen zu blenden und zu begeistern wußte. Marx war nichts weniger als das, schon wegen eines etwas düstern Wesens war er für die Agitation ungeeignet. Aber Marx war im Gegensatz zu Lassalle der wissenschaftliche Denker, der nicht an der Oberfläche haftete, sondern recht tief zu schürfen wußte. Freilich waren sich beide Führer auch wiederum insofern ähnlich, als den einen wie den andern ein ungewöhnliches Maß von Selbstbewußtsein, um nicht zu sagen Selbstüberhebung,

erfüllte. Doch statt aller weitern Ausführungen seien hier nur einige Urteile angeführt von Männern, die Marx in der Vollkraft seiner Jahre kennen lernten — den wissenschaftlichen Fähigkeiten wie auch den Schattenseiten des Charakters in Marx werden sie gerecht.

So der russische Publizist Anienkow, der 1847 in Brüssel mit Marx viel verkehrte. „Er stellt", sagt er, „den Typus eines Menschen dar, der aus Energie, Willenskraft und unbeugsamer Überzeugung zusammengesetzt ist, ein Typus, der auch der äußern Erscheinung nach höchst merkwürdig war. Eine dichte, schwarze Mähne auf dem Kopf, die Hände mit Haaren bedeckt, den Rock schief zugeknöpft, hatte er dennoch das Aussehen eines Mannes, der das Recht und die Macht hat, Achtung zu fordern, wenn sein Aussehen und sein Tun auch seltsam genug erscheinen mochte. Seine Bewegungen waren eckig, aber kühn und selbstgewiß; seine Manieren liefen geradezu allen gesellschaftlichen Umgangsformen zuwider. Aber sie waren stolz, mit einem Anflug von Verachtung, und seine scharfe Stimme, die wie Metall klang, stimmte merkwürdig überein mit den radikalen Urteilen über Menschen und Dinge, die er fällte. Er sprach nicht anders als in imperativen, keinen Widerspruch duldenden Worten, die übrigens noch durch einen mich fast schmerzlich berührenden Ton, welcher alles, was er sprach, durchdrang, verschärft wurden. Dieser Ton drückte die feste Überzeugung von seiner Mission aus, die Geister zu beherrschen und ihnen Gesetze vorzuschreiben. Vor mir stand die Verkörperung eines demokratischen Diktators, wie sie auf Momente der Phantasie verschweben mochte." Eine zweite Charakteristik, weniger sympathisch als die erste, stammt von dem Demokraten Techow und berichtet über eine Unterredung mit Marx in London: „Es ist mir unmöglich," heißt es in dem Briefe, „euch den lebhaften Wechsel des Stoffes, die steigende Wärme der Unterhaltung, die Art zu schildern, wie Marx dieselbe beherrschte .... Er hat mir den Eindruck nicht nur einer seltenen geistigen Überlegenheit, sondern auch einer bedeutenden Persönlichkeit gemacht. Hätte er ebensoviel Herz wie Verstand, ebensoviel Liebe wie Haß, dann würde ich für ihn durchs Feuer gehen, trotzdem er mir seine vollständige Geringachtung nicht nur verschiedentlich angedeutet, sondern zuletzt ganz unumwunden ausgesprochen hat. Er ist der erste und einzige unter uns allen, dem ich das Zeug zutraue, zu herrschen, das Zeug, auch unter großen Verhältnissen sich nicht ins Kleine zu verlieren. Ich bedauere es um unseres Zieles willen, daß dieser Mensch nicht neben seinem eminenten Geist ein edles Herz zur Verfügung zu stellen hat. Aber ich habe die Überzeugung, daß der gefährlichste, persönliche Ehrgeiz in ihm alles Gute zerfressen hat." (Aus Adler, Die Grundlagen der Marxschen Kritik der bestehenden Volkswirtschaft, 282—283.)

Endlich noch ein drittes Urteil, wodurch dieses zweite bestätigt wird. Es ist von Karl Schurz, der Marx 1848 in Köln kennen lernte.[1]) „Er konnte nicht viel älter als 30 Jahre zu jener Zeit sein, aber er war schon anerkannt als das Haupt der fortgeschrittenen sozialistischen Schule. Der etwas schwer gebaute Mann mit seiner breiten Stirn, seinem kohlschwarzen Haar und Bart und seinen dunklen, glühenden Augen zog sofort die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Er erfreute sich des Rufes, viel gelernt zu haben, und da ich sehr wenig von seinen sozialistischen Entdeckungen und Theorien kannte, so war ich um so gespannter darauf, Worte der Weisheit von den Lippen eines so berühmten Mannes zu vernehmen. In dieser Erwartung wurde ich aber eigenartig enttäuscht. Marx' Äußerungen waren in der Tat bedeutungsvoll, logisch und klar, aber ich habe nie einen Menschen gesehen, dessen Benehmen so anstößig und unerträglich war wie seines. Keiner Meinung, die auch nur im geringsten von seiner eignen abwich, schenkte er die Ehre, sie auch nur in herablassender Weise zu beachten. Jeden, der ihm widersprach, behandelte er mit der ausgesprochensten Verachtung; jedes Argument, das ihm nicht paßte, beantwortete er entweder mit beißendem Spott über die unergründliche Ignoranz, die sich darin offenbarte, oder mit abscheulichen Verdächtigungen der Motive dessen, der es vorbrachte. Ich erinnere mich aufs deutlichste der schneidenden Herabsetzung, mit der er das Wort Bourgeois belegte, und als Bourgeois, das ist als bedauernswertes Opfer der korrumpierendsten geistigen und moralischen Bestrebungen denunzierte er jeden, der es wagte, seinen Ansichten zu widersprechen."

II. Wie Marx seine philosophischen Anschauungen zur Grundlage des Sozialismus machte

Bevor wir das marxistische System im Zusammenhang bieten, möchten wir noch ausdrücklich hervorheben, wie nun Marx seine philosophischen Anschauungen dem Sozialismus als Grundlage eingefügt hat. Es ist das für die Beurteilung des modernen Sozialismus, der eine Art von Weltanschauung darstellt, von hoher Bedeutung.

1. *Die beiden Hauptgedanken der materialistischen Entwicklungstheorie im marxistischen Sozialismus.* Es sind im wesentlichen zwei Hauptgedanken das Fundament, auf dem sich das ganze Gebäude des Sozialismus erhebt, nämlich:

[1]) Reminiscences of a Long Life in Mac Clures Magazine, wiedergegeben in der „Kölnischen Volkszeitung" 1906, Nr. 598.

a) Alle Entwicklung ist eine materielle und vollzieht sich nach naturnotwendigen Gesetzen.

b) Die Entwicklung geschieht durch Herausbildung von Gegensätzen.

Der erste Gedanke ist der des Materialismus. Wie in der Welt ausschließlich Stoff und Materie Träger aller Bewegung und alles Lebens sind und alles Geistige nur Äußerungen der Materie darstellt, so sind im Entwicklungsprozeß der Menschheit die wirtschaftlichen Verhältnisse gleichsam die Stoffe. Was auf geistigem Gebiete die Menschheit bewegt, folgt aus ihren wirtschaftlichen Verhältnissen. Wie weiterhin die Natur eine Entwicklung nach ewigen Gesetzen aufweist, so auch das wirtschaftliche Leben. Es steht in fortwährendem Flusse, und damit naturgemäß das darauf aufbauende geistige Leben der Menschen — andere Formen der wirtschaftlichen Zustände bewirken auch andere Formen des geistigen Lebens der Menschheit. Und wie im Prozeß der Natur die mit dem Stoffe verbundenen Kräfte die treibenden Ursachen sind, so liegt auch der Menschheitsentwicklung eine treibende Kraft zugrunde: das ist jene, die die wirtschaftlichen Verhältnisse umwälzt, in der gegenwärtigen Ordnung die der Bildung des „Mehrwertes". Hier finden wir in Marx den reinen Materialisten, den Schüler Feuerbachs.

Marx hat aber auch aus Hegels Philosophie Gedanken übernommen, und zwar hinsichtlich der Form, in der er die Entwicklung vor sich gehen läßt. Es ist der erwähnte zweite Grundgedanke von der Entwicklung durch Herausbildung von Gegensätzen. Alles ist in fortwährendem Flusse der Entwicklung. Dadurch aber kommt das Neue empor, daß es sich im Gegensatz zum Alten herausbildet; das Neue vernichtet das Alte (negiert es). Marx sieht die Herausbildung von Gegensätzen darin, daß die Art und Weise der Produktion, die heute immer mehr vergesellschaftlicht wird, mit der Art und Weise der Eigentumsverhältnisse, die immer mehr zu einer Zusammenziehung des Besitzes in wenige Hände führen, in Widerspruch tritt, und daß dann weiter als Folge hiervon die besitzlosen und besitzenden Klassen in Gegensatz treten.

Marx zwängt in diese seine philosophische Auffassung sein ganzes Wirtschaftssystem hinein. Wie sehr Marx Philosoph gewesen ist, verrät auch die Art der Darstellung. Er bedient sich mit Vorliebe der Ausdrücke der Schule Hegels. Besonders nimmt das Haschen nach „immanenten Gegensätzen", eine echt Hegelsche Ausdrucksweise, kein Ende. Das macht auch die Lektüre der Schriften von Marx so schwierig, nicht zuletzt gerade die Lektüre seines bedeutendsten Werkes „Das Kapital". Hier kommt noch hinzu, daß Marx mathematische Formen und Ausdrücke hinzu-

zieht, so daß sich stellenweise die Darstellung wie die Wiedergabe von mathematischen Lehrsätzen liest.

Es ist von besonderm Wert, hervorzuheben, daß Marx die philosophischen Grundlagen des Materialismus seinem System unterlegt hat. Der Sozialismus ist dadurch auf einem Boden aufgebaut, der in direktem Widerspruch zum Christentum steht. So ist es auch begreiflich, daß im Sozialismus ein durchaus ungläubiger Geist weht, eine völlig neue Weltanschauung, die auf Beseitigung des Christentums mit seinem Glauben an Gott, an eine unsterbliche Seele mit freiem Willen hindrängt.

2. Marx' wissenschaftliche Darstellung seiner Ideen. Wer in den Werken von Karl Marx eine systematische Darstellung des Marxismus sucht, wird eine solche nicht finden. Dazu ist notwendig, seine sämtlichen Schriften zu Rate zu ziehen, aber selbst auf diesem Wege ist eine einheitliche Zusammenfassung seiner Gedankengänge nicht ohne große Schwierigkeiten. Marx' grundlegende Ausführungen stehen nicht selten in Widerspruch miteinander, auch krankt die Darstellung seiner Theorien an formalen Mängeln. Man kann, wenn man Marx' Schriften hinsichtlich ihres programmatischen Charakters einteilen will, zwei ungleiche Perioden herausheben, nämlich die vor 1848 und die nach 1848 — den Grund zu dieser Entwicklung haben wir bei den Ausführungen über Marx' Leben angedeutet.

In der ersten Periode nimmt das „Manifest der Kommunistischen Partei" vom Jahre 1848 entschieden die wichtigste Stelle ein. Mit Recht hat man es als die Stiftungsurkunde des heutigen Sozialismus bezeichnet, denn es enthält die Grundgedanken, aus denen der moderne Sozialismus seine Folgerungen zieht, die einer naturnotwendigen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einem Zustande des Gemeineigentums. Jedoch weisen die in ihm niedergelegten Anschauungen einen wesentlichen Unterschied gegenüber den spätern Ansichten Marx' auf hinsichtlich der Art und Weise der Überführung aus dem Zustande des Privateigentums in den des Gemeineigentums. Hier im Manifest heißt es: „Sie (die Kommunisten) erklären es offen, daß ihr Zweck nur erreicht werden könne durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Ordnung."

Später hat Marx den Wert revolutionärer Erhebungen vorsichtiger beurteilt. Wie schon oben (S. 64) erwähnt, brachten ihn dazu die Erfahrungen der verunglückten Revolution des Jahres 1848. Man kann sagen, die Beweisführung, daß der Zusammenbruch der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und die Herausbildung einer völlig neuen Ordnung durch eine naturnotwendige Entwicklung kommen muß, ist

das Ziel der geistigen Lebensarbeit für Karl Marx in der Zeit nach 1848; ob der Übergang zu der neuen Zukunftsgesellschaft von einer gewaltsamen Erhebung des Volkes nach der Art von Revolutionen im alten Stil begleitet wird oder nicht, diese Frage sinkt zu einer nebensächlichen herab.

Als Marx nach einer kurzen Beteiligung an der Pariser Februarrevolution von 1848 und den ihr folgenden Wirren wiederum in Köln die Herausgabe der „Neuen Rheinischen Zeitung" geleitet, dann aber nach einem Jahre ausgewiesen worden war, begab er sich schließlich nach London. Hier war er seit 1849 schriftstellerisch tätig und legte bald in Zeitschriften und Broschüren, bald in größern Schriften seine Auffassung von der ökonomischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft nieder. Den „ersten Versuch, ein Stück Zeitgeschichte vermittels seiner materialistischen Auffassungsweise aus der gegebenen ökonomischen Lage zu erklären", stellt dar die Schrift „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850". Während diese Studien vorzugsweise die Gedanken erörtern, daß alle Kämpfe auf ökonomische Verhältnisse zurückzuführen und Klassenkämpfe der Besitzlosen gegen die Besitzenden (Bourgeois) sind, suchte Karl Marx in seinen folgenden wissenschaftlichen Arbeiten die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst in ihrem innern Wesen zu erfassen und zu kritisieren. Es kam 1859 heraus: „Zur Kritik der politischen Ökonomie". Doch das war erst die Vorfrucht zu seiner eigentlichen Lebensarbeit, zu seinem großen Werke „Das Kapital", von dem 1867 der erste Band erschien. Es ist eine Summe mühevollster Geistesarbeit, die Karl Marx in den drei Bänden des „Kapital, Kritik der politischen Ökonomie", niedergelegt hat. Marx' „Kapital" ist die Rüstkammer des modernen Sozialismus. Wenn der Vergleich gestattet ist, könnte man sagen, was dem Christentum die Heilige Schrift, ist das „Kapital" von Karl Marx der heutigen Sozialdemokratie. Hier entnahm und entnimmt sie noch die erfolgreichsten Waffen zur Kritik an den gegenwärtigen wirtschaftlichen Zuständen, hier auch das wissenschaftliche Material für ihre Lehre von dem naturnotwendigen Zusammenbruch der auf dem Privateigentum beruhenden Gesellschaftsordnung.

Als Marx 1883 starb, war nur der erste Band seines Werkes erschienen; zu den beiden folgenden lagen nur die Manuskripte vor. Friedrich Engels, dem die literarische Hinterlassenschaft seines Freundes zufiel, besorgte dann die endgültige Redaktion und Herausgabe.

Überhaupt ist, wie schon gesagt, Engels in vielerlei Hinsicht der Interpret der Gedanken von Karl Marx. Es müssen daher manche Schriften Engels zum ergänzenden Verständnis der Werke seines ihm geistig überlegenen Freundes herangezogen werden. So z. B. die

Streitschrift „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft", auch kurz „Anti-Dühring" genannt, worin er die Grundgedanken des Materialismus besonders in ihrer Anwendung auf die Darstellung und Erklärung der Menschheitsgeschichte zu verteidigen suchte. Einige Kapitel erweiterte Engels späterhin und gab sie gesondert heraus unter dem Titel: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft".

Als Ausführung eines Marxschen Vermächtnisses bezeichnet Engels auch sein Buch „Der Ursprung der Familie, des Eigentums und des Staates". Die vom Sozialismus geforderte Aufhebung des Privateigentums und noch mehr die Auflösung der Familie und staatlichen Ordnung standen denn doch zu sehr im Gegensatze zu den Forderungen der menschlichen Natur. Sie mußten als „durchführbar", als „natürlich" erwiesen werden. Diesem Zwecke diente diese Schrift, die das Kollektiveigentum und die neuen Formen des Familienlebens wie des gesellschaftlichen Zusammenlebens als Wesenseinrichtungen der menschlichen Urzeit und damit als Forderungen menschlicher Natur im Gegensatze zu den Verbildungen der Zivilisation „historisch" zu beweisen sucht.

Doch nun zu einer Darlegung des marxistischen Systems selbst.

Anmerkung: Bei den großen Schwierigkeiten, welche das Studium des Marxismus dem Anfänger bereitet, sind für diesen Zweck vielleicht einige Ratschläge willkommen. Es empfiehlt sich, mit den an die weitesten Kreise gerichteten Arbeiten zu beginnen, nämlich mit dem „Kommunistischen Manifest" von 1848 und „Lohnarbeit und Kapital" (1849). Daran können angeschlossen werden Engels, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft" und Kautsky, „K. Marx' ökonomische Lehren gemeinverständlich dargestellt". Ehe man zum Studium des Hauptwerkes von Marx schreitet, sollte noch dessen Arbeit „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1859) gelesen werden. Auf die Lektüre des ersten Bandes des „Kapitals" läßt man am besten diejenige des dritten folgen. Der zweite Band stellt die größten Anforderungen an den Leser und sollte daher erst zum Schlusse vorgenommen werden. Dabei wird vorausgesetzt, daß sich der Studierende über die Grundlehren der Nationalökonomie bereits durch das Studium eines der bekannten Handbücher (Cohn, Conrad, Philippovich, Platter) informiert hat. Noch besser ist es, wenn auch Turgot, Ad. Smith und Ricardo durchgenommen worden sind. Erst nach ausreichender Bekanntschaft mit dem System von Marx sollte an die kritische Literatur (v. Böhm-Bawerk!) geschritten werden.

Das Studium der materialistischen Geschichtsauffassung führt zu allgemeinen philosophischen Problemen und setzt demzufolge eine gute Bekanntschaft mit der Metaphysik, Logik und Geschichte der Philosophie voraus. Man beginnt am besten mit den Anwendungen des ökonomischen Materialismus auf bestimmte geschichtliche Ereignisse und Entwicklungen, also mit der Schrift von Marx über „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848/50", über „Revolution und Kontrerevolution", über den „18. Brumaire des Louis Bonaparte", mit Engels

„Ursprung der Familie" nach Morgan. Hierauf käme Engels „L. Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" (1895). Auch hier würden die kritischen und antikritischen Arbeiten von Stammler, Bernstein, Adler, Karner den Schluß bilden. Die Schriften von Marx und Engels werden am einfachsten durch die sozialistischen Buchhandlungen (z. B. Buchhandlung des Vorwärts in Berlin) bezogen. (Herkner, Arbeiterfrage, 5. Aufl., S. 639.)

§ 6. Gesamtüberblick über das marxistische System

Zum Verständnis des Marxismus ist es von großer Bedeutung, zu erfassen, in welchem Zusammenhang die einzelnen Teile seines Systems zueinander stehen, wie eines aus dem andern folgt. Wenn aber nun die Einzelheiten in aller Ausführlichkeit dargelegt werden, geht der Überblick zu leicht verloren. Darum erscheint es für unsere Zwecke mehr angebracht, nur einen Gesamtüberblick über die marxistischen Lehren zu bieten, gleichsam aus der Vogelperspektive. So wird das Wesentliche klar erfaßt, der Blick durch Nebensächlichkeiten nicht verwirrt. Wir können uns hiermit um so eher begnügen, als wir die marxistische Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung zum größten Teil nachholen werden in einer spätern Darlegung des Erfurter Programms, das den populären Niederschlag des Marxismus darstellt. (II. Teil dieser Schrift.)

I. Die materialistische Geschichtsauffassung

Wie wir bereits im vorigen Paragraphen betonten, sind es vor allem zwei Grundgedanken, die Marx der materialistischen Weltanschauung entnommen und in die Beurteilung des Wirtschaftslebens eingefügt hat.

Der erstere ist: In der Menschheitsgeschichte ist alles geistige Leben und Streben nichts anderes als eine Wirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse — die geistige Ordnung baut sich auf der wirtschaftlichen auf. Entsprechend dem Grundsatz des Materialismus, daß es in der Welt nur Materielles gebe, folgert der Marxismus: Die Menschen werden in ihrem Denken und Handeln in letzter Linie ausschließlich vom Streben nach leiblichen Gütern, von materiellen Interessen geleitet. Diese aber werden befriedigt durch wirtschaftliche Tätigkeit (Beschaffung und Aneignung der Güter), mithin geben die wirtschaftlichen Verhältnisse die Ursache ab für alle Bestrebungen der Menschheit, für die Menschheitsgeschichte. So ist die Menschheitsgeschichte nichts anderes als eine Folge der Wirtschaftsgeschichte. Wer also die Menschheitsgeschichte in ihrem ursächlichen Untergrund erfassen will, muß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse erforschen, in denen die materiellen Interessen der Menschen Befriedigung suchen.

Eine derartige Auffassung der Menschheitsgeschichte hat man nun materialistische Geschichtsauffassung genannt; der Ausdruck „historischer Materialismus" besagt dasselbe. Wir verstehen unter diesen Ausdrücken nichts anderes als eine Übertragung der Lehre des Materialismus, wonach alles in der Welt nur Materie ist, auf die Menschheitsgeschichte, oder genauer gesagt die Lehre: die Geschichte der Menschen ist bisher wirklich so verlaufen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die übrigen gestaltet haben.

Der zweite Hauptgedanke betraf die Entwicklung der Menschheitsgeschichte und der ihr zugrunde liegenden wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie geschieht durch Herausbildung von Gegensätzen, die entstehen zwischen Produktionsform und Eigentumsform und infolgedessen auch unter den davon betroffenen Menschen. Denn die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte der Kämpfe der Menschen um materielle Interessen, also der Klassenkämpfe zwischen jenen, die an der bestehenden Form der wirtschaftlichen Verhältnisse festhalten wollen, und denen, die sie beseitigen wollen.

Erläutern wir diese Grundgedanken des nähern.

1. In der Geschichte der Menschheit ist die

Art und Weise, wie die Güter zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse hergestellt werden,

die Grundlage, auf der sich die gesamten Lebensverhältnisse aufbauen.

a) Nach

diesem Unterbau richten sich die geistigen Verhältnisse,

die politischen, rechtlichen, die religiösen, sittlichen usw. So haben wir z. B. in der heutigen wirtschaftlichen Ordnung das Privateigentum. Der Einfluß des einzelnen Kapitalisten auf das wirtschaftliche Leben steigt mit der Größe seines Besitzes. Aber es ruht auch die politische Macht in den einzelnen Staaten in den Händen der Kapitalmagnaten. Die rechtliche Ordnung untersteht ähnlichem Einfluß, wird doch u. a. ein Vergehen am Privateigentum, Diebstahl, Unterschlagung, besonders hart bestraft, härter als Vergehen gleicher Größe auf andern Gebieten. Für die Abhängigkeit des sittlichen Lebens von den Einwirkungen des Privateigentums in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung kann das Zustandekommen ehelicher Gemeinschaften als Beispiel dienen, werden doch die Ehen vorzugsweise nach der Erwägung abgeschlossen, wie eine Vergrößerung des Privateigentums dadurch erzielt

werden kann. Selbst die religiöse Ordnung baut sich in diesem Sinne auf der wirtschaftlichen auf: stellt sich doch die Kirche in den Dienst des besitzenden Unternehmers, warnt die Besitzlosen vor „Übergriffen" auf das Privateigentum, sucht sie in ihrem Elend durch den Hinweis auf die Vergeltung im Jenseits zu beruhigen.

b) Was ist nun unter den „wirtschaftlichen Verhältnissen", die in dieser Weise die Unterlage der geistigen Entwicklung bilden, zu verstehen? Marx spricht von den

„materiellen Produktivkräften" der menschlichen Gesellschaft.

Unter ihnen sind an erster Stelle die Produktionsmittel, insonderheit die Arbeitsmittel gemeint.

„Die Art, wie die Menschen ihren Lebensunterhalt gewinnen, wie sie die dazu nötigen Güter erzeugen (produzieren), hängt ab von der Beschaffenheit ihrer Werkzeuge, ihrer Rohstoffe, mit einem Wort von den Mitteln, die ihnen zur Produktion zur Verfügung stehen, von ihren Produktionsmitteln" — erklärt Kautsky in seinen Erläuterungen zum Erfurter Programm. Speziell die Bedeutung des Arbeitsmittels, des Werkzeuges, hebt Marx selbst heraus: „Dieselbe Wichtigkeit, welche der Bau von Knochenreliquien für die Erkenntnis der Organisation untergegangener Tiergeschlechter hat, haben Reliquien von Arbeitsmitteln für die Beurteilung untergegangener ökonomischer Gesellschaftsformen. Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Mitteln es gemacht wird, unterscheidet die ökonomische Epoche" (Kapital I 142).

Jedoch ist hierüber hinaus in den Begriff der materiellen Produktivkräfte alles mit einzubeziehen, was die sachliche Umgebung des die Güter produzierenden Menschen ausmacht, so auch „sämtliche Operationen, die verrichtet werden müssen, damit das Gut an den Konsumenten gelangt". Also die Verkehrsmittel. Fr. Engels nennt daher als „Produktivkräfte" die Produktion und nächst der Produktion den Austausch. In diesem Sinne kann auch die Natur (Klima, geographische Lage des Landes, Bodenschätze usw.) in Frage kommen, soweit sie eben durch den Menschen in den Dienst seiner wirtschaftlichen Tätigkeit mit einbezogen ist.

Über die Bestimmung des Begriffs des materiellen Unterbaues in der Entwicklung der Menschheitsgeschichte hat sich Tugan-Baranowsky in seiner Schrift „Theoretische Grundlagen des Marxismus" (Leipzig, Duncker & Humblot) eingehend geäußert.

2. Sollen nun aber die erwähnten „materiellen" oder „sachlichen Faktoren" der Produktionsverhältnisse die Grundlagen und Ursachen bilden für die geistige Entwicklung der Menschheit, für die ihrer Ideenwelt,

für die des „ideologischen Oberbaues", so muß vorausgesetzt werden, daß dieser

geistige Oberbau nicht eine selbständige Welt für sich

bildet und seinerseits eine ausschlaggebende Herrschaft über die materiellen Produktivkräfte gewinnt; denn dann würden ja die Ideen der Menschen die Entwicklung und Gestaltung ihrer gesamten Lebensverhältnisse, auch ihrer materiellen, bestimmen, die Geschichtsauffassung könnte keine „materialistische" mehr sein.

a) Es dürfen sich also keine geistigen Bestrebungen in den Menschen herausbilden können, die im Gegensatz zu den materiellen Verhältnissen stehen, sich nicht als Folge daraus ergeben, sie vielleicht gar so beeinflussen, daß die wirtschaftliche Entwicklung einen andern Weg nimmt, als nach den in ihr wirkenden sachlichen Faktoren vermutet werden müßte. Dann wäre eben falsch, was Engels behauptet: daß nämlich „die letzten Ursachen aller geschichtlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen nicht in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in den Veränderungen der Produktions- und Austauschweise zu suchen sind" (Engels, Eugen Dührings Umwälzung usw. 286). Mit andern Worten, gemäß der Lehre von der materialistischen Geschichtsauffassung darf die Menschheit nur solche geistigen Bestrebungen aufweisen, die letzten Endes aus den wirtschaftlichen Verhältnissen folgen; das menschliche Denken und Streben muß sich also dem gleichen Gegenstand zuwenden wie die Produktion: der Beschaffung wirtschaftlicher Güter. Es sind also materielle Interessen der Nährboden auch des gesamten geistigen Lebens und Strebens im einzelnen Menschen wie in der Menschheitsgeschichte.

In der Tat behauptet der Marxismus diesen ursächlichen Zusammenhang. Der einzelne Mensch wie die gesamte Menschheit werden

in ihren Beweggründen bestimmt nur durch die Sorge für die leiblichen Bedürfnisse,

für den Lebensunterhalt und die leiblichen Genüsse. Letztere sind die Gegenstände der innersten Beweggründe im menschlichen Wollen.

„Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: . . . . daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können, daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungs-

stufe des Volkes oder des Zeitabschnittes die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der Menschen entwickelt haben und aus der sie daher erklärt werden müssen — nicht wie bisher geschehen, umgekehrt." (Engels in seiner Rede am Grabe Marx'.)

b) Gewiß kann es, so sagt der Marxismus weiter, auf den ersten Augenblick einer nur oberflächlichen Betrachtung den Anschein haben, als ständen gewisse Bestrebungen der Menschen, z. B. die religiösen, wissenschaftlichen usw., in keinem ursächlichen Zusammenhang mit denen, die dem unmittelbaren Lebensunterhalt dienen. Aber „es fragt sich, welche treibenden Kräfte wieder hinter diesen Beweggründen stehen, welche geschichtlichen Ursachen es sind, die sich in den Köpfen der Handelnden zu solchen Beweggründen umformen" (Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie 52).

c) Die treibenden Ursachen sind stets die materiellen Interessen, die auf den Lebensunterhalt hinzielen, oder, um es mit glatten Worten zu sagen, auf die Lösung der Magenfrage. Diese Ursachen können wohl durch bestimmte äußere Erscheinungen verdeckt werden, so daß der oberflächliche Beurteiler sie nicht auffindet, aber damit hören sie nicht auf, die

letzten Triebfedern alles geschichtlichen Wirkens

zu sein. So mögen z. B. die Kämpfe zur Zeit der Französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts als politische Kämpfe erscheinen, in denen das Bürgertum mit dem Adel um politische Gleichberechtigung ringt. Im Grunde genommen handelt es sich um die Veränderung ökonomischer Verhältnisse, genauer gesprochen der Produktionsweise. Gegenüber der alten Ordnung, wie sie sich im mittelalterlichen Handwerk mit den Zunftprivilegien und in den Vorrechten des Grundadels verkörperte, war in der Manufaktur, die die Arbeitsteilung und die Zusammenziehung von Arbeitskräften in gemeinsame Arbeitsräume und ganz neue Absatzformen brachte, eine neue Ordnung heraufgeführt worden, die sich mit der alten mit ihrer Beschränkung durch Zunftordnungen, Einfuhr- und Ausfuhrvorschriften nicht vereinbaren ließ. Daher die Erhebung des auf der neuen Ordnung sich aufbauenden Bürgertums gegen die Vertreter der alten Ordnung. Dann kamen einige Jahrzehnte später in den Tagen der Julirevolution von 1830 die Kämpfe nunmehr des Proletariats gegen das reichgewordene Bürgertum — es war unterdes die Entwicklung zur großen Industrie mit der Herausbildung von Arbeitermassen auf der einen und mächtigen Kapitalisten auf der ander Seite gekommen. So die Erklärungen geschichtlicher Ereignisse nach Marx.

Während in frühern Perioden, sagt Engels, „die Erforschung dieser treibenden Ursachen der Geschichte fast unmöglich war — wegen der verwickelten und verdeckten Zusammenhänge mit ihren Wirkungen —, hat unsere gegenwärtige Periode diese Zusammenhänge so weit vereinfacht, daß das Rätsel gelöst werden konnte. Es ist eben überall der Kampf um die materiellen Interessen, um »den Lebensunterhalt«, der die Menschen bewegt, sie zu Kämpfen untereinander führt, zu Kämpfen zwischen denen, die an der Erhaltung der frühern Wirtschaftsordnung interessiert sind, und denen, die einer neuen zustreben. Alle Geschichte ist die Geschichte von Kämpfen der einen Klasse gegen die andere, von Klassenkämpfen."

Mit der Erwähnung des Klassenkampfes greifen wir in die Darlegung des zweiten Hauptgedankens der marxistischen Theorie hinüber, der Lehre von der fortwährenden Entwicklung.

3. Wie die Natur, so ist auch die

Menschheit einer fortwährenden Entwicklung unterworfen.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind in einem stetigen Flusse begriffen, der immerfort neue Formen heraufführt. Mit den wirtschaftlichen Verhältnissen ändern sich die der geistigen Ordnung, die ja durch die erstern bedingt sind.

Wie nun aber diese Entwicklung vor sich geht? Hier greift Marx auf den Entwicklungsgedanken von Hegel zurück. Jedes Leben trägt den Keim zu neuem Leben in sich, das Alte muß dem Neuen weichen. Die Entwicklung zu neuen Formen vollzieht sich durch Herausbildung eines Gegensatzes, der die Vernichtung des alten mit sich bringt.

Diese Lehre von der Entwicklung durch Herausbildung von Gegensätzen überträgt Marx auf die Fortbildung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der auf ihnen ruhenden „ideologischen" Zustände.

Nach Marx vollzieht sich die beiderseitige Weiterentwicklung einmal durch

Wirkung des Gegensatzes zwischen Produktions- und Eigentumsform,

sodann durch Wirkung eines Gegensatzes unter den Menschen selbst, ihrer Anschauungen über die zu erstrebende Ordnung der wirtschaftlichen und der von ihr abhängigen geistigen, d. h. politischen, rechtlichen, sittlichen, religiösen usw. Verhältnisse.

Behandeln wir zunächst den erstgenannten Gegensatz.

Innerhalb der wirtschaftlichen Verhältnisse lassen sich unterscheiden auf der einen Seite die Beschaffung von Gütern — die Produktion, auf der andern Seite das Aneignen der Güter für den Gebrauch —

das Entstehen von Eigentum; man redet von einer Produktionsform und einer Eigentumsform. Je vollkommener nun im Laufe der Geschichte die Produktionsform in technischer Hinsicht (technische Vervollkommnung der Produktionsmittel, der Werkzeuge, Maschinen) wurde, um so mehr bildete sich auf seiten des Eigentums das Privateigentum heraus. Das Erstarken des Privateigentums aber nahm einen sich stets verschärfenden Gegensatz zu der sich fortbildenden Form der Produktionstechnik an: in dem Augenblick, wo die Maschine einen ungeahnten Sprung in der Vervollkommnung der Produktionstechnik herbeiführte, erhielt dieser Gegensatz seine höchste Verschärfung.

Folgende Darstellung, in der wir uns im allgemeinen den Ausführungen von Kautsky in seinen Erläuterungen zum Erfurter Programm anschließen, mag diese Einwirkung der Produktionstechnik auf das Entstehen von Privateigentum und die dadurch wiederum bewirkte Gegensätzlichkeit zwischen Produktionsform und Eigentumsform näher erläutern.

a) Im kommunistischen Eigentum gehörte alles allen. Allmählich bildete sich nun aber das Privateigentum heraus. Zuerst in der agrarischen Hauswirtschaft, wo der Besitz von bearbeitetem Grund und Boden in bestimmte Hände kam und sofort Unterschiede hervorbrachte, insofern der eine mehr Grund und Boden besaß als der andere. Doch die Unterschiede waren noch unwesentlich, denn in der agrarischen Hauswirtschaft wurde ja alles zum Leben Notwendige: Nahrung, Kleidung usw., von den Angehörigen selbst hergestellt. Man kaufte und verkaufte nicht; daher hatte es auch keinen Zweck, Eigentum aufzuhäufen.

Nun aber brachte die Arbeitsteilung, in der eine Klasse der Bevölkerung sich auf die Herstellung bestimmter Waren verlegte, die Trennung landwirtschaftlicher Arbeiten von den gewerblichen und in diesen die Herausbildung selbständiger Handwerker. Mit dieser Vervollkommnung der Technik kommt das Privateigentum an Werkzeugen und Rohstoffen; der selbständige Handwerker bedarf dessen. Weiter: Der Handwerker stellt bestimmte Produkte in größern Massen her, als er Bedarf daran hat, und tauscht seinen Überfluß an andere ein. Je mehr er arbeitet, um so mehr kann er abgeben und andere Güter dafür eintauschen. Jetzt wird das Produkt schon ein Mittel, das Privateigentum zu vermehren; aber besondere Unterschiede an Besitz werden dadurch noch nicht geschaffen. Denn einmal wird nur eine geringe Anzahl von Gütern durch Handwerkerproduktion hergestellt, das meiste zum Leben Notwendige wird in dieser Periode noch durch eigne Produktion im Haushalt geschaffen. Jeder Handwerker hat in der mittelalterlichen Stadt seinen Garten, in dem er Früchte gewinnt, hat sein Vieh, bezieht aus dem gemeinsamen Walde der Gemeinde das Nutzholz. Auch kam es in der damaligen Handwerker-

produktion, wo das Werkzeug ein Hilfsmittel der menschlichen Arbeitskraft war, diese noch nicht ersetzte, vorwiegend auf den Fleiß, die Geschicklichkeit der Produzenten an. Diese aber vermögen so gewaltige Unterschiede unter den Menschen noch nicht herbeizuführen. Endlich fand die Möglichkeit des Verkaufens und damit des Erwerbs schon dadurch eine Grenze, daß es keinen Zweck hatte, mehr Waren herzustellen, als von den Kunden bestellt wurden. Man arbeitete eben auf Bestellung, und ohne solche arbeitete man im allgemeinen nicht. Da schränkte sich also die Produktion von selbst ein entsprechend dem Bedürfnis der Kunden des betreffenden Stadtgebiets: über das Stadtgebiet und das umliegende Land hinaus fand ja im allgemeinen ein Verkauf der gewerblichen Produkte in damaliger Zeit nicht statt.

b) Doch es kommt in der folgenden Zeit die *kapitalistische* Produktionsweise. Eine neue Arbeitsteilung vollzieht sich dadurch, daß der Handel, und zwar als selbständiger, vom Handwerk losgelöster Beruf, den Absatz der Waren übernimmt. Nun aber wird das *Handeln* mit Produkten, nicht mehr das Arbeiten, die Hauptsache. Je teurer der Händler verkauft, und je mehr er verkauft, um so größer wird der Verdienst. Jetzt kommt es nicht allein auf den Fleiß der Arbeiter, sondern auf die günstige Verkaufsgelegenheit einerseits und auf die große Masse von Waren, die verkauft wird, anderseits an. Beides sich zu verschaffen, ist Ziel des Kaufmannes, und letzterer verschafft es sich möglichst dadurch, daß er andere für sich arbeiten läßt und den erzielten Gewinn wiederum zur Gewinnung von Arbeitskräften verwendet. Auch findet nun die Produktion keine Grenzen mehr, weil man auf Absatz produziert, d. h. man schafft Waren in Menge und sucht dann irgendwo in der Welt sie loszuschlagen; man sucht die Käufer auf und bewegt sie zum Kauf, wartet nicht deren Bestellung ab wie früher.

Die hierdurch veränderte Produktionsweise erfährt aber völlige Umwälzung durch eine Arbeitsteilung, die die *Technik* der Produktion selbst betrifft. Zunächst *vereinigt* sie in der Manufaktur mehrere Arbeiter, *verteilt* auf sie verschiedene Verrichtungen desselben Produktionsprozesses, wird zur technischen Arbeitsteilung; dann aber kommt sie mit Einführung der *Maschinen* zur vollen Wirkung, wird Prinzip des technischen Fortschrittes.

Das *Zusammenarbeiten* (Kooperation) und das *Ineinandergreifen* der verschiedenen Arbeitsverrichtungen und Arbeitsgruppen, beides Wirkungen und Förderungen der technischen Arbeitsteilung, hat in technischer Hinsicht eine *Vergesellschaftlichung der Produktion* zur Folge. An die Stelle des einzelnen Arbeiters, wie es der Bauer und Handwerker im Mittelalter war, tritt das organisierte Arbeitsheer der modernen Industrie. Die Vergesellschaftlichung zieht

immer weitere Kreise auch dadurch, daß die Konkurrenz der Kapitalien untereinander die weniger großen aus der Produktion verdrängt, deren Betriebe sich angliedert, und dadurch, daß sie die großen Kapitalisten unter sich einigt (Trust, Kartell).

Nunmehr aber bilden sich Unterschiede bezüglich des Eigentums in schärfster Form. Der Besitzende kann, weil er Arbeitskräfte anzuwerben vermag, immer mehr Waren herstellen und durch ihren Verkauf neues Eigentum erwerben. Er kann diesen Erwerb unbegrenzt ausdehnen und Eigentum in seiner Hand anhäufen. Wer nichts als seine Arbeitskraft besitzt, kann das dagegen nicht. So fließt der Gewinn der wirtschaftlichen Tätigkeit in die Hände der Besitzenden.

Führt schon dies zur Konzentration des Eigentums, so tut das noch mehr die genannte Übermacht des größern Kapitalisten über den kleinern. In der kapitalistischen Produktion geht in der Konkurrenz der größere Kapitalist als Sieger hervor, weil er die Vorteile der Produktionstechnik mehr sich aneignen kann und weil die Erwerbung größerer Gewinne ihm überdies noch einen Vorsprung gibt. So verdrängen denn schließlich die größern Kapitalisten die kleinern: was vordem in der Produktion diesen zufiel, geht in die Hände der erstern über. Es findet also eine Anhäufung des Eigentums an den Produktionsmitteln und ihrer Gewinne in den Händen einzelner weniger statt: eine Akkumulation des Eigentums.

Die Akkumulation (Zusammenstellung) des Eigentums hat wiederum zur Folge die Konzentration der Betriebe zu einheitlichen Betrieben, also die Vergesellschaftlichung. So wirkt das eine auf das andere, aber die Folge ist, daß ihre Wege entgegengesetzt sind — die Produktion dehnt sich immer mehr über die ganze menschliche Gesellschaft aus, während das Eigentum immer mehr in die Hände einzelner sich zurückzieht. Dieser Gegensatz zwischen Produktions- und Eigentumsform ist auf die Dauer unhaltbar, er muß seinen Ausgleich finden und findet ihn durch Überführung des Privateigentums der wenigen in die Hände aller, der menschlichen Gesellschaft. Das kommunistische Eigentum war der Ausgangspunkt der Entwicklung, es ist auch das Ziel der Entwicklung, sobald diese ihre Reife erhalten hat.

Das Heraufkommen neuer Zustände vollzieht sich mit Naturnotwendigkeit: wie im Werden der Natur der Keim zum neuen Leben die Hülle des alten sprengt, so auch hier.

4. Doch diese in der Produktionstechnik beruhende Entwicklung wird von einer zweiten begleitet und von ihr gefördert: das ist die Bildung von Gegensätzen unter den Menschen selber, die von dieser Entwicklung betroffen werden, sie mitempfinden — der

objektive Gegensatz in den wirtschaftlichen Verhältnissen wird von einem subjektiven unter den Menschen begleitet, vom Klassenkampf. Die Lehre von den Produktivkräften erfüllt nur die objektive, unbewußte Seite in dem Entwicklungsprozeß der Menschheit, „sie muß ergänzt werden durch die Lehre, die die Widerspiegelung dieses objektiven Prozesses im menschlichen Bewußtsein erhält" (Tugan-Baranowsky).

a) Heben wir nun eigens heraus, wie gleichzeitig

mit der Herausbildung des Privateigentums die Klassengegensätze

entstehen. Da ist als Unterlage des Klassenkampfes zunächst die Tatsache, daß die Bestrebungen der Menschen von ausschließlich materiellen Interessen getragen werden. Der Menschen Denken und Streben dreht sich ja um die Erringung materieller Güter. Die Höhe dieser Güter hängt ab von den aus den wirtschaftlichen Verhältnissen gezogenen Vorteilen. Wird nun ein Teil der Menschen durch die wirtschaftliche Entwicklung in der Erstrebung seiner materiellen Interessen behindert, behindert durch einen andern Teil der Menschen, der den größern Nutzen vorwegnimmt, so entsteht zunächst ein Unterschied in der materiellen Lage der Menschen. Diese Unterschiede werden empfunden, sie erzeugen Erbitterung, Unzufriedenheit, führen zum Klassenhaß, zum Klassenkampf.

Wenn wir die Geschichte durchblättern, haben wir überall Kämpfe der Menschen um „die Futterplätze", Kämpfe um materielle Güter. Deshalb führten die Perser Kriege mit den Medern, kämpften im römischen Staat die Plebejer mit den Patriziern, fielen die Germanen in die Gefilde Italiens ein. Deshalb erhoben sich endlich die Bauern des Mittelalters gegen die Ritter usw. Unter dem Privateigentum kommt es stets zu Klassenkämpfen.

Sie beginnen, sobald die Vermehrung des Eigentums Gegensätze schafft, sobald also ein ausschließliches Verfügungsrecht über Eigentum den einzelnen zufällt, und damit ein Vorteil vor den übrigen Mitmenschen. Die Vermehrung des Privateigentums konnte schon in der agrarischen Hauswirtschaft dadurch möglich werden, daß man andere für sich arbeiten ließ; die Kriegsgefangenen wurden zur Arbeit herangezogen. In der Form der Sklaverei und in der mittelalterlichen Hörigkeit haben wir eine organisierte Abwälzung der Arbeitslast auf andere unter Einbeziehung fremder Arbeitskraft zur Vermehrung eignen Besitzes.

b) Die kapitalistische Produktion vollends brachte die

rechten Vorbedingungen für die Entfaltung des Klassengegensatzes

nach beiden Seiten hin: den Besitzenden gab sie besondere Möglichkeiten

der Ausbeutung der für sie Arbeitenden, den letztern brachte sie in viel schärferer Form, als es früher geschehen konnte, das Gefühl der Ausbeutung zum Bewußtsein. Das ist ja das Wesentliche der kapitalistischen Produktion, daß sie den Besitzenden die Aneignung der Güter bringt durch die wirtschaftliche Entwicklung selbst. Die Entwicklung ist nicht mehr Ausfluß der Herrschsucht oder Willkür, sondern Wirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Und die Arbeiter? „Das ist ein ganz anderer Gegensatz als der zwischen dem Reichen und dem »kleinen Mann«, dem Armen der vorkapitalistischen Zeit. Dieser beneidet den Reichen, zu dem er bewundernd aufblickt, der sein Vorbild, sein Ideal ist. Er möchte an seiner Stelle sein, ein Ausbeuter gleich ihm. Es fällt ihm nicht ein, die Ausbeutung beseitigen zu wollen. Der arbeitende Proletarier beneidet den Reichen nicht, er wünscht sich nicht an seine Stelle; er haßt ihn und verachtet ihn; er haßt ihn als seinen Ausbeuter und verachtet ihn als eine Drohne. Er haßt zunächst bloß denjenigen Kapitalisten, mit dem er es gerade zu tun hat, aber er erkennt bald, daß sie alle im ganzen und großen in derselben Weise gegen ihn verfahren, und sein anfänglicher persönlicher Haß entwickelt sich zur bewußten Gegnerschaft gegen die ganze Kapitalistenklasse." (Kautsky, Erläuterungen zum Erfurter Programm.) Mit diesem Haß verbindet sich das Bewußtsein der eignen Kraft dadurch, daß die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Interessen erkennen, und in ihnen das Gefühl der Solidarität erwacht. „Die Arbeitsbedingungen der kapitalistischen Produktion weisen die Proletarier von selbst auf die Notwendigkeit des festen Zusammenhaltens, der Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit hin. Während im Handwerk in seiner klassischen Form jeder einzelne für sich ein Ganzes schafft, beruht die kapitalistische Industrie auf dem Zusammenarbeiten, der Kooperation. Der einzelne Arbeiter vermag da nichts ohne seine Genossen. Greifen sie vereint und planmäßig die Arbeit an, dann verdoppelt und verdreifacht sich die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen von ihnen. So bringt ihnen die Arbeit die Macht der Vereinigung zum Bewußtsein. Vielleicht noch mächtiger als die Kooperation wirkt die Gleichheit der Arbeitsbedingungen darauf hin, das Gefühl der Solidarität im Proletariat zu erwecken. In einer Fabrik gibt es unter den Arbeitern meist so gut wie keine Rangstufen, keine Hierarchie. Die höhern Posten sind den Proletariern in der Regel unzugänglich, immer aber so wenig zahlreich, daß sie für die Masse der Arbeiter nicht in Betracht kommen. Nur einige wenige können durch diese Günstlingsposten korrumpiert werden. Für die große Mehrheit herrschen die gleichen Arbeitsbedingungen, und der einzelne hat keine Möglichkeit, sie für sich allein zu verbessern; er kann seine Lage nur heben, wenn die der Gesamtheit, die aller seiner Mitarbeiter sich hebt. Wohl versuchen die

Fabrikanten, Zwietracht unter den Arbeitern zu säen durch künstliche Herbeiführung von Ungleichheiten in den Arbeitsbedingungen. Aber die ausgleichende Wirkung der modernen Großindustrie ist zu stark, als daß dergleichen Behelfe — Stückarbeit, Prämien u. dgl. — auf die Dauer das Bewußtsein der Interessensolidarität unter den Arbeitern ertöten könnten. Je länger die kapitalistische Produktion dauert, desto kräftiger entwickelt sich die proletarische Solidarität, desto tiefer wurzelt sie sich im Proletariat ein, desto mehr wird sie sein hervorstechendstes Merkmal." (Ebd.)

Die Solidarität des Arbeiters beschränkt sich nicht auf die Arbeiter desselben Unternehmers. Die Arbeiter erkennen, daß sie überall die gleichen Interessen haben, und zwar nicht nur gegenüber den Unternehmern desselben Landes, sondern gegenüber den Unternehmern aller Länder; ihre Solidarität wird *international*.

Auch die Grenzen des *Berufs* werden überwunden. Die Handwerksgesellen des einen Berufs hatten keine Beziehungen zu denen des andern, ja oft kämpften sie gegen die Gesellen des andern Berufs in gleicher Weise wie gegen dessen Meister. In der kapitalistischen Produktion arbeiten zumeist Arbeiter verschiedener Berufe neben- und miteinander, hängen in ihren Interessen voneinander ab. Auch hebt die kapitalistische Produktion den Begriff der Berufsarbeit auf, da die Maschine mit ihrer Arbeitsteilung nur bestimmte, sich stets gleichbleibende Verrichtungen den einzelnen Arbeitsgruppen zuweist und die Notwendigkeit längerer Lehrzeit beseitigt; in ein paar Wochen oder gar in ein paar Tagen sind die erforderlichen Handgriffe für die Bedienung der Maschine erlernt. So verbrüdert eine Interessensolidarität aller alle Schichten der Arbeiterklasse. Davon wird auch die ländliche Arbeiterschaft nicht ausgeschlossen. Sie wird „sich allmählich ihrer Interessengemeinschaft mit den übrigen Lohnarbeitern bewußt, sobald die kapitalistische Produktion den alten patriarchalischen Betrieb der Landwirtschaft auflöst und diese zu einer Industrie macht, welche mit Lohnproletariern produziert, nicht mehr mit Gesinde, das zur Familie des Landwirts gehört. Ja, schließlich beginnt das Gefühl der Solidarität die schlechter gestellten unter den selbständigen Handwerkern zu ergreifen, unter Umständen sogar Bauern anzustecken: so werden immer mehr die arbeitenden Klassen zu einer einzigen einheitlichen Arbeiterklasse zusammengeschweißt, die beseelt wird vom Geist des Proletariats der Großindustrie, das an Zahl und ökonomischer Bedeutung stetig zunimmt. Immer mehr verbreitet sich in ihm der dem großindustriellen Proletariat eigentümliche Geist des kameradschaftlichen Zusammenhalts, der genossenschaftlichen Disziplin, der Gegnerschaft gegen das Kapital." (Ebd.)

So entsteht allmählich aus dem ausgebeuteten Proletariat eine Macht, die zur Erhebung gegen die sie bedrückenden Mächte bereit und fähig ist. Die Stufe des Klassenkampfes folgt der des Klassengegensatzes. Freilich ist die Erhebung nicht immer gleichmäßig. Nicht in allen Schichten kommen die Klassengegensätze den Arbeitern in gleicher Weise zum Bewußtsein, erwacht in ihnen in gleicher Weise der Wille zur Macht. Das hängt von der Entwicklung des Maschinenwesens, der Größe der Konkurrenz der Unternehmer untereinander ab, von der Lage des Marktes in der betreffenden Industrie usw. Es wird immer Aufgabe der reifern Arbeiterschicht sein, in den übrigen die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen gegenüber dem Kapital zu wecken, Klassenbewußtsein anzubahnen.

Jede Erhebung, mit andern Worten jeder Klassenkampf ist nun aber ein politischer Kampf, und zwar einfach aus dem Grunde, weil das Machtmittel der Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeitermassen die Staatsgewalt ist, die sie sich völlig dienstbar gemacht haben. Will die Arbeiterklasse die wirtschaftliche Ordnung durchbrechen, so kann das nur durch die Beseitigung ihrer Träger, das ist eben der in den Händen des Kapitals befindlichen Staatsgewalt, geschehen. Gewiß bilden wirtschaftliche Kämpfe, wie Streiks, die ersten Schritte zur Erhebung. „Das Proletariat kann jedoch bei diesen Kampfmitteln nicht stehen bleiben. Je mehr die einzelnen Schichten, aus denen es besteht, zu einer einheitlichen Arbeiterklasse sich zusammenschließen, desto mehr müssen seine Kämpfe einen politischen Charakter annehmen, denn, wie bereits das Kommunistische Manifest besagt, jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf." (Ebd.) Schon die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Kampfes fordern den Kampf um politische Rechte, es braucht nur an das Koalitionsrecht, an die Presse- und die Versammlungsfreiheit erinnert zu werden. Umgekehrt ist der politische Kampf in vielen Fällen ein wirtschaftlicher Kampf, wie der Streit um den Zollschutz, um direkte oder indirekte Steuern. Deshalb wird die Arbeiterklasse bald wirtschaftliche Kämpfe, bald politische Kämpfe führen, je nach den Mitteln, durch sie die Staatsgewalt aus den Händen des Kapitals in die eignen Hände zu überführen suchen muß.

Wenn oben gesagt wurde, die Geschichte sei nichts weiter als eine Geschichte der Klassenkämpfe, so bedarf dies noch einer nähern Deutung **gemäß der marxistischen Auffassung**. Die Klassen sind nicht zu verwechseln mit bestimmten Gesellschaftsgruppen. So gehören unstreitig die Kleinbauern und Handwerker zur Masse der Ausgebeuteten, sie fühlen sich trotzdem dem Kapitalisten zeitweilig näher verbunden als dem Arbeiter. Nicht allein schon die Tatsache der Ausbeutung schafft die Klasse, sondern vielmehr erst das bewußt empfundene Gefühl, ausgebeutet zu werden. Erst in diesem Augenblick erwacht der Klassenhaß des einen Teiles gegen den andern. Erst dann konstituiert sich die

Klasse. So wird es auch z. B. den Kleinbauern ergehen, ebenfalls den Beamten und Angestellten. Ein immer größerer Teil aus diesen Gesellschaftsschichten wird **nach sozialistischer Auffassung** die Torheit einer Hinneigung zum Kapital erkennen und sich der Interessensolidarität mit den ausgebeuteten Arbeitern bewußt werden, der Gleichheit ihre Lage mit der der Arbeiter. Bevor in dieser Weise sich eine Klasse konstituiert hat, ist sie eines politischen Kampfes unfähig.

So ist in der Klassenbewegung der Geschichte die allmähliche Herausbildung der Klasse zu unterscheiden von einer wirklichen Erhebung durch Anwendung der politischen Machtmittel. Man kann zwei Perioden unterscheiden, eine längere, die der Konstituierung der Klasse dient, eine kürzere, die den eigentlichen Klassenkampf darstellt. Will man daher die Geschichte als eine Geschichte der Klassenkämpfe bezeichnen, so kann das nur so verstanden werden, daß die längere Periode des allmählichen Erwachens zum Klassengegensatz mit einbezogen wird; die Klassenkämpfe im eigentlichen Sinne, worunter die revolutionären verstanden werden, sind seltener. (Vgl. hierüber Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlagen des Marxismus 30—31.)

II. Die Lehre vom Mehrwert

Soweit wir bis jetzt die kapitalistische Geschichtsauffassung darlegten, haben wir nur einen Blick in den Gang der Entwicklung getan, daß nämlich im Prozeß der Menschheitsgeschichte die Produktionsverhältnisse die Unterlage der Entwicklung bilden und diese naturnotwendig nach einem ihr innewohnenden Gesetze zu einer neuen Form führen, daß ferner dieses Gesetz die Herausbildung von Gegensätzen ist.

Greifen wir nun auf den Vergleich des chemischen Prozesses zurück, den wir wiederholt anwandten. In einem chemischen Prozeß unterscheidet man in den sich entwickelnden Stoffen eine chemische Kraft, die die Entwicklung treibt, die die Stoffe voneinander sich trennen und neue Verbindungen eingehen läßt. Was ist nun in dem durch die Entwicklung des wirtschaftlichen Verhältnisses herbeigeführten Prozeß gewissermaßen die treibende Kraft? Das ist die Bildung eines „unverdienten Mehrwertes" in den Händen derjenigen, die die Produktionsmittel besitzen, der Kapitalisten.

1. Bei der Herstellung der Güter ist der Kapitalist, der die Produktionsmittel besitzt, und der Arbeiter, der die Arbeitskraft leiht, beteiligt. Bei der Auszahlung des Lohnes

zahlt nun der Kapitalist dem Arbeiter viel weniger, als diesem zukommt.

Er behält den größern Teil des Gewinnes für sich. Dieser vorbehaltene Teil ist der Mehrwert, mit andern Worten das Mehr, welches der Arbeiter über den wirklich erhaltenen Lohn hinaus noch bekommen müßte. Diesen Mehrwert gebraucht nun der Kapitalist, um das gleiche Verfahren zu wiederholen. Er übervorteilt diesen oder einen andern Arbeiter und

bekommt einen neuen unverdienten Mehrwert. Diesen neuen Mehrwert mitsamt dem schon vorhandenen gebraucht er, um abermals das Verfahren zu wiederholen. Sein Gewinn ist also noch größer als vorhin. So strömen denn in die Hand des Kapitalisten immer größer werdende Gewinne, „ein Mehrwert heckt den andern," wie Marx sagt.

Aber warum läßt sich behaupten, daß der Arbeitgeber für sich ein Mehr zurückbehält, also dem Arbeiter den ihm zukommenden Anteil nicht völlig ausbezahlt? Das aus folgendem Grunde. Der Arbeitgeber durfte für sich behalten die Ausgaben für den Rohstoff, für die Abnutzung der Arbeitsmittel (Werkzeuge, Maschinen usw.), für seine eigne Arbeit als die des Unternehmers. Alles übrige käme dem Arbeiter zu, denn die Ware hat nur soviel Wert, als Arbeit in ihr steckt, in ihr „vergegenständlicht" ist; einen andern Wert hat sie nicht. Wenn aber der Arbeitgeber mehr zurückbehält, als für Rohstoff, Arbeitsmittel, Unternehmerarbeit zu geben ist, nimmt er dem Arbeiter einen Teil des ihm Gebührenden weg.

Es fragt sich nun, wodurch der Arbeitgeber in den Stand gesetzt wird, dieses „Mehr" für sich zu behalten. Der Grund liegt darin, daß die Arbeitskraft des Arbeiters ebenfalls als Ware behandelt wird. Mit andern Worten: sie wird nicht bezahlt nach dem, was sie leistet, nach dem Quantum der Arbeit, die sie den herzustellenden Gütern zuführt, sondern der Arbeitgeber zahlt nur soviel, als nötig ist, die Arbeitskräfte zu erhalten, oder noch genauer gesagt: der Arbeitgeber zahlt in Form von Löhnen nur den Güterbedarf, den der Arbeiter verbraucht während der Zeit, wo er seine Arbeitskraft ausgibt. So wird also die menschliche Arbeitskraft gleichsam auch eine Ware, die man bezahlt nach ihren Herstellungskosten. Den Unterschied zwischen dem, was der Arbeiter bekommt, und dem, was er nach seiner Leistung bekommen müßte, setzt Marx auf den gleichen Betrag des gezahlten Lohnes an; der Arbeiter erhält also nur die Hälfte des ihm rechtmäßig Zustehenden. Ein Arbeiter hat demnach nach 6 Stunden Arbeit schon so viel Wert dem von ihm hergestellten Gute zugeführt, wie seinem Lohn für 12 Stunden, für einen ganzen Arbeitstag entspricht. Der Arbeitgeber aber läßt den Arbeiter für einen Lohn, der schon in 6 Stunden verdient ist, einen g a n z e n Arbeitstag arbeiten: der Lohn von 6 Stunden „reicht ja hin", den Arbeiter für den betreffenden Tag zu ernähren. Oder mit den Worten Marx' ausgedrückt: „Der Geldbesitzer hat den Tageswert der Arbeitskraft bezahlt; ihm gehört daher ihr Gebrauch während des Tages, die tagelange Arbeit. Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Tag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigner Tageswert, ist ein besonderes

Glück für den Käufer (Kapitalist), aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer (Arbeiter). Unser Kapitalist hat den Kasus, der ihn lachen macht, vorgesehen. Der Arbeiter findet daher in der Werkstätte die nötigen Produktionsmittel nicht nur für einen sechsstündigen, sondern für zwölfstündigen Arbeitsprozeß." (Vgl. Kapital I⁴ 156—157.)

Diesen Darlegungen über den Mehrwert legt Marx, um dies nochmals hervorzuheben, die Annahme zugrunde, daß in dem vom Arbeitgeber losgeschlagenen Gute

kein anderer Wert steckt als die auf die Herstellung verwandte Arbeit.

Wäre ein anderer Wert vorhanden, der von dem Arbeiter nicht abhängt, so fiele der Vorwurf hinweg, daß der Arbeitgeber „mehr" zurückbehält, „Eigentum stiehlt". Wenn Marx diese Theorie von dem Werte der Güter (Arbeitswerttheorie) aufstellte, so griff er damit auf eine alte Lehre zurück. Bereits vor Marx hatte man in der Volkswirtschaftslehre den Wert der Güter dadurch zu bestimmen gesucht, daß man ihn nach der auf ihre Herstellung verwandten Arbeit berechnete. So schon der Begründer der liberalen Volkswirtschaftslehre, Adam Smith. Karl Marx baute die vorgefundenen Gedanken zu einer neuen Theorie aus, die für die Bestimmung des Wertes der Güter gar nichts anderes als die darauf verwandte Herstellungsarbeit gelten läßt; in dieser ausschließlichen Form war die Herstellungsarbeit selten als Maßstab benutzt worden. Freilich mußte Marx, wenn er wollte, daß sich nur nach der auf die Herstellung verwandten Arbeit der Wert eines Gutes bemesse, auch einen Begriff der Arbeit feststellen, den man überall zugrunde legen kann. Im Geldwesen führt man z. B. in der deutschen Währung alles auf den Betrag von einer Mark zurück, in der lateinischen Währung auf den eines Franken. So ähnlich mußte auch die Berechnung der Güter nach der Herstellungsarbeit möglich werden. Auf die Feststellung einer solchen **Arbeitseinheit** hat Marx sehr viel Mühe verwandt: die ersten Kapitel in seinem Buche „Kapital" bringen darüber lange, scharfsinnige Erörterungen. Marx legt nämlich für die Bestimmung des Wertes eines Gutes dasjenige Arbeitsquantum zugrunde, das aufgewandt werden muß, um die Ware herzustellen. Das Arbeitsquantum wird dann gemessen nach der Zeitdauer der Arbeit, also nach Stunden, Tagen usw. Nun aber ist die Arbeitszeit, die auf die Herstellung einer Ware verwandt wird, verschieden; bei dem, der fauler oder langsamer oder ungeschickt ist, höher als bei einem fleißigen und geschickten Arbeiter. Es könnte also den Anschein haben, als ob eine Ware, „je fauler und ungeschickter ein Mann, desto wertvoller seine Ware, weil er desto mehr Zeit zu ihrer Verfertigung gebraucht".

Dieser Schwierigkeit geht Marx durch Aufstellung einer *gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit* aus dem Wege. Er legt diejenige Arbeitszeit zugrunde, die durchschnittlich in der betreffenden Gesellschaft zur Herstellung der Waren aufgewandt wird. „Es ist, als ob die verschiedenen Individuen ihre Arbeitszeit zusammengeworfen" hätten. Aus dieser Gesamtsumme wird das durchschnittliche Arbeitsquantum bzw. die durchschnittliche Arbeitszeit berechnet, die auf die Herstellung der Ware entfällt.

Jedoch bleibt noch eine andere Schwierigkeit. Schneiderei und Weberei sind zwar verschiedene Arbeitsarten, aber schließlich doch nichts anderes als „nur zwei verschiedene Formen, menschliche Arbeitskraft zu verausgaben". Sie sind beide „Verausgabungen von menschlichem Hirn, Muskel, Nerv, Hand usw. und in diesem Sinne beide menschliche Arbeit". Aber sofort stellt sich die Sache anders, wenn ich z. B. die Arbeit eines Gelehrten, eines hochbegabten Ingenieurs usw. in Vergleich setzen will mit der eines Schneiders, Webers oder dgl. Marx unterscheidet „komplizierte Arbeit" von der einfachen menschlichen Arbeit. Die erstere gilt nur als „multiplizierte einfache Arbeit", „so daß ein kleineres Quantum komplizierter Arbeit gleich einem größern Quantum einfacher Arbeit" ist. Schon die Erfahrung lehrt, wie durch das Herkommen die verschiedenen Arbeitsarten auf ein bestimmtes Maß einfacher Arbeit zurückgeführt werden, die höhern Arbeiten sind doppelt, dreifach usw. zu rechnen als die einfache menschliche körperliche Arbeitskraft. Wie in der bürgerlichen Gesellschaft ein General oder ein Bankier eine große, der Mensch schlechthin dagegen eine sehr schäbige Rolle spielt, so steht es auch hier mit der menschlichen Arbeit" (Kapital I 10—11).

2. Greifen wir nach dieser Erklärung und Begründung des Mehrwertes auf

seine Wirkungen

zurück, um sie des weitern darzulegen.

„Mehrwert heckt Mehrwert." Bei der heutigen Konkurrenz der Kapitalisten untereinander sind zwei Folgerungen damit verknüpft.

Die eine betrifft die *Arbeiter*. Der Kapitalist sucht naturgemäß den Mehrwert, d. i. also die Arbeit, für die er nichts bezahlt, zu steigern. Er vermag das durch Verlängerung der Arbeitszeit oder Kürzung der Löhne des Arbeiters und ferner durch Steigerung der Produktivität der Arbeit. Letztere wird erreicht durch Vervollkommnung der Technik, Verbesserung der Maschinen usw. Zugleich bietet die Vervollkommnung der Technik höhere Möglichkeiten, den Arbeiter auszubeuten: ersetzt sie doch einen Teil der menschlichen Arbeitskräfte, so daß das Angebot von Arbeitskräften größer wird und schon die verschärfte Konkurrenz

der Arbeiter untereinander dem Kapitalisten eine größere Macht über den Arbeiter gibt — das Heer der Arbeitslosen, das infolge der technischen Fortschritte ständig wächst, bildet eine stets stärker werdende Quelle der Machtvermehrung der Kapitalisten einerseits und der Verelendung der Arbeiter anderseits. Dabei braucht kaum daran erinnert zu werden, daß mit Ausbreitung und Verbesserung der Maschinen Frauen- und Kinderarbeit immer größere Verwendung finden und lohndrückende Konkurrenz für die männlichen Arbeitskräfte abgeben.

Dieses Heer der Arbeitslosen ist von besonderer Bedeutung. Es schwillt, wie gesagt, mit Vermehrung der technischen Fortschritte immer mehr an. Es liegt ja im Interesse des Kapitalisten, bei gleichbleibendem Aufwand von Arbeit, immer mehr zu produzieren. Das erreicht er dadurch, daß er durch Verwendung technischer Vervollkommnungen — und jeder Tag bringt ja solche — Arbei er überflüssig macht. So kann ja heute ein Spinner hundertmal mehr leisten als am Anfang des 19. Jahrhunderts. Auf diese Weise bildet sich ein Heer von Arbeitslosen, das immer größer wird. Es steht neben dem Heere der beschäftigten Arbeiter, dem aktiven Arbeiterheer, stetig bereit, einzuspringen, wo sich eine Lücke zeigt. Geht die Konjunktur gut, zieht der Kapitalist aus dem Heere der Arbeitslosen — der *industriellen Reservearmee* — Hilfstruppen heran, geht die Konjunktur schlecht, wirft er sie wieder „aufs Pflaster".

Und nun die andere Folge des Konkurrenzkampfes. Sie trifft die *Kapitalisten* selbst. Unter ihnen wird, wie gesagt, derjenige die andern verdrängen, der billiger verkauft. Außer durch Verkürzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit wird der Kapitalist, auch bei billigem Verkaufspreise, dadurch noch beträchtlichen Gewinn erzielen, daß er in möglichst großen Massen produziert. Dazu ist aber der am ehesten imstande, der die meisten und besten Produktionsmittel (Rohstoffe, Maschinen) besitzt oder sich beschaffen kann. Letzteres aber vermag derjenige, der reicher ist als seine Konkurrenten. So verdrängt der eine Kapitalist den andern. Einige wenige Kapitalisten behaupten schließlich die Produktion, und in ihren Händen ziehen sich die Produktionsmittel zusammen.

Somit haben wir auf der einen Seite eine abnehmende Zahl von Kapitalisten, die zugleich immer mehr die Gewinne der Produktion an sich ziehen, also immer reicher werden, auf der andern Seite eine immer ärmer werdende Masse der Besitzlosen, die zugleich an Zahl wächst, da die verdrängten Kapitalisten auch zu ihnen herabsinken.

„Akkumulation des Reichtums auf dem einen Pol, zugleich die Akkumulation von Elend, Arbeitsqual usw. auf dem Gegenpol" ist die Folge der fortschreitenden Zusammenballung der Produktionsmittel in immer weniger Händen. Daran kann kein Mensch etwas ändern, wie auch kein

Mensch schuld daran ist. Es hat auch keinen Sinn, die Kapitalisten zu bitten, sie möchten diesen Zuständen ein Ende machen. Das Ende kommt von selbst aus der Entwicklung.

3. Diese Verelendung der Massen einerseits und die Akkumulation der Kapitalien infolge der sich heckenden Mehrwerte anderseits sind die beiden Hauptsätze, die Marx aus der wirtschaftlichen Entwicklung zu beweisen sucht; das Hauptziel seiner Ausführungen im „Kapital" läuft auf eine solche Beweisführung hinaus.

Mit der Akkumulation der Kapitalien, die auf Grund der Mehrwerte gewonnen werden, verbindet sich die Konzentration der Betriebe, eine Folge der Verwendung der gewonnenen Kapitalien zu neuen Produktionen. Der Großkapitalist erwirbt die Betriebe der weniger starken Kapitalisten und gliedert sie den seinigen an. So läßt sich zu den zwei angegebenen Hauptsätzen noch ein dritter von der Konzentration der Betriebe hinzufügen.

Zu ihm kommt dann endlich noch ein vierter Grundsatz, der aber nur eine verstärkte Wirkung der erstgenannten abgibt; er betrifft das Entstehen von Krisen. Diese hängen zusammen mit dem Umstand, daß die heutige Produktion eine Produktion auf Absatz ist und nicht, wie im mittelalterlichen Handwerk, auf Bestellung. Heute läßt der Fabrikant darauflos fabrizieren und sucht dann die Waren an den Käufer zu bringen. Früher richtete sich die Produktion nach dem Bedarf der Einwohner des betreffenden Stadtbezirks, in dem der Handwerker wohnte. Jetzt aber ist der Absatzmarkt nicht auf den kleinen Kreis einer Stadt oder deren Umgebung beschränkt, sondern dehnt sich auf das Gebiet eines ganzen Volkes aus (Nationalmarkt), ja wird schon Weltmarkt. Man weiß aber nicht, wieviel Waren der Weltmarkt bedarf, ja man weiß nicht einmal, wieviel Waren noch vorrätig sind.

Tritt nun der Fall ein, daß der Vorrat an Waren auf dem Weltmarkt zu groß ist, mit andern Worten, daß die Menschen ihre Bedürfnisse befriedigt haben, nicht mehr kaufen mögen, dann hört die Produktion trotzdem nicht sofort auf; man sucht vielmehr die Waren billiger herzustellen, um die Kauflust zu reizen. Aber schließlich hilft auch das nicht. Es wird nicht mehr gekauft oder nur spärlich. Die Waren bleiben auf dem Lager liegen. Das bedeutet für die Arbeiter eine Verstärkung ihrer Verelendung. Stockt nämlich der Absatz, so wird die Produktion eingeschränkt, die Entlassung von Arbeitern ist die Folge.

Diese bilden die Zahl der Arbeitslosen. Schon die Einführung, ja die Verbesserung jeder Maschine hat eine Anzahl Arbeiter aus ihrer Arbeit verdrängt. Durch Krisen wird ihre Anzahl vergrößert. Aber auch für die Kapitalisten hat die Krise ihre Folgen. Die weniger Kapitalkräftigen können es auf die Dauer nicht aushalten, daß sie nichts ver-

kaufen, kein Geld einnehmen. Ihr Lager ist mit Waren gefüllt. Sie suchen zu Spottpreisen loszuschlagen. Daß sie dadurch großen Schaden erleiden und ihre geschäftliche Existenz gefährdet wird, liegt auf der Hand. Um ihr Geschäft weiterzuführen, suchen sie Geldanleihen zu machen. Aber bei den „schlechten Zeiten" haben die Geldleute kein Vertrauen zu ihnen, geben keinen Kredit (Kreditkrise). Das Ende ist der Bankrott der weniger kapitalkräftigen Betriebe. Diese Betriebe fallen denjenigen Kapitalisten zu, die sich über Wasser halten.

Also hier eine Verstärkung der Akkumulation der Kapitalien wie auch der Konzentration der Betriebe.

So haben wir

vier Grundsätze im marxistischen System

für den Gang der Entwicklung, den die Bildung von Mehrwerten treibt: die Theorie der Verelendung der Massen, der Akkumulation der Kapitalien, der Konzentration der Betriebe und des Entstehens von Krisen. Hat die so gekennzeichnete Entwicklung einen unhaltbaren Zustand erreicht, ist insbesondere die Verelendung und auf der andern Seite die Zusammenballung der Reichtümer in wenigen Händen auf das höchste Maß gestiegen, kommen die Krisen, die beides noch verschlimmern, immer häufiger und in immer heftigerer Weise, dann hat gleichzeitig auch der Klassenhaß naturgemäß gewaltige Steigerung erfahren — der Zusammenbruch der Gesellschaft muß eintreten. Das Proletariat, das die Masse der Gesellschaft bildet, reißt die Staatsgewalt an sich und vollzieht die Überführung des Privateigentums in Gemeineigentum.

§ 7. Prüfung der Grundlagen des marxistischen Systems

Wir bemerkten, als wir uns anschickten, das materialistische System darzulegen, daß wir uns auf einen Überblick beschränken würden, wie ein solcher für unsere Zwecke hinreicht; auch gehe das um so mehr an, als die Darlegung der wirtschaftlichen Folgerungen aus dem System im Kapitel, das dem Erfurter Programm gewidmet ist, erfolgen solle.

Wenn wir uns nun einer Prüfung der dargelegten Grundlagen des Marxismus zuwenden, so kann diese von ähnlichen Erwägungen geleitet werden. Dazu kommt, daß in der heutigen Agitation die Sozialdemokratie weniger die Grundlagen des marxistischen Systems hervorkehrt, als die daraus gezogenen Folgerungen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Erfurter Programm kommt nur mit einem einzigen Worte auf die marxistische Geschichtsauffassung zurück, indem es nämlich die Entwicklung zum Gemeineigentum als „natur-

notwendig" darstellt. Die Lehre vom Mehrwert wird vollends gar nicht erwähnt: sie ist überhaupt von der heutigen Sozialdemokratie so ziemlich beiseite gestellt. Was die gegenwärtige Sozialdemokratie hervorkehrt, ist die Deutung der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne einer Entwicklung zur kommunistischen Zukunftsordnung. Die wirtschaftliche Ordnung, wie wir sie vor uns sehen, geht den Weg zur Konzentration der Betriebe und der Kapitalien und damit zu einem Zustand, der nur gelöst werden kann durch Beseitigung des Privateigentums. Diese Erörterungen werden in der Agitation immer wieder gebracht und sind auch im Erfurter Programm niedergelegt. Darum werden wir auch die Prüfung dieser nicht philosophischen, rein ökonomischen Seite späterhin recht ausführlich vornehmen.

Aus diesen Gründen können wir uns hier, wo wir die Grundlagen des marxistischen Systems auf ihre Richtigkeit hin untersuchen, kurz fassen.

Es wird zunächst auf die Frage ankommen, ob denn wirklich in der menschlichen Geschichte die wirtschaftlichen Zustände, also die materiellen Faktoren, unter denen der Mensch die Güter zum Leben beschafft, die Grundlagen sind, auf denen sich alles geistige Leben aufbaut, von denen es abhängt. Soll diese Auffassung Berechtigung haben, so darf sich der Mensch von keinen andern Interessen leiten lassen als von materiellen, die im wirtschaftlichen Leben ihre Befriedigung finden; es dürfen daneben nicht solche Interessen möglich sein, die aus den materiellen nicht folgen oder die gar ihrerseits auf die wirtschaftliche Gestaltung einwirken. Als Beleg für die Antwort auf diese Frage wird man im Anschluß hieran prüfen, ob die Menschheitsgeschichte bisher nichts anderes war als eine Widerspiegelung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere ob sie eine Geschichte von Klassenkämpfen um die materiellen Interessen darstellt, oder ob umgekehrt Ursachen ganz anderer Art ihren Lauf bestimmt haben.

Die zweite Frage, die zu stellen ist, betrifft die innern Triebfedern des wirtschaftlichen Lebens, die Bildung des Mehrwertes. Kann von einem solchen Mehrwert, wie Marx ihn lehrt, nicht die Rede sein, dann braucht auch nicht die Zusammenziehung des Eigentums und die Verelendung der Massen zu erfolgen, dann kann vor allem nicht mehr von jener Ausbeutung der arbeitenden Massen durch die Kapitalisten gesprochen werden, wie sie Marx darstellt.

1. Den Kernpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung bildet die Behauptung, der Mensch werde in seinem Tun und Lassen von Beweggründen bestimmt, die auf die Erhaltung seines leiblichen Daseins hinausgehen, die auf die Schaffung des „unmittelbaren Lebensgenusses" hinzielen. Wie wir feststellten, versteht der Marxismus nach der Erklärung

von Engels unter diesen Gütern im wesentlichen die Mittel des Lebensbedarfs — der Mensch will essen, wohnen und sich kleiden. Alle Bedürfnisse der Menschen müssen sich also auf diese Zwecke zurückführen lassen: was der Mensch in der Religion, im sittlichen Leben, in seiner künstlerischen, wissenschaftlichen Tätigkeit usw. erstrebt, sind in letzter Linie nur Äußerungen des Bedürfnisses nach unmittelbarem Lebensgenuß. So der Marxismus. Aber so liegt eben die Sache nicht. Auf das Verhalten von Verstand und Willen zueinander, diesen beiden Betätigungen der Seele, sei hier nicht eingegangen. Wir nehmen beide als die geistige Tätigkeit des Menschen und behaupten, daß

Verstand und Wille ihre eignen Bedürfnisse

haben und diese ihre Bedürfnisse zum Beweggrund ihres Handelns nehmen. Und dann behaupten wir ferner: das aus diesen Bedürfnissen entspringende Handeln beeinflußt auch die wirtschaftliche Tätigkeit, gibt ihr sehr oft ganz andere Richtungen als die Wirkung des Bedürfnisses des rein wirtschaftlichen Lebensgenusses.

Nach dem Marxismus wären die materiellen Interessen ausschließlich die Grundlagen der wirtschaftlichen Produktion: Bedürfnis nach Nahrung und Kleidung treibt die Produktion, treibt auch zu Fortschritten in der Produktionstechnik usw. Aber stehen nicht diesen recht selbstsüchtigen, recht egoistischen Interessen schon andere direkt gegenüber, die unter dem Fremdwort „altruistische" zusammengefaßt werden können und auf das Wohl anderer sich beziehen, also unter Zurücksetzung des eignen Nutzens? Alle Betätigungen der Nächstenliebe und des Mitleids gehören hierher. So steht z. B. das Almosengeben, das Entbehren und das Aufopfern für andere usw. mit dem Bedürfnis nach eignem Lebensgenuß in direktem Widerspruch. Gewiß, diese altruistischen Beweggründe werden sehr oft zurückgedrängt, dann besonders, wenn eine übertriebene Betonung des materiellen Genießens allgemein geworden ist und wie eine Zeitkrankheit herrscht, aber sie sind niemals ausgestorben und werden es auch nicht. Wir brauchen, wenn wir von diesen altruistischen Beweggründen reden, nicht einmal an den Familiensinn, an eine Betätigung der christlichen Nächstenliebe zu denken. Die Gefühle für andere, für den Mitmenschen, sein Wohl usw., wohnen neben den selbstsüchtigen, auf den eignen Nutzen bedachten Gefühlen im Herzen eines jeden Menschen, bald in größerm, bald in geringerm Maße. Sie sind dem Menschen als Menschen eigen, beim Tier suchen wir sie vergebens.

Aber kehren wir zu den selbsüchtigen Beweggründen zurück. Auch unter ihnen gibt es eine Gruppe, die mit den Bedürfnissen des unmittelbaren Lebensunterhalts wenig gemein hat. Das ist der „Wille zur Macht", das Streben, sich vor andern hervorzutun, über ihnen

zu herrschen. Mag man nun bald Eitelkeit, bald Ehrgeiz, bald Herrschsucht oder dgl. hierin sehen: derartige Interessen stehen nicht nur neben den rein materiellen, sondern beeinflussen auch ihrerseits die wirtschaftliche Tätigkeit oft in ganz anderm Sinne. Als Beispiel mag die Produktion der Kleidung dienen, einer der wichtigsten Abschnitte der gewerblichen Produktion überhaupt. Wir sind gewohnt, die Kleidung als das Gut eines unentbehrlichen Lebensbedürfnisses zu betrachten, als unentbehrlichen Schutz gegen die Unbilden der Witterung, gegen Regen, Kälte usw. Nun aber haben wissenschaftliche Forschungen über die Lebensweise der Völker hinreichend festgestellt, daß „der Mensch den Schmuck sich vor der Kleidung geschaffen hat, ja die Kleidung zum Teil nur entwickelter Schmuck ist". Es gibt Völker, bei welchen keine Spur von Kleidung zu finden ist, aber bei keinem fehlt es an irgendeiner Art von rohem Schmuck. Man könnte versucht sein, diese Vorliebe der Naturvölker für Schmuck als eine Betätigung künstlerischen Bedürfnisses anzusehen. Doch derartige Gefühle bewegen nicht den Naturmenschen, den Selbstschmuck so hoch einzuschätzen, „sondern Gefühle ganz anderer Art, die der Eitelkeit, das Streben, andern durch seine Person zu imponieren. Die primitive Kleidung war ein Mittel, sein Ansehen nicht schöner, aber eindrucksvoller zu machen". (Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlagen des Marxismus 43 ff.)

Doch wenden wir uns zu den idealen Gebieten menschlichen Lebens, wie sie Wissenschaft und Kunst bezeichnen. Gewiß wird man zugestehen, daß an den Anfängen der Wissenschaft und Kunst zumeist praktische Zwecke der Lebensförderung vorlagen. So verdanken sicherlich die Geometrie und Mathematik den Aufgaben der Feldmessung und der Baukunst ihre Ausbildung, wie die Rechtswissenschaft und gar die nationalökonomische Wissenschaft auch heute noch engstens mit den Bedürfnissen des praktischen Lebens zusammenhängen. „In dieser Hinsicht ist es charakteristisch, daß die erste wissenschaftliche Bearbeitung bei den Römern diejenigen Abteilungen des Rechts erfahren haben, welche mit dem wirtschaftlichen Leben am engsten zusammenhingen — namentlich das Privatrecht, während das öffentliche Recht der systematischen Bearbeitung bei den Römern ganz entbehrte" (ebd. S. 69). Aber dann gelangte das menschliche Nachdenken über die praktischen Bedürfnisse hinaus, es erwachte der Wissenstrieb: der Verstand will erkennen um des Erkennens willen, die Freude, neue Kenntnisse und neue Wahrheiten erschlossen zu haben, will er genießen als eine der reinsten Empfindungen. Die Beziehungen der Kunst zum praktischen Leben lassen sich in ähnlicher Weise aufdecken, aber anderseits ist auch hier, ja fast noch mehr wie bei der Wissenschaft, die rein geistige Freude das Ziel, die mit der Pflege der Nützlichkeit nicht mehr zusammenhängt. Die Malerei, die Poesie,

die Musik haben sehr oft mit der Befriedigung des unmittelbaren Lebensgenusses, mit der Frage nach Essen und Trinken usw. auch nicht die geringste Gemeinschaft.

Nun aber das

höchste Bedürfnis der Menschenseele, das nach Religion.

Man hat „die gesamte Religion als eine Art von Lebensfürsorge, als eine vorgestellte, scheinbare Wirtschaft betrachtet. Die religiöse Tätigkeit jedes Menschen sei ein bloßes Mittel, mit der Hilfe der vorgestellten überirdischen Gewalten sich gewisse Vorteile zu sichern". Aber eine derartige Betrachtung allein ist völlig irreführend. „Zwar wird der religiöse Kultus öfters aus nicht religiösen Beweggründen gepflegt. Aber neben dieser scheinbaren Religion gibt es auch eine andere, echte Religion, die mit der Wirtschaft nichts Gemeinsames schon deshalb haben kann, weil die Wirtschaft dem praktischen Interesse dient, während die echte Religion auf dem interesselosen Ehrfurchtsgefühl beruht" (ebd. S. 74). Wer von uns das Wesen des Christentums tiefer erfaßt hat, fühlt heraus, wie die Religion in allen Beziehungen aufgebaut ist auf der Tatsache, daß neben dem Materiellen etwas Geistiges im Menschen wohnt, das selbständig und unabhängig von den leiblichen Bedürfnissen sie zu beherrschen und zu leiten vermag. Schon der Grundgedanke der Religion als der Beziehung des Menschen zu Gott, zu einem über der Welt stehenden persönlichen Wesen, verträgt sich nicht mit der materialistischen Auffassung des Lebens, die alle Bedürfnisse des Menschen ausschließlich auf die Befriedigung des sinnlichen Lebensgenusses zurückführt. Denn der Glaube an einen Gott, dessen Wesen rein geistig ist, dem ähnlich zu werden, den zu besitzen das Endziel auf Erden sein soll, erfordert neben der Wahrung der materiellen Interessen ganz andere, fordert die Interessen einer vom Körper unabhängigen Seele. Und erfordert, daß diese Interessen der Seele gewahrt werden auch dann, wenn die leiblichen zu ihnen in Widerspruch stehen. Eine derartige Auffassung paßt sehr wenig zu der Lehre, daß aus dem Unterbau der wirtschaftlichen Verhältnisse der Oberbau des geistigen Lebens folge in ähnlicher Abhängigkeit, wie die Gase und Dämpfe in einem chemischen Prozeß aus den chemischen Stoffen entstehen. Man mag die Berechtigung der Religion abstreiten, das ändert hier nichts. Das Bedürfnis der Menschen nach ihr ist vorhanden und sie handeln dementsprechend — diese Tatsache genügt, um die materialistische Auffassung als unmöglich abzutun. Hierüber sagt Michael Tugan-Baranowsky mit Recht: „Die religiöse Gesinnung ist aber in ihrer mehr oder weniger reinen Form großen Volksmassen gemeinsam. Wir sehen sehr selten, daß die Menschen aus reinem Altruismus handeln, aber religiöser

Enthusiasmus hat mehrmals große Volksbewegungen hervorgerufen, bei denen die Menschen die höchste Opferwilligkeit an den Tag gelegt haben. Die Religion war immer und bleibt bis auf heute eine der größten Triebkräfte der Geschichte" (ebd. S. 75).

So sind die geistigen Verhältnisse der Menschen nichts weniger als ein aus den wirtschaftlichen sich notwendig ergebender Oberbau. Nein, dieser „Oberbau" führt ein sehr selbständiges Leben für sich, wirkt gestaltend und ändernd auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ein. Dem Menschen ergeht es eben nicht wie dem Tiere, daß er ausschließlich durch Bedürfnisse des leiblichen Daseins in seinem Denken und Handeln bestimmt wird.

2. Und nun nehmen wir die Geschichte der Menschheit zur Hand, in ihrem Werden und Verlauf, ob sie Beweise für oder gegen die materialistische Geschichtsauffassung bringt. Es ist eben nicht wahr, daß das Ringen und Streben der Menschen, ihre Kämpfe und Kriege sich letzten Endes um die „Futterplätze" dreht. Das mochte hier und da zutreffen, aber meist waren ganz andere Motive die Triebfeder. Nicht einmal die Erhebungen der Plebejer gegen die Patrizier im alten Rom, auch nicht die der Bauern des Mittelalters lassen sich in solcher Weise restlos erklären. Und nun gar die großen Stürme von Völkerkämpfen, wie sie der Mohammedanismus gegen das Christentum führte, und umgekehrt, wie sie am Anfang der Neuzeit der Dreißigjährige Krieg in Deutschland sah. Da reicht auch das Aufsuchen einer „letzten Ursache" nicht hin, die Sorge um den unmittelbaren Lebensgenuß als Triebfeder hinstellen zu können.

Doch diese Erwähnung von religiösen Kämpfen führt zur Frage, wie denn im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung die bedeutsamste Tatsache der Geschichte zu erklären sei, die als Wendepunkt im ganzen Menschheitsprozeß steht:

die Entstehung des Christentums.

In der Tat ist das Christentum, wie jedem Unglauben, so auch dem Materialismus außerordentlich unbequem. Die Person des Stifters zu leugnen, genügt nicht — seine Lehre bleibt, ist da, heute noch da, und muß in ihrer Entstehung erklärt werden. Dafür hat man denn auch eine Erklärung gefunden oder vielmehr die Entstehung des Christentums nach materialistischer Auffassung zurechtgerückt. Im nachstehenden sei kurz wiedergegeben, wie das Kautsky versucht. Wir wollen aber nicht verfehlen, sofort die Widerlegung anzufügen.

Damals gab es in Rom, so erklärt Kautsky, ein in tiefstes Elend versunkenes Proletariat, eine große Masse von Besitzlosen. Was Wunder, wenn es sich nach einer Erlösung aus seinem Elend sehnte und das

Kommen des Erlösers, da es kein irdisches Mittel der Befreiung sah, auf dem Wege eines Wunders, einer Hilfe von oben erhoffte.

„Die Verwesung des Gesellschaftskörpers (damals) war eine so hochgradige, daß man von keinem Sterblichen . . . erwarten durfte, es könnte ihm gelingen, demselben neues Leben einzuhauchen. Nur eine übermenschliche Macht, nur ein Wunder konnte dies bewirken. Wer es nicht für möglich hielt, daß noch Wunder geschähen, versank in trübsinnigen Pessimismus (Weltschmerz) oder betäubte sich in gedankenlosem Genuß. Unter den sanguinischen (heißblütigen) Enthusiasten aber, denen das eine wie das andere gleich unmöglich war, begannen manche an das Wunder zu glauben. Namentlich war dies der Fall bei den Enthusiasten der untersten Schichten des Volkes, die den allgemeinen Niedergang am drückendsten empfanden und die weder die Mittel besaßen, sich in Vergnügungen zu berauschen, noch den Katzenjammer fühlten, der auf solchen Rausch gern folgt und der so leicht den Pessimismus erzeugt. Aus ihren Reihen vornehmlich ersproß die Idee, daß ein Erlöser vom Himmel in nächster Zeit kommen werde, um ein herrliches Reich auf Erden zu errichten. Dieser Erlöser war — Christus." (Kautsky, Die Vorläufer des neuen Sozialismus I 21 ff.)

Hören wir zur Widerlegung solcher Gedankengänge die gemeinverständlichen Ausführungen der bekannten „Apologetischen Volksbibliothek" (M.Gladbach, Volksvereins-Verlag), Heft 15, die wir überhaupt zur Bewertung der verschiedenen Erklärungsversuche des Unglaubens über die Entstehung des Christentums sehr empfehlen möchten:

„Das ist es, was die sozialdemokratische »Wissenschaft« über die Entstehung des Christentums zu sagen weiß. Es ist keine Geschichte mehr, sondern Geschichtsverstümmelung. Die ganze Darstellung hat mit wirklicher Geschichte gar nichts zu tun; erinnert vielmehr an eine Persönlichkeit aus der griechischen Sagenwelt. Da wird erzählt von einem Riesen Prokrustes, der an der Landstraße den vorbeikommenden Reisenden auflauerte und sie auf eine sonderbare Weise drangsalierte. Er hatte nämlich ein Bett, und in dieses Bett legte er seine Gefangenen. Waren sie zu groß für das Bett, so hackte er ihnen die Beine ab, und waren sie zu klein, so spannte er sie auf die Folter, bis sie in das Bett hineinpaßten.

Genau so wie dieser Prokrustes mit den Menschen umging, springt die sozialdemokratische »Wissenschaft« mit den Tatsachen der Geschichte um, d. h. sie verstümmelt sie so lange, bis sie ihr in den Ranzen ihrer Theorie hineinpassen.

Gleich in der eben angeführten Erklärung steckt ein ganzer Rattenkönig solcher Geschichtsverstümmelungen:

Der Ursprung des Christentums wird nach Rom verlegt: natürlich, wenn man ein Proletariat braucht, noch dazu ein Massenproletariat; wenn man ferner eine vom Lebensgenuß übersättigte Gesellschaft braucht, die in Katerstimmung sich befindet, so kann man das für die damalige Zeit in Rom einigermaßen finden. Also muß diese Erklärung das Christentum in Rom entstehen lassen. . . .

Und lächerlich ist die Verlegung des Ursprungs des Christentums von Palästina nach Rom. Denn es ist eben eine Tatsache, daß Christus im Judenland gelebt hat, daß die Apostel Juden waren, daß Paulus ein Jude war, daß also das Christentum nicht von Rom nach Jerusalem kam, sondern umgekehrt von Jerusalem nach Rom. An diesen Tatsachen ist rein gar nichts zu ändern. Man schlage die Evangelien auf, wo man will, nirgends schlägt einem die Sumpfluft der Großstadt entgegen, wohl aber die Landluft Palästinas.

Ein Lumpenproletariat soll die Quelle des Christentums gewesen sein. In Palästina gab es damals unter dem Landpfleger Pontius Pilatus überhaupt kein Lumpenproletariat wie das Gesindel, das sich in der Reichshauptstadt herumtrieb und aus aller Herren Länder zusammenströmte. Die Apostel und Jünger des Herrn entstammen daher auch nicht einem hauptstädtischen Lumpenproletariat, sondern als Fischer vom See Genesareth dem Kleinhandwerk.

Deshalb fehlt in Palästina auch jene vom Weltschmerz trunkene Bevölkerung, welche in ihrer Katerstimmung das Christentum erfunden haben sollte. Außerdem muß an die Tatsache erinnert werden, daß jene dem Lebensgenuß bis zum Ekel und Überdruß ergebene Menschenklasse der Hauptstadt Rom das Christentum gar nicht annahm, als es nach Rom kam, sondern es mit ihrem ganzen Haß verfolgte, weil es eben ihrer ganzen Lebensanschauung schnurgerade zuwiderlief und in seinen sittlichen Forderungen ein Verwerfungsurteil über dieselbe aussprach.

Jene römische Bevölkerung, welche sich zum Christentum bekehrte, glaubte und hoffte nicht erst auf einen Erlöser, der in nächster Zeit erst kommen sollte, sondern sie glaubte an einen Erlöser, der erst in jüngster Zeit dagewesen und in Jerusalem unter dem Landpfleger Pontius Pilatus gekreuzigt worden war."

II. **Und nun endlich noch einige Worte**

über die Lehre vom Mehrwert,

der die treibende Kraft der Entwicklung abgeben soll. Hier liegt die marxistische Werttheorie zugrunde, die den Wert eines Gutes ausschließ-

lich durch die darauf verwandte Arbeit mißt. So fragt es sich denn, ob diese Grundlage richtig ist. Im Austausch der Waren, sagt Marx, werden die Waren in bezug auf den Wert gleichgesetzt, z. B. ein Quarter Weizen gleich einem Zentner Eisen. So erhalten sie ihren Tauschwert. Diese Gleichsetzung drückt sich dadurch aus, daß man sagt: sie kostet soundsoviel Mark. So bildet sich der Preis der Ware. Nun aber können keine körperlichen Eigenschaften der Ware die Möglichkeit geben, daß man Getreide und Eisen gleichsetze, denn sie sind ganz und gar verschieden. Aber es muß etwas Gemeinsames in den beiden Waren vorhanden sein, sonst könnte man sie nicht untereinander abmessen. Denn abmessen heißt ja nichts anderes, als bei verschiedenen Gegenständen, z. B. bei zweien, einen gemeinsamen Maßstab, also einen dritten Gegenstand suchen, dem beide hinsichtlich bestimmter Eigenschaften gleich sind. Hat man diesen Maßstab, also das Dritte, das in beiden Gegenständen vorhanden ist, so kann man bezüglich des dritten die beiden miteinander vergleichen. So kann ich z. B. einen Weg und eine Mauer bezüglich ihrer Länge messen. Beide haben die Länge gemeinsam, bei beiden kann ich durch einen Maßstab feststellen: die Mauer hat vielleicht 3 Meter, der Weg 5 Meter auf der Meßstange.

Man könnte sagen: die im Austausch gleichgesetzten Waren haben die gleiche Brauchbarkeit, den gleichen Gebrauchswert. Aber das trifft auch nicht zu, denn es wird beim Austausch völlig davon abgesehen, wozu ich die Waren gebrauche, ob ich sie überhaupt gebrauche: ob ich das Getreide gebrauche, um Brot daraus zu backen oder nicht, oder um es wieder zu verkaufen, ob ich das Eisen weiter verarbeite oder nicht, das ist gleichgültig für den Austausch; es genügt, wenn sie in der menschlichen Gesellschaft irgendwie gebraucht werden können. Aber was liegt nun, wenn man die Waren in Austausch bringt, als Gemeinsames zugrunde? Es bleibt nichts anderes übrig, sagt Marx, als die auf die Herstellung verwandte Arbeit.

Diese Arbeit bestimmt denn Marx, wie wir bereits ausgeführt haben, als gesellschaftlich notwendige Arbeit. Die Unterschiede in den einzelnen Arbeiten, ob der einzelne weniger oder mehr fleißig oder geschickt ist, fallen hier weg. Es wird diejenige Arbeit zugrunde gelegt, die in der menschlichen Gesellschaft durchschnittlich zur Herstellung der betreffenden Ware geleistet werden muß.

Aber es ist eben falsch, die auf die Herstellung verwandte Arbeitsmenge als Grundlage des Warenaustausches anzusehen. „Die Waren tauschen sich doch nicht selbst aus, sondern durch Vermittlung ihrer Besitzer.“ Es wird eben übersehen, daß Menschen den Austausch vollziehen und deren Bedürfnisse oder, genauer gesagt, deren Sehnsucht nach dem betreffenden Gute den Austausch zustande bringt. Es kommt

letzten Endes darauf an, was die betreffende Person, die austauscht, mit dem Gute anfängt, wozu sie dasselbe gebrauchen kann, mit andern Worten, inwieweit sie ein Bedürfnis durch das Gut zu befriedigen glaubt. Letzteres liegt auch dann vor, wenn ich ein Gut erstehe, das ich nicht direkt für den Lebensunterhalt gebrauche, sondern erst als Erwerbsmittel benutze, wie z. B. den Grund und Boden. Dann soll er mir eben ein Mittel sein, Bedarfsgüter zu beschaffen.

Nun wird freilich der Wert des Gutes schon durch das Verlangen dieses oder jenes Menschen nach demselben bestimmt. Und es kann das Verlangen beim einen Menschen stärker sein als beim andern; so wird ein Mensch, der dem Verhungern nahe ist, ein größeres Verlangen nach Nahrung haben als ein anderer. Aber trotzdem werden die Preise auf dem Markte für beide dieselben sein. Es kommt also nicht das Bedürfnis des einzelnen, sondern das in der gegenwärtigen Gesellschaft herrschende Bedürfnis nach dem betreffenden Gegenstand in Frage, oder noch genauer gesagt: es bestimmt nicht die Schätzung dieses oder jenes Menschen den Wert der Ware, sondern die in der betreffenden Gesellschaft herrschende allgemeine Schätzung — letztere setzt sich allerdings gleichsam als Durchschnittsschätzung aus den Einzelurteilen aller Mitglieder der Gesellschaft zusammen.

Die allgemeine Wertschätzung schwankt auf und ab, je nachdem das Bedürfnis nach der Ware bald stärker, bald weniger stark auftritt. So haben z. B. die Kohlen vor Erfindung der Dampfmaschine bei weitem nicht die Wertschätzung gehabt wie heute. Ebenso können Änderungen in den Anschauungen der Menschen Bedürfnisse plötzlich hervorrufen und auch wieder verschwinden lassen: man braucht nur an die Schwankungen der Mode zu erinnern.

So ist es falsch, wenn Marx den Wert, den ein Gut im Austausch erhält, den Tauschwert, in keinerlei Beziehung zu dem Werte bringt, den es für den Gebrauch des Menschen hat bzw. den die Menschen ihm beilegen, weil sie es für ihre Bedürfnisse brauchbar halten — zu dem Gebrauchswert. Dieser Gebrauchswert gründet sich freilich auf die Anschauung der Austauschenden, ist subjektiv, aber diese Unbeständigkeit wird behoben dadurch, daß die allgemein in der betreffenden Gesellschaft herrschende Wertschätzung in Betracht gezogen wird. Es richtet sich ferner die Wertschätzung doch auch nach bestimmten Eigenschaften der Ware, die sie eben brauchbar machen, entbehrt also nicht völlig einer wirklichen Grundlage, eines objektiven Faktors. Aber es darf für die Bestimmung des Wertes ein anderer sehr wichtiger Umstand nicht übersehen werden: das ist die Menge der in der betreffenden Art vorhandenen Güter.

So scheiden z. B. Güter, die beliebig zu jeder Zeit beschafft werden können, im wirtschaftlichen Verkehr völlig aus, so die Luft, die wir über-

all einatmen, auch wohl das Wasser, das fast überall zu haben ist. Ganz anders ist die Sachlage bei Gütern, die nicht jedem zur freien Verfügung stehen, die Gegenstand des privaten Eigentums sein können. Ihr Wert hängt sehr viel von dem Vorrat ab. Er richtet sich nach der Wertschätzung, die ich auch dem letzten Teil des Gutes entgegenbringe, nach dem Nutzen, den mir dieser letzte Teil verschaffen kann. Erläutern wir das näher an einem Beispiel. Ein Mensch, der ein ganzes Jahr auf einer vom Verkehr abgeschlossenen Insel von einem Sack Getreide, der eben hinreicht, einen Menschen vor dem Verhungern zu schützen, leben müßte, würde diesen einen Sack sicherlich sehr hoch einschätzen. Er würde ihn vor Beraubung, z. B. durch ein Tier, sehr sorgsam bewahren, auch den Verlust von ein paar Pfund sehr schmerzlich empfinden. Ganz anders würde er einen einzelnen Sack einschätzen, wenn ihm für das Jahr drei Säcke zur Verfügung ständen. Mit einem Sack kommt er schließlich aus, sich zu ernähren, den zweiten kann er für den Notfall aufbewahren, den dritten vielleicht zur Verfütterung an Tiere benutzen usw. Er würde jeden Sack Getreide schätzen nach dem Nutzen, den er durch Fütterung der Tiere mit Getreide erwarten kann. Dieser Nutzen der letzten Teilquantität bestimmt also den Wert des gesamten Gutes. Ist der Nutzen für mich unentbehrlich, wie z. B. im erstern Falle, wo nur ein Sack Getreide zur Verfügung steht, so wird das Ganze für mich eben unentbehrlichen Wert haben. Es kommt also schließlich auf den an der Grenze des Vorrats liegenden Nutzen der Ware an, auf den Grenznutzen, weshalb man auch von einem Grenznutzenwert spricht.

Die meisten Waren können nun, wenn sie verbraucht worden sind, aufs neue hergestellt werden. Hier ist die Frage, welche Opfer für die Wiederherstellung des betreffenden Gutes verwandt werden müssen. Einen Anzug, den ich trage, schätze ich danach, ob ich einen gleichen Anzug ebenso billig wieder beschaffen kann. Da sind es also letzten Endes die für die Wiederherstellung notwendigen Produktionsgüter, die den Wert der betreffenden Ware bestimmen — die Herstellungskosten. In ihnen bilden neben dem Rohstoff die Arbeitsmittel (Maschinen und Werkzeuge, menschliche Arbeitskräfte) den Ausschlag. Es käme also darauf an, inwieweit ich mir diese beschaffen kann, inwieweit z. B. Arbeitskräfte zu erhalten sind.

Die hier angeführten Bestimmungsgründe für den Wert der Ware kommen im Preise, den das Geld bezeichnet, zum Ausdruck. Der Preis schwankt hin und her schon deshalb, weil die Bedürfnisse der Menschen nach den Waren bald größer, bald geringer sind. Dann aber auch, weil die Herstellungskosten auf und ab gehen. Am letzten Ende spitzt sich also die Frage nach dem Preise zu auf die Frage nach den Bedürfnissen des Publikums nach

der betreffenden Ware und nach der Möglichkeit, sie wieder herzustellen, wenn sie verbraucht ist. In letzter Hinsicht kommen bei Waren, die in unbeschränktem Maße wieder hergestellt werden können, vorzugsweise die zur Verfügung stehenden Arbeitsmittel, besonders die zur Verfügung stehenden menschlichen Arbeitskräfte, in Betracht.

Diese Ausführungen mögen genügen, um das Notwendige über die vielumstrittene Bestimmung des Wertes der Güter gesagt zu haben. Soviel wird jedenfalls aus ihnen hervorgehen, daß Marx wesentliche Faktoren in der Bestimmung des Wertes übersehen hat. Wenn nun aber nicht mehr ausschließlich die auf die Herstellung verwandte Arbeit zugrunde liegt, so fällt die ganze Theorie Marx' vom Mehrwert zusammen. Der Arbeitgeber erhält jetzt nicht mehr einen ungerechtfertigten Mehrgewinn. Auf den Arbeitgeber kommt es ja an, wie er die Warenherstellung den Bedürfnissen des Publikums anpaßt, die Produktion dirigiert. Es kommt ferner in Frage der Wert der Rohstoffe, inwieweit sie vorhanden sind bzw. sie wieder hergestellt werden können. Es kommt endlich in Frage, ob die zur Herstellung in sonstiger Weise notwendigen Mittel genügend vorhanden sind, die Maschinen und Werkzeuge und schließlich die menschlichen Arbeitskräfte — ob letztere sich in großer Zahl anbieten oder nicht.

Viertes Kapitel

Verbreitung des Marxismus in Deutschland

§ 8. Die Sozialdemokratie nach dem Tode Lassalles bis zum Erfurter Programm

Als Marx 1867 sein „Kapital" in die Welt hinaussandte, blieb es eine Zeitlang unbeachtet. Die Lektüre war zu wissenschaftlich, als daß sie eine Volkslektüre hätte werden können; sie aber in mündlicher Agitation den Arbeitern nahezubringen, dafür war Marx ungeeignet. Das sollte andern Männern vorbehalten bleiben, die von ihm, dem scharfsinnigen Denker, die Idee übernahmen und dann in rastloser Agitation dem Arbeiterverständnis zugänglich machten. Diese Männer waren in erster Linie Bebel und Liebknecht.

Doch sehen wir zunächst, wie es damals, als Marx sein Buch herausgab, um die deutsche Arbeiterbewegung, die wir beim Tode Lassalles verlassen hatten, bestellt war.

I. Die Arbeiterbewegung unmittelbar nach dem Tode Lassalles

1. Lassalle, dessen machtvoller Persönlichkeit die Arbeiter wie blind gefolgt waren, ruhte bereits drei Jahre im Grabe. Seine Nachfolger im Vorsitze des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins waren unbedeutende Männer, die zum großen Teil dem Einflusse der Gräfin Hatzfeld unterstanden. Erst in v. Schweitzer erhielt der Verein einen selbstbewußten Führer mit organisatorischen Fähigkeiten. Aber als v. Schweitzer 1867 die Leitung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins übernahm, war dieser schon bedeutend zurückgegangen. Auch war die Zeit bereits anders geworden. Das politische Interesse der Arbeiter hatte nachgelassen. Mit Gründung des Norddeutschen Bundes hatten die deutschen Arbeiter das allgemeine direkte Wahlrecht zum Norddeutschen Reichstag erhalten, und so hatte die Bewegung des Vereins, die die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts zum hauptsächlichsten Programmpunkte aufwies, ein mächtiges politisches Motiv verloren. Es war, könnte man sagen, ein gewisser Stillstand in der Arbeiterbewegung ein-

getreten, zumal auch der Krieg von 1866 lähmend auf die sozialistische Agitation wirkte.

2. Im Augenblicke schien es sogar, als ob die deutsche Arbeiterbewegung in ihrem Charakter sich der englischen nähern sollte, als ob sie nämlich auf dem Wege des wirtschaftlichen Zusammenschlusses die Hebung ihres Standes durchführen wollte.

Von zwei Seiten aus wurde dazu Anregung gegeben. Da war noch die liberale Fortschrittspartei. Sie mochte die Zeitverhältnisse für günstig halten, auf die Arbeiterschaft wiederum Einfluß zu gewinnen. Aber auch jetzt noch war es das Mittel der Genossenschaften, durch das sie den Arbeitern zu helfen dachte. Dr. Max Hirsch, Mitglied der liberalen Fortschrittspartei, hatte eine Reise nach England unternommen, um die Gewerkschaften zu studieren. Diese waren gerade damals infolge einer Untersuchung durch die englische Regierung zu öffentlichem Ansehen gekommen. Warum sollte das, was sich in England so glänzend bewährte, nicht auch den deutschen Arbeitern ein Rettungsmittel sein können? Dr. Hirsch veröffentlichte schon von England aus Artikel in der Berliner Presse, in denen die Gewerkvereine auch für Deutschland empfohlen wurden. Es kam ihm jedoch ein anderer in der Ausführung seiner Idee zuvor. Der damalige Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, v. Schweitzer, griff mit Fritsche, dem Gründer des Deutschen Tabakarbeitervereins, den angeregten Gedanken auf. Neben dem Verband der deutschen Buchdrucker (gegründet 1866) gehörte der Tabakarbeiterverein (1865) zu den Organisationen, die trotz der Abneigung der Lassalleanischen Arbeiterbewegung gegen die Gewerkschaften in den 60er Jahren entstanden waren. Im übrigen hatten die Gewerkschaften nicht aufkommen können.

Vergeblich suchte nun Dr. Hirsch, aus England zurückgekehrt, auf dem am 26. Oktober 1868 durch v. Schweitzer zur Gründung allgemeiner deutscher Gewerkschaften nach Berlin einberufenen Kongresse Einfluß zu gewinnen. Max Hirsch wollte Gewerkschaften, die auf friedlichem Wege mit den Arbeitgebern eine Besserung der Arbeitsverhältnisse und bei etwaigen Streitigkeiten einen Ausgleich durch Schiedsgerichte und Einigungsämter erstrebten; v. Schweitzer aber und die Mehrheit der Versammlung wollten „fest begründete Organisationen" der Arbeiterschaft Deutschlands, „zum Zwecke gemeinsamen Fortschreitens mittels Arbeitseinstellung". Hirsch berief zwei Tage später eine Versammlung, auf der die fortschrittliche Partei die Mehrheit hatte, und ließ dort die Grundsätze zur Konstituierung deutscher Gewerkvereine beschließen.

Die Organisation der deutschen Arbeiter war somit in Angriff genommen. Sie wäre vielleicht zu gleichen Erfolgen wie in England gekommen, wenn eben nicht von vornherein die politischen Bestrebungen

sie in ihre Dienste gezogen hätten. Bei den deutschen Gewerkvereinen überwog der freisinnige Geist der Fortschrittspartei, bei den Schweizerischen Gewerkschaften der Geist des Lassalleanischen Sozialismus, der abgelöst werden sollte durch den des internationalen Sozialismus. Letzterer fand nämlich fast gleichzeitig durch Schüler und Anhänger von Karl Marx seinen Eingang in Deutschland.

II. Die Agitation für den Marxismus bis zum Sozialistengesetz 1878

Daß neben den sozialistischen Ideen von Lassalle auch der ganz anders geartete Marxismus in Deutschland Boden gewann, ja in wenigen Jahren zur Alleinherrschaft kam, ist besonders zwei Männern zu danken, die in unermüdlicher Agitation für die Ideen der „Internationale" warben: Liebknecht und Bebel.

Wilhelm Liebknecht, aus Gießen gebürtig, hatte zunächst Philosophie studiert und ähnlich wie Marx an einer deutschen Universität als Privatdozent sich habilitieren wollen. Aber bei seiner revolutionären Gesinnung konnte er nicht auf Verwirklichung seiner Absicht hoffen. In dem Revolutionsjahre 1848 hatte er sich am badischen Aufstande beteiligt, war dann nach der Schweiz geflüchtet, von dort nach Frankreich, das ihn aber auch nicht duldete, um schließlich 1850 in London mit Marx zusammenzutreffen. Zehn Jahre weilte er dort und wurde von Marx in dessen Ideenwelt eingeführt. 1861 ermöglichte ihm die bei Gelegenheit der Thronbesteigung König Wilhelms I. gegebene Amnestie die Rückkehr nach Deutschland. Liebknecht ging nach Berlin, wo er eine Zeitlang an der Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" beteiligt war, später aber Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurde und gegen die Regierung scharf opponierte. Er wurde schließlich aus Berlin ausgewiesen und flüchtete nach Leipzig. Hier traf Liebknecht mit Bebel zusammen.

Bebel, geboren 1840 in Köln als Sohn eines preußischen Unteroffiziers, war als Handwerksgeselle (er war Drechsler von Beruf) bei seinen Wanderfahrten viel in Deutschland herumgekommen, hatte sich u. a. auch in Freiburg einem katholischen Gesellenverein angeschlossen und sich schließlich in Leipzig als Drechslermeister niedergelassen. Dort war er Leiter eines Arbeiterbildungsvereins geworden und als 25jähriger Mann sehr bald zu Macht und Einfluß in der sächsischen Arbeiterschaft gelangte. Bebel war schon vorher Anhänger von Marx gewesen, für dessen Ideen er innerhalb der Arbeiterkreise warb, nunmehr erhielt er in Liebknecht tatkräftige Hilfe. Schon zu Lebzeiten Lassalles hatte der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein in den Anhängern von Marx Gegner-

schaft gefunden. Marx selbst hatte von Lassalle wenig wissen wollen. Namentlich hatte Liebknecht bereits in Berlin Lassalle der Beziehungen mit der Regierung verdächtigt und gegenüber den politischen Zielen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins betont, daß der Sozialismus eine Machtfrage sei, die in keinem Parlament der Welt gelöst werden könne. Doch gegenüber der machtvollen Persönlichkeit Lassalles waren die den deutschen Arbeitern persönlich noch wenig bekannten Männer nicht aufgekommen. Nun aber nach dem Tode Lassalles setzte die Minierarbeit der Marxisten ein, wozu die 1864 zu London gegründete Internationale Arbeiterassoziation das Mittel abgab, die in Deutschland um Anhänger warb. Zwar besaß diese Organisation kaum mehr als 100 Mitglieder in Deutschland, aber von Wichtigkeit war: die unermüdliche Agitationsarbeit seiner Mitglieder zog die radikal liberalen oder auch schon sozialistisch fühlenden Arbeitervereinigungen außerhalb des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Marxismus herüber und gewann auch in letzterm Verein selbst manche Überläufer.

Trotz des Einflusses von Lassalle hatten sich nämlich besonders in Sachsen und Süddeutschland die von der Fortschrittspartei gegründeten Arbeitervereine gehalten. Sie hatten sogar 1863 einen Verband deutscher Arbeitervereine gegründet, in dessen Ausschuß sowohl Dr. Hirsch, ein Führer der Fortschrittspartei, als auch Bebel gewählt wurden. Aber die Arbeitervereine hatten sich sehr, sehr schnell von dem Einfluß der Fortschrittspartei losgerissen, zumal in Sachsen, und immer mehr sozialistische Forderungen in ihr Programm aufgenommen. Als dann jetzt Bebel, auf den Liebknecht in Leipzig großen Einfluß gewann, Vorsitzender dieses Verbandes wurde, konnte schon auf dem Verbandstag zu Nürnberg 1868 eine öffentliche Erklärung für die Ziele der internationalen Arbeiterorganisation gegeben und der Anschluß an sie proklamiert werden. „In Erwägung, daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind, daß die Emanzipation der Arbeiter weder ein lokales noch ein nationales, sondern ein soziales Problem ist, erklärt der zu Nürnberg versammelte 5. Arbeitertag in nachstehenden Punkten seine Übereinstimmung mit der Internationalen Arbeiterassoziation." Also hieß es in seiner Entschließung. Die „Internationale" gewann dadurch festen Boden in Deutschland, und das Bestreben ihrer beiden deutschen Führer, Bebel und Liebknecht, ging nun dahin, den Lassalleschen Arbeiterverein zu ihr herüberzuziehen.

2. Nachdem das auf einer kurz darauf tagenden Generalversammlung

des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Barmen ohne Erfolg versucht worden war, anderseits aber doch ein großer Teil der Lassalleaner ihren Verein verlassen und sich der „Internationale" angeschlossen hatten, beriefen Bebel und Liebknecht schon im Jahre darauf, 1869, einen allgemeinen Arbeiterkongreß, um auf diesem die Gründung einer sozialdemokratischen Arbeiterpartei ins Leben zu rufen. „Die soziale Frage ist unzertrennlich von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt, und nur möglich in einem demokratischen Staate," hatte man in Nürnberg erklärt. Nun war die entsprechende politische Organisation geschaffen.

In Eisenach kam der Kongreß zustande und brachte die

Gründung der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Schon die Vorbereitungen zum Kongreß vergrößerten den Riß zwischen den Lassalleanern und den Anhängern Bebels und Liebknechts. Auf dem Kongresse selbst kam es sogleich im Anfange bei der Mandatsprüfung der Delegierten zu einer Scheidung, indem die „Internationalen" das Versammlungslokal verließen und am folgenden Tage in einem Lokale für sich weitertagten. Der Kongreß selbst bedeutete in seinem ganzen Programm und in der durch ihn vollzogenen Organisation der Partei vollen Bruch mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein; ein offener Kampf zwischen den „Eisenachern" und den „Lassalleanern" war seitdem die Folge. Das Programm enthielt zwar einige Zugeständnisse an solche Ideen der Lassalleaner, die noch besondere Zugkraft besaßen, wie den Anspruch auf staatliche Förderung des Genossenschaftswesens, wurde aber im übrigen durchaus ein Programm des Marxismus. Es sind „die heutigen politischen und sozialen Zustände mit der größten Energie zu bekämpfen, die Abschaffung aller Klassenherrschaft . . . und die Abschaffung der jetzigen Produktionsweise" wird von der Partei erstrebt. Auch wird hier zum erstenmal von der deutschen Arbeiterschaft ein sozialistisches Endziel aufgestellt, das des Zukunftsstaates, in dem jedem das ganze Erträgnis seiner Arbeit als Einkommen gesichert wird; eine nähere Erklärung der Einrichtungen des Zukunftsstaates fehlt jedoch, ganz im Sinne der marxistischen Theorie, die die Herausbildung des Zukunftsstaates als naturnotwendige Entwicklung, die im einzelnen im voraus nicht beschrieben werden kann, verkündet. Dem ersten, die Herbeiführung einer neuen wirtschaftlichen Ordnung behandelnden Teile ist eine Aufstellung „nächster Forderungen in der Agitation" angefügt. Hier wird ähnlich wie später im Erfurter Programm 1891 u. a. gefordert: das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Männer vom 20. Lebensjahre an,

und zwar für alle gesetzgebenden Körperschaften; Volkswehr; Trennung von Schule und Kirche; unentgeltliche Rechtspflege; Aufhebung des Koalitionsverbots; Einführung des Normalarbeitstages; Einführung einer direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer und dafür die Abschaffung aller indirekten Steuern.[1])

Das Eisenacher Programm ist die Grundlage für das Programm der sozialistischen Partei geblieben. Es erfuhr zwar auf dem Gothaer Parteitage (1875) durch Aufnahme lassalleanischer Ideen eine „Demoralisierung", wie Marx sich ausdrückte, ist aber 1891 im Erfurter Programm zu der reinen marxistischen Grundlage zurückgeführt worden.

Nicht ohne Bedeutung ist die Frage, wie das Eisenacher Programm zur Frage der Religion steht. Darüber war in ihm nur enthalten: die Aufhebung aller Vorrechte der Konfession und weiter die Trennung der Kirche vom Staate sowie die Trennung der Schule von der Kirche. Aber drei Jahre später wurde auf dem Parteitage zu Mainz 1872 der Antrag beschlossen:

„Es sei den Mitgliedern, nachdem sie durch Annahme des Parteiprogramms faktisch mit jedem religiösen Bekenntnis gebrochen hätten, zu empfehlen, auch formell aus den kirchlichen Genossenschaften auszutreten."

Und wie in ihrem Programm, so vollzog auch in ihrer Organisation die nun gegründete sozialdemokratische Partei eine durchgreifende Lossage vom Lassalleanismus. Im Gegensatz zum Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein organisierte sie sich streng demokratisch: „nieder mit dem Personenkultus!" hatten Liebknecht und Bebel in ihrem Aufruf zu dem Kongresse geschrieben. Deshalb gibt es in ihm keinen Präsidenten, sondern nur einen geschäftsführenden Ausschuß von fünf Personen, der jedes Jahr seinen Sitz wechselte und vorher vom Parteitag bestimmt wird. Die Redaktion des Parteiorgans steht unter der Leitung eines Redaktionsausschusses. Beide Ausschüsse, der Parteiausschuß wie der Redaktionsausschuß, sind der Oberaufsicht einer Kontrollkommission unterworfen, die ebenfalls jedes Jahr neu gewählt wird. Als oberste Instanzen gelten die Parteikonferenzen oder Parteitage, die jedes Jahr stattfinden. An den einzelnen Orten sollen die Parteimitglieder sozialistische Arbeitervereine gründen. Als Verbandsorgan wird der „Volksstaat" bestimmt, dessen Redaktion Marx von London aus leitete. Da die Vereinsgesetzgebung den Anschluß an die Internationale Arbeiterassoziation nicht erlaubt, so wird den Mitgliedern angeraten, sich als Einzelperson aufnehmen zu lassen. Der Verband der Arbeiter-

[1]) Allerdings war die letzte Konsequenz des Kommunismus nur in verschleierter Form im Programm enthalten, da die Arbeiter, wie Liebknecht selbst damals schrieb, „erschreckt" worden wären, wenn man „das Endziel der Partei" ihnen schon völlig aufgedeckt hätte.

vereine dagegen löst sich jetzt auf — die Gründung der liberalen Fortschrittspartei hat eine rote Frucht gezeitigt.

3. Der letzte Satz des Programms von Eisenach hatte zum Zweck, den Lassalleanern den Übertritt zu erleichtern, aber er blieb ohne die erhoffte Wirkung. Was jedoch die Tagung zu Eisenach nicht erreichte, brachten verschiedene Ereignisse der kommenden Jahre.

Die Jahre 1870 und 1871 mit ihrer nationalen Begeisterung waren allerdings der Weiterentwicklung der sozialistischen Partei wenig günstig. Insbesondere ging es dem Parteiausschuß sehr schlecht. Als er in einem Manifest nach der Schlacht von Sedan die deutschen Arbeiter aufforderte, dahin zu wirken, daß mit Frankreich ein ehrenvoller Friede geschlossen werde, und er sich außerdem gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen aussprach, wurden seine Mitglieder verhaftet und in das Gefängnis zu Lötzen abgeführt. Bei den Reichstagswahlen 1871 gelang es nur Bebel, ein Mandat zu erringen. Der dann folgende Hochverratsprozeß von 1872 hatte für die beiden Führer Bebel und Liebknecht zwei Jahre Festungshaft zur Folge. Endlich brach auch noch die Internationale Arbeiterassoziation zusammen, so daß auch diese kein Geld mehr zur Unterstützung nach Deutschland schicken konnte, woran es der jungen Partei fehlte.

Doch gerade der erwähnte Hochverratsprozeß wurde der Sozialdemokratie ein treffliches Agitationsmittel. In der Einleitung zur Herausgabe der Prozeßakten bemerkt Liebknecht:

„Der Leipziger Hochverratsprozeß, der unsere Partei vernichten sollte, gab ihr einen mächtigen Aufschwung . . . die Gegner . . . hatten uns eine Tribüne gegeben, von der wir zu ganz Deutschland reden und die über unsere Partei verbreiteten Lügen und falschen Vorstellungen widerlegen und aufklären konnten. Diese Tribüne, weil mit dem romantischen Apparat eines Hochverratsprozesses ausgestattet, war für die Propaganda der Tat noch günstiger als die Tribüne des Reichstags."

Was ebenso, wenn nicht noch mehr, den beiden Richtungen, den Lassalleanern wie den Eisenachern, zustatten kam, war die fieberhafte Entwicklung des Wirtschaftslebens in Deutschland nach dem Friedensschluß mit Frankreich. Der Milliardensegen, dem die schamlose Treiberei der Gründer und Börsianer und 1873 die wirtschaftliche Krisis folgte, verschärfte die sozialen Gegensätze in gefährlichster Weise. Die Verfolgung von seiten der Regierung wie die wachsende Erbitterung über die sozialen Verhältnisse förderte die einheitlichen Bestrebungen zwischen den beiden bisher sich so schroff bekämpfenden Richtungen, zumal als v. Schweitzer zurücktrat und dem Kampf die persönliche Schärfe genommen wurde. Eine Annäherung beider Parteien brachte die Reichstagswahl vom 10. Januar 1874, bei welcher die Lassalleaner

drei, die „Eisenacher" sechs Mandate errangen, insofern als die ersteren sich überzeugten, daß die „Eisenacher" nicht bloß ein Flügel der bürgerlichen Partei seien, und der persönliche Verkehr der neugewählten Abgeordneten im Reichstag untereinander und der Kampf gegen den gemeinsamen Gegner, welcher zum Zusammengehen zwang, auf beiden Seiten eine günstigere Beurteilung hervorbrachte. Was nun noch zu beseitigen war, das war die Organisation der beiden Gruppen, und sie fiel mit einem Schlage durch das gewaltsame Eingreifen der Behörden. Der Staatsanwalt Tessendorf, früher in Magdeburg, wo er sich durch eifrige Verfolgung sozialdemokratischer Agitatoren einen Namen gemacht, wurde nach Berlin berufen. Er glaubte dadurch Tod und Vernichtung in die Reihen des Sozialismus hineintragen zu können, daß er den § 8 des Vereinsgesetzes hervorzog, welcher die Bildung von Zweigvereinen verbot. So hoffte er die ganze Organisation der sozialdemokratischen Partei zu vernichten. Durch gerichtliches Urteil wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein geschlossen. Das gleiche Schicksal traf die Berliner Organisation der „Eisenacher". Dadurch war allerdings die Organisation der sozialistischen Partei zerstört, aber zugleich auch die letzte Scheidewand zwischen beiden Richtungen niedergelegt.

Als 1874 Liebknecht und Bebel aus der Festungshaft entlassen wurden, nahmen sie auch sofort die günstige Gelegenheit zur Einigung der beiden Parteien wahr. Nach mehrern Vorbesprechungen unter den Führern wurde ein gemeinsamer Kongreß nach Gotha 1875 einberufen, und hier gelang in der Tat die

Einigung der Lassalleaner und Eisenacher

durch Aufstellung eines einheitlichen Programms. Freilich bekam dieses Programm den ausgesprochenen Charakter eines Kompromißprogramms: von beiden Richtungen enthielt es die wesentlichen Bruchstücke. So kam der Marxismus vor allem in der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Wort und in der Aufstellung des Endzieles. „In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopole der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen," heißt es, und das Ziel muß sein: „die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft . . . die sozialistische Arbeiterpartei erstrebt mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft".

Dem Lassalleanismus wurde sein Recht durch die Einfügung, daß das eherne Lohngesetz durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit gebrochen werden müsse, daß ferner die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands zunächst im nationalen Rahmen wirken solle, freilich sich

des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt. Auch wurde ihm die Konzession gemacht: die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die beiden Organe „Der neue Sozialdemokrat" der Lassalleaner und der „Volksstaat" der Eisenacher, wurden beibehalten, jedoch fand schon im nächsten Jahre eine Verschmelzung insofern statt, als der „Vorwärts", das offizielle Parteiorgan, an die Stelle der beiden trat.

Marx war freilich mit dem „demoralisierenden" Programm wenig einverstanden, schrieb er doch an einen seiner Freunde, die deutsche Arbeiterpartei zeige, wenn sie dieses Programm annehme, daß ihr die sozialistischen Ideen nicht einmal hauttief säßen. Aber Marx wußte die deutschen Verhältnisse wenig gerecht zu beurteilen; hätten die Anhänger von Marx seinem Ratschlag Folge geleistet, so würde die Vereinigung der beiden Parteien, die auf die Ausbreitung der Sozialdemokratie zweifelsohne sehr günstig eingewirkt hatte, höchstwahrscheinlich nicht zustande gekommen sein.

III. Die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetze

1. Der Erfolg der vollzogenen Einigung zwischen Lassalleanern und Eisenachern blieb nicht aus. 1877 stieg die Zahl der sozialistischen Stimmen auf fast eine halbe Million. Die Regierung wurde bestürzt, aber anstatt, wie einsichtige Männer, z. B. die sogenannten Kathedersozialisten Prof. Schmoller, Wagner, Brentano usw., verlangten, durch Inangriffnahme einer energischen Sozialreform der wachsenden Unzufriedenheit den Boden zu entziehen, rüstete sie sich zu einer scharfen Bekämpfung der Sozialdemokratie. Bismarck, der Mann der rücksichtslosen Gewalt, suchte das „rote Gespenst" durch Gewalt zu bannen. Er verlangte ein eignes Gesetz zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Jedoch war der Reichstag dafür nicht zu haben. Erst als die Attentate Hödels und Nobilings auf den alten Kaiser Wilhelm, die man den Sozialdemokraten in die Schuhe schob, die öffentliche Meinung erschreckten, gelang es ihm, den Reichstag zur Annahme eines solchen Gesetzes, des sogenannten Sozialistengesetzes vom 19. Oktober 1878, zu bewegen.

Das Gesetz ließ es an Gründlichkeit nicht fehlen. Es gab der Regierung die Macht, sozialistisch erscheinende Vereine aufzulösen, desgleichen Zeitungen, wenn sie sich sozialistischer Bestrebungen schuldig machten, zu verbieten. Selbst der Belagerungszustand konnte über Städte und Orte verhängt werden, auf Grund dessen dann mißliebige Agitatoren ausgewiesen werden durften.

Die Regierung gebrauchte ihre Macht. Innerhalb eines starken halben Jahres war die ganze Organisation der sozialistischen Partei vernichtet, ihre Vereine aufgelöst, ihre Zeitungen unterdrückt, ihre Führer ausgewiesen. So waren bis 30. Juni 1879 schon 27 Vereine, 127 periodische und 278 nichtperiodische Zeitungen verboten worden. Über Berlin und Potsdam wurde schon kaum einen Monat nach Annahme des Gesetzes der kleine Belagerungszustand verhängt und 67 führende Sozialisten ausgewiesen. Hamburg und Altona traf 1880, Leipzig 1881, Frankfurt, Hanau und Offenbach 1886 das gleiche Schicksal. Die Ausgewiesenen zählten nach Hunderten.

2. Aber traten nun auch die erhofften Wirkungen ein? Für den Augenblick wohl. Das Gesetz war so schnell gekommen, daß die Sozialdemokratie zu Tode getroffen schien. Aber allmählich wurde der erste Schrecken überwunden; und da zeigte sich das Gegenteil von dem, was die Regierung erwartet hatte. Der Sozialismus erschien den Arbeitern als ein Martyrium für die gerechte Sache des unterdrückten Volkes. In den Herzen der von dem Gesetze Betroffenen aber wuchs die Erbitterung zu glühendstem Hasse aus, der in unermüdlicher Agitation für die verfolgte Partei seine Rache suchte.

Was aber der folgenschwerste Fehler auf seiten der Regierung war: man machte zwar den Versuch, die Quellen der Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen zu verstopfen, wählte aber hierzu einen unzulänglichen Weg. Die 80er Jahre brachten den Arbeitern die Arbeiterversicherungsgesetze, 1883 das Krankenversicherungsgesetz, 1884 das Unfallversicherungsgesetz, 1889 das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz. Gewiß sind diese ein Segen für die Arbeiterschaft gewesen, aber sie waren damals nicht das geeignete Mittel, ihre Herzen zu gewinnen. Hilfe bei Unfall, Krankheit, Invalidität ist weniger das, woran der Arbeiter denkt, wenn er den Kampf um das Dasein führt. Möglichst günstige Arbeitsverhältnisse, gute Behandlung kurze Arbeitszeit, genügender Lohn, das sind die Augenblicksinteressen, die ihn erfüllen. Sie wahrzunehmen, mußte dem Arbeiter der Weg gezeigt werden, mußte ihm die Möglichkeit gegeben werden. Aber anstatt dessen wurden z. B. die gewerkschaftlichen Organisationen, die sich gebildet hatten, auf gleiche Stufe mit Vereinen sozialistischer Richtungen gestellt, mußten gewerkschaftliche Fachvereine unter dem Namen von Gesang- und Turnvereinen sich vor den Schikanen der Polizei retten.

Und dann hätte man noch eins nicht vergessen dürfen. Der Arbeiterstand war voll Erbitterung, weil er sich gewissermaßen überall als ausgeschiedenen Teil der menschlichen Gesellschaft betrachtet sah. Er fühlte sich nicht als gleichberechtigt, nicht einmal als gleichberechtigt bei der Beratung seiner eignen Angelegenheiten, die „von oben herab" geregelt

wurden. Wollte man eine „Versöhnung" der Arbeiter, dann mußten diese überall zur Mitarbeit herangezogen werden, besonders bei der Regelung ihrer eignen Standesinteressen. So ist erklärlich, daß in den 80er Jahren die Sozialpolitik der Regierung Fiasko machte.

3. Die sozialistische Partei erholte sich bald wieder. Sie hatte den Sitz ihrer Organisation nach Zürich in der Schweiz verlegt, wo das Parteiorgan „Der Sozialdemokrat, Internationales Organ der Sozialdemokratie deutscher Zungen" erschien und mittels einer vorzüglich organisierten geheimen Zustellung an die Parteimitglieder („rote Feldpost") in Deutschland trotz der Polizei viel verbreitet wurde. Alle drei Jahre hielt die Partei ihre Kongresse ab, um die Stellungnahme der Reichstagsfraktion und sonstige Parteiangelegenheiten zu beraten, so 1880 auf dem Schlosse Wyden bei Offingen im Kanton Zürich, 1883 zu Kopenhagen, 1887 zu St. Gallen. Bemerkenswert ist eine Änderung des Parteiprogramms von Gotha durch den Kongreß zu Wyden. Es wurde nämlich beschlossen, in dem Absatz: daß „die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln den freien Staat usw." erstrebe, das Wörtchen „gesetzlich" zu streichen.

Konnte man auf den Kongressen ein steigendes Wachsen und Erstarken der Partei — so stieg der Abonnentenstand des „Sozialdemokrat" von 1880 auf 1883 um das Vierfache — feststellen, so nicht minder bei den Reichstagswahlen. Die Zahl der „roten Stimmzettel" vermehrte sich von Reichstagswahl zu Reichstagswahl. Zählte man 1881 nur 335 307 Stimmen, so stieg die Zahl bei den Wahlen 1884 über das höchste Maß der Stimmen hinaus, das man vor dem Sozialistengesetze jemals erreicht hatte, um 1887 sich abermals zu heben. Im Jahre 1890 wurden schon 1 427 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen das Bismarcksche Sozialistengesetz im Reichstag an Sympathie immer mehr verlor. Als vollends Bismarck 1890 seinen Abschied nahm, machte auch die Regierung keinen Versuch mehr, das Gesetz zu erneuern.

§ 9. Die deutsche Sozialdemokratie nach Beseitigung des Sozialistengesetzes 1890. Das Erfurter Programm

I. Die Neuorganisation der Partei nach dem Falle des Sozialistengesetzes

Am 1. Oktober 1890 hatte das Sozialistengesetz aufgehört zu existieren. Bebel hatte das Ende dieses wenig ruhmreichen Gesetzes mit den Worten gefeiert: „Damit hatte eine der traurigsten und schmachvollsten Episoden der deutschen Geschichte ihr Ende erreicht. Das Gesetz, das ins Leben gerufen wurde, um eine große Partei wegen ihrer Staatsgefährlichkeit

nach Möglichkeit zu vernichten, war an seiner vollständigen Erfolglosigkeit wie ein morsches Werkzeug zerbrochen. Die Sozialdemokratie, gegen die es sich richtete, hatte triumphiert, und so war einmal wieder der Beweis erbracht worden, daß wider Volksbewegungen, die aus der innern Natur der Dinge mit elementarer Notwendigkeit entstanden sind, man mit keinem Gewaltmittel auf die Dauer auskommen kann."

Man hatte den Fall des Sozialistengesetzes schon einige Zeit vorausgesehen und sich danach gerichtet. Noch im Oktober desselben Jahres (1890) hielt man zum erstenmal nach langen Jahren den sozialistischen Parteitag wieder auf deutschem Boden, in Halle, ab. Seine Aufgabe war die Organisation der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Unter dem Sozialistengesetz hatte man natürlich keine einheitliche Parteiorganisation einrichten können. Man hatte sich mit dem System von Vertrauensmännern beholfen, die der Leitung der Reichstagsfraktion unterstanden. Aber jetzt auch wurde der streng zentralistische Charakter gewahrt. Als oberste Instanz der Partei wurde der jährlich stattfindende Parteitag eingesetzt. In seinem Auftrage führte dann der Parteivorstand, ein zwölfgliedriges, vom Parteitag gewähltes Kollegium, die Leitung der gesamten Partei und zugleich die Kontrolle über die Parteipresse. Als offizielles Parteiorgan wurde der „Vorwärts" bestimmt, dessen Redaktion Liebknecht bekam.

Wichtiger aber war der folgende Parteitag zu Erfurt 1891, der der neu organisierten Partei ein Programm gab, mit dem sie die Agitation unter der Arbeiterschaft zu führen vermochte. Hatte man zu Gotha noch mit den Lassalleanern rechnen müssen, so war nun der internationale marxistische Charakter des Sozialismus entschieden. Die lange Zeit der Verfolgungen hatte die Einigkeit der Sozialdemokratie fester denn je gefügt. Von den Schlacken des Lassalleanismus konnte jetzt das Programm gereinigt und dem scharfen Tadel, den Marx über das Programm von Gotha ausgesprochen hatte, daß es „demoralisierend" wirke, seine Berechtigung genommen werden.

II. Das Erfurter Programm und seine Bedeutung

Das Erfurter Programm ist für die deutsche Sozialdemokratie das wichtigste Parteidokument bis heute geblieben. Scharfe Kritiken sind ihm nicht erspart worden, und der Ruf nach Revision hat nicht aufgehört. Aber es ist geblieben, wie es war, wohl schon deshalb, weil es den Marxismus in reinster Form wiedergibt, und sich selbst die Revisionisten allmählich bemühten, den Marxismus, so sehr sie auch ihn ganz anders deuten mochten, als unantastbare Grundlage der sozialistischen Weltanschauung, wenigstens nach außen hin, hochzuhalten. Auch wird nicht

zuletzt der Gedanke, daß es immerhin eine mißliche Sache ist, ein Programm, das der Bewegung feste Ziele gab, abzuändern, die Revisionisten zurückgeschreckt haben. Denn in diesen Sinne hat das Programm seine Dienste getan, mag man auch den Wert offizieller Parteidokumente gegenüber der lebendigen Tätigkeit der Führer nicht überschätzen dürfen.

Wenn wir die Bedeutung des Programms von Erfurt für die sozialistische Agitation in Deutschland herausheben wollen, so besteht diese in erster Linie darin, daß es den Arbeitern eine sie innerlich erfassende Weltanschauung bot. Und diese war die des Marxismus. Man könnte füglich darüber erstaunt sein, weil doch das sozialistische System von Karl Marx in Inhalt und Form recht wenig vollstümlich gehalten war. Aber das war gerade der große Vorzug des Erfurter Programms, daß es die marxistischen Ideen für die agitatorischen Zwecke der Partei zurechtstutzte, das weniger Verständliche ausschied, dafür aber jene Gedanken, die dem Empfinden des Arbeiters entgegenkamen, geschickt hervorkehrt und ausbaute.

1. Marx' Lehre baut sich auf dem Boden des historischen Materialismus auf, der alles für materielle Entwicklung erklärt und für Gott und eine unsterbliche Seele keinen Platz hat. Hiervon ging der Philosoph Marx aus, um sein wirtschaftliches System zu begründen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind ihm der Unterbau, auf dem sich alles andere in notwendiger Entwicklung aufrichtet, die rechtlichen, sozialen und religiös-sittlichen Verhältnisse der Menschen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst aber entwickeln sich nach ihnen immanenten Gesetzen.

Mit diesem Materialismus konnte man den deutschen Arbeitern nicht beikommen. Vielen blieb er sowieso unverständlich. Aber nicht nur das. Man hätte die deutschen Arbeiter vor den Kopf gestoßen, wenn man mit der materialistischen Weltanschauung, mit der Leugnung des Daseins Gottes als Grundlage eines wirtschaftlichen Systems vor sie getreten wäre.

Darum wurde davon im Erfurter Programm nichts gesagt. Im Gegenteil wurde sogar in einem Teile desselben „Religion als Privatsache" erklärt und dieser Satz in der Agitation so ausgelegt, als könne man auch dann Sozialdemokrat sein, wenn man dem christlichen Glauben treu bleiben wolle.

Sodann schlug man im Erfurter Programm die kluge Taktik ein, die Aufmerksamkeit der Arbeiter ausschließlich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zu richten. Was man ihnen im Erfurter Programm und in der agitatorischen Auslegung desselben sagte, ist ungefähr folgendes: In der heutigen Wirtschaftsordnung findet der Arbeiter nur immer größer werdendes Elend. Das liegt in dieser Ordnung

selbst begründet, und zwar deswegen, weil in ihr das Privateigentum herrscht, das wenigen einzelnen die Möglichkeit der Ausbeutung der übrigen Menschen gibt. Das Elend der Arbeiter wird erst beendet sein in der sozialistischen, auf dem Gemeineigentum beruhenden Zukunftsordnung. Diese kommt aber sicher und naturnotwendig. Die heutige Wirtschaftsordnung entwickelt sich von selbst dorthin. Sie entwickelt sich ja so, wie sie sich entwickeln muß, um das Gesellschaftseigentum herbeizuführen. Aller Besitz konzentriert sich in immer weniger Hände: Grund und Boden ebenso wie das Kapital. Die Konzentration wird beschleunigt durch die in der wirtschaftlichen Entwicklung beruhenden Krisen. Auf der andern Seite wächst das Elend der Arbeiter. Das führt zum Kampfe zwischen den beiden Klassen der Besitzenden und der Besitzlosen. In diesem Kampfe, der schließlich die Arbeiter aller Nationen umfassen wird, werden die Arbeiter die Macht an sich reißen, die wenigen Besitzenden ihres Eigentums verlustig erklären und dann die Produktion selbst auf die Rechnung der Gesamtheit übernehmen.

Das waren dieselben Gedanken, wie wir sie bei Marx finden, nur ist ihnen die philosophische Struktur genommen, ist ihnen vor allem die Begründung durch die materialistische Betrachtungsweise mit ihrer Leugnung alles Geistigen in der Welt entzogen.

2. Eine solche Beweisführung war für den Arbeiter verständlich. Dazu kam, daß der Hinweis auf die wirtschaftlichen Zustände der Sozialdemokratie zugleich eine Handhabe gab, an die mächtigste Leidenschaft des menschlichen Herzens zu appellieren, nämlich an den Haß. Ausbeutung, Elend, Knechtung — das ist heute das Los der Arbeit. Unermeßlicher Reichtum, alles beherrschende Macht, gewissenlose Rücksichtslosigkeit — das ist das Monopol der Besitzenden. Das wird immer wieder dem Arbeiter gesagt. Die Kritik, und zwar nicht jene, welche kritisiert, um zu bessern, sondern jene, welche kritisiert, um Haß und Erbitterung zu säen, ist das Mittel der Sozialdemokratie. Das lag nicht innerhalb der Gedankengänge von Marx, denn er hatte ausdrücklich sogar betont, daß die Unternehmer nicht daran schuld seien, daß sie zu „Ausbeutern" geworden, weil sie die wirtschaftliche Entwicklung dazu mache. Aber der agitatorische Sozialismus konnte solche Erklärungen nicht gebrauchen.

Auch die Aufstellung praktischer Forderungen, wie sie der zweite Teil des Erfurter Programms enthält, ist für das taktische Vorgehen der Sozialdemokratie von Bedeutung. Es sind jene Forderungen, die innerhalb des heutigen Staatswesens verwirklicht werden sollen, um diesem eine möglichst demokratische Form zu geben. Sie betreffen aber auch diejenigen Seiten unseres Staatswesens, hinsichtlich deren auf seiten der Arbeiter am meisten geklagt wird, so die Beteiligung an der Gesetzgebung, die Rechtsprechung, das Militärwesen usw.

3. Wenn man den Erfolg der Agitation, die die Sozialdemokratie auf Grund des Erfurter Programms entfaltet hat, völlig begreifen will, wird man noch ein anderes wichtiges Mittel derselben beachten müssen. Das ist die Vertröstung der Arbeiter auf den Zukunftsstaat. Wie dieser sich im einzelnen gestalten wird, das auszumalen, unterläßt zwar das Programm. Es wird die „Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion umgewandelt". Es wird dadurch „der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werden".

Aber dieser Fehler einer bestimmten Kennzeichnung der Zukunftsgesellschaft wird durch die Agitation geschickt ergänzt. Das geschieht dadurch, daß den heutigen Verhältnissen und ihren vielfachen Mißständen für die Arbeiter das Bild der glücklichen Zukunftsgesellschaft, wo alle diese Mißstände fallen, gegenübergestellt wird. Die neue Ordnung wird die Erlösung bedeuten für die Arbeiter, die Befreiung. Bedrückt beispielsweise den Arbeiter lange Arbeitszeit, dann heißt es: das wird in der Zukunftsordnung anders sein, da wird nur so lange gearbeitet, als notwendig ist, um die Bedürfnisse der Menschheit herzustellen, die übrige Zeit bleibt der Erholung. Trifft Unfall und Krankheit den Arbeiter, dann heißt es: das liegt in der Ausbeutung der Arbeiter in der heutigen Wirtschaftsordnung begründet. In der kommunistischen Gesellschaft wird die Arbeit durch das Volk selbst geregelt, dort werden die mit der Arbeit verbundenen Gefahren für Gesundheit und Leben beseitigt. Beklagt sich der Arbeiter ferner über schlechte Wohnungsverhältnisse, so heißt es wiederum: das kann in der heutigen Wirtschaftsordnung nicht anders sein; erst die Zukunft wird endgültige Heilung dieser Mißstände bringen. So beschränkt man sich auf eine allgemeine Beschreibung der Zukunftsordnung als der Quelle höchster Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung. Das genügt völlig, die Phantasie der Arbeiter mit hoffnungsvoller Begeisterung zu erfüllen, erspart anderseits die Gefahr, durch Ausmalung künftiger Zustände im einzelnen einer unbequemen Kritik ausgesetzt zu werden.

III. Der Wortlaut des Erfurter Programms und einige textliche Erläuterungen des grundsätzlichen Teils

Das Erfurter Programm umfaßt zwei Teile, einen grundsätzlichen und einen praktischen Teil, der mit den Worten beginnt: „Ausgehend

von diesen Grundsätzen usw." Die Erläuterung zum ersten Teil, die wir geben, soll nur eine Einführung in den Zusammenhang der Gedankengänge bezwecken; eine nähere Auseinanderlegung des Inhalts, so wie sie in den agitatorischen Schriften der Sozialdemokratie selbst geboten wird, geben wir im letzten Kapitel, um zugleich eine Widerlegung der vorgebrachten Irrtümer damit verbinden zu können. Dagegen soll der zweite, praktische Teil des Programms im folgenden Abschnitte mit längern Bemerkungen versehen werden.

Das Erfurter Programm

„I. Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergange des Kleinbetriebs, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armée der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Lager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und vollen Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu

sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Menschheit, die unter den heutigen Zuständen leidet. Aber diese Befreiung kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle andern Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in

der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

II. Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:[1])

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höhern Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weitern Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes.

[1]) D. h. innerhalb der heutigen Gesellschaft, in der Privateigentum der Produktionsmittel besteht.

Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage: a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags. b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen. d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter. e) Verbot des Trucksystems.

2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung."

Erläuterungen zum grundsätzlichen Teile

Der unter I bezeichnete grundsätzliche Teil ist der bei weitem wichtigere. Es lassen sich in ihm drei Hauptgruppen von Gedanken unterscheiden.

Die erste bringt die Kennzeichnung der heutigen Wirtschaftsordnung und ihrer Folgen in vier Abschnitten. Zu beachten sind im ersten Satze die Worte, daß „mit Naturnotwendigkeit" die Entwicklung zum Unter-

gange des Kleinbetriebs führe. Das ist die einzige Bemerkung, die auf die materialistische Geschichtsauffassung hinweist, auf die Lehre, daß ausschließlich materielle Interessen sowohl die Entwicklung in der Natur wie auch in der Menschheit beherrschen und sie mit Naturnotwendigkeit, die kein Mensch durchbrechen könne, zu einem bestimmten Ziele, zum Ziele des Zusammenbruchs der heutigen Ordnung führe. Die dann folgenden Ausführungen bringen die bekannten Gedanken, die in der sozialistischen Presse, in den sozialistischen Agitationsreden immer wiederkehren. Die heutige kapitalistische Entwicklung schafft auf der einen Seite die besitzlosen Proletarier, die keine Produktionsmittel mehr haben, keinen Grund und Boden, kein sonstiges Kapital (Werkzeug usw.), auf der andern Seite eine verhältnismäßig geringe Zahl von die Produktionsmittel besitzenden Kapitalisten und Großgrundbesitzern. Im Konkurrenzkampfe werden die Kleinbetriebe verdrängt durch die großen. Es verschwinden der Mittelstand, die Kleinbürger und die Bauern. Alles also, was die Entwicklung des Maschinenwesens und die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskraft an Vorteilen bringt, fließt den Besitzern der Großbetriebe zu. Die Entwicklung bedeutet für die besitzlosen Proletarier, die von den Besitzenden rücksichtslos ausgebeutet werden, „Elend, Druck, Knechtung" usw., die sich fortwährend vergrößern, weil eben die Maschinenarbeit Arbeitskräfte überschüssig macht und die Lage der besitzlosen Arbeiter gegenüber den besitzenden Kapitalisten verschlimmert. Gesteigert werden diese Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Krisen, die durch die Art der kapitalistischen Produktion bewirkt werden, die blindlings drauflos produziert, die keine Übersicht über die Masse der Produktion hat, Stockung des Absatzmarktes dadurch herbeiführt.

Da muß der Zusammenbruch kommen, weil eben ein Zustand eintreten wird, der zeigt, daß das Privateigentum unter der heutigen Produktionsweise nicht zu halten ist.

Die zweite Gruppe der Gedanken befaßt sich in zwei Abschnitten mit der Umwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gesellschaftseigentum, wodurch allein bewirkt wird, daß der Großbetrieb und die wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeutete Klasse „aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde".

Endlich gibt die dritte Gruppe den Weg zum Ziele an. Es ist der politische Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, die Sozialdemokratie organisiert diesen Kampf zu einem einheitlichen, zu einem internationalen.

IV. Erläuterungen zu den praktischen Forderungen des Erfurter Programms

Die praktischen Forderungen des zweiten Teils des Erfurter Programms bieten nicht etwa einen Organisationsplan des sozialistischen Zukunftsstaates, sondern nur jene Forderungen, die die Sozialdemokratie an die Verfassung und Verwaltung des heutigen Staates stellt, um ihm ein möglichst demokratisches Gepräge, das Gepräge einer Volksregierung zu geben; der heutige Staat soll dadurch, soweit es bei einem „kapitalistischen" Staatsgebilde, das nicht auf dem Gemeineigentum beruht, erreichbar ist, den Grundzügen der demokratischen Zukunftsregierung angepaßt werden.

Als dem für die Mittelmächte Europas unglücklichen Auslauf des Weltkrieges die Revolution in Deutschland folgte, wurde hier ein großer Teil der Forderungen zur Verwirklichung geführt: die Sozialdemokratie hatte eben nach dem völligen Sturze der frühern Regierung die politische Macht errungen, das nun auszuführen, was sie jahrzehntelang ihren Anhängern versprochen. Ob die neugeschaffenen Grundlagen unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Allgemeinheit zum Segen gereichen, muß die Zukunft lehren. Vorderhand ist es immerhin von Bedeutung, die Begründung kennen zu lernen, die die Sozialdemokratie in der Agitation dem zweiten Teile ihres Programms zu geben pflegte. Wir setzen sie hierher, wie sie sich in der populären Erläuterung ddes Erfurter Programms von Bruno Schönlank und Karl Kautsky finden. (Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie, Erläuterungen zum Erfurter Programm von Karl Kautsky und Bruno Schönlank, Berlin 1910, Buchhdlg. „Vorwärts", 10 Pf.)

Zu 1. Wahl- und Stimmrecht:

Wer mit dem zwanzigsten Lebensjahre der Militärpflicht, d. h. der Pflicht, sich zur Aushebung zu stellen, genügt . . . wer mit dem einundzwanzigsten Lebensjahre die Großjährigkeit, die bürgerliche Verfügungsfreiheit erlangt, der ist auch zur politischen Mündigkeit, zum Wahl- und Stimmrecht herangereift . . . Tatsächlich ist die wirtschaftliche Mündigkeit für die große Mehrzahl der Reichsangehörigen, welche auf ihre Arbeitskraft angewiesen ist, schon vor dem zwanzigsten, sicher aber bis zum zwanzigsten Lebensjahr eingetreten. . . . Die Frau gleich dem Manne soll das Wahl- und Stimmrecht erhalten, die Unterdrückung des Weibes durch den Mann auch auf diesem Gebiete soll beseitigt werden. . . .

Proportionalwahlsystem; Neueinteilung der Wahlkreise:

Die verschiedenen Parteien sind erst dann richtig vertreten, wenn sie im Verhältnis ihrer Gesamtstimmenzahl Abgeordnete besitzen. Wenn man bedenkt, daß z. B. die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen von 1907 von 11 262 775 abgegebenen gültigen Stimmen 3 259 020 (fast 29 Prozent) auf

ihre Kandidaten vereinigte, trotzdem aber nicht 114 Abgeordnete, wie ihr nach diesem Verhältnis gebührten, sondern nur 43 auf 397 (11 Prozent) in den Reichstag geschickt hat, so zeigt sich die Unvollkommenheit der jetzigen Wählart auf das deutlichste. . . . Leitender Grundsatz ist, daß die Zahl der Vertreter einer Partei sich nach der Gesamtzahl der bei den betreffenden Wahlen für diese Partei überhaupt abgegebenen Stimmen richtet. Die Minderheiten kommen so zu ihrem Rechte, die Stärke der parlamentarischen Fraktionen entspricht der Stärke der Parteien, Stichwahlen kommen in Wegfall. . . . Bis zur Einführung des neuen Wahlverfahrens ist das alte zu verbessern. Nach dem Wahlgesetze für den Deutschen Reichstag soll auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter gewählt werden. Ein Überschuß von mindestens 50 000 Köpfen der Gesamtbevölkerung eines Bundesstaats berechtigt zu einem weitern Mitglied. Bekanntlich beträgt aber heute die Zahl der Reichstagsabgeordneten nur 397, sie entspricht also nicht dem tatsächlichen Stande der Reichsbevölkerung, sondern gründet sich auf eine vor einem Menschenalter festgestellte Bevölkerungszahl. . . . Aus welchen Beweggründen die Regierung und die herrschenden Parteien sich davor hüten, diese Angelegenheit auch nur zu erörtern, liegt auf der Hand. Sie befürchten, daß die Neueinteilung der Wahlkreise der Arbeiterpartei einen großen Zuwachs von Vertretungen verschaffen würde. Bei dem Gange der Entwicklung strömen immer mehr Arbeitskräfte nach den Sammelbecken von Handel und Wandel, nach den Mittelpunkten der Großgewerbe, nach den Großstädten. Das platte Land, ein Hauptsitz der rückständigen Parteien, entvölkert sich, die Proletariermassen werden an einer Reihe von Brennpunkten zu immer dichtern Haufen zusammengeballt, die Aufklärung, das Klassenbewußtsein dringen in immer weitere Schichten. Die Wahlerfolge der Sozialdemokratie würden durch eine Neueinteilung der Kreise sich erheblich mehren. Die Scheu vor dem Eintritt dieses unvermeidlichen Geschehnisses ist die Ursache dafür, daß man an der längst veralteten Ordnung der Wahlkreise mit Zähigkeit festhält. . . .

Zweijährige Gesetzgebungsperioden:

Die Gesetzgebungsperiode (Legislaturperiode) ist der Zeitraum, für welche eine gesetzgebende Körperschaft gewählt ist. Innerhalb dieses Zeitraumes sind die der gewählten Körperschaft obliegenden Geschäfte zu erledigen; mit seinem Ablauf erlöschen die Vollmachten der Vertreter und ihrer Gesamtheit. Für den Deutschen Reichstag bestand früher eine Gesetzgebungsperiode von dreijähriger Dauer; das Gesetz vom 19. März 1888 setzte an ihre Stelle eine fünfjährige. . . . Jede Wahl gibt der Sozialdemokratie die günstige Gelegenheit, auf breitester Grundlage und am wenigsten gehindert durch polizeiliche Quengeleien, durch gesetzliche Ränke und Schwänke, durch all den Wust arbeiterfeindlicher Paragraphen und Verordnungen für ihre Grundsätze zu wirken. Zu wirken in den weitesten Kreisen der Bevölkerung, auch unter denjenigen, welche bei andern Gelegenheiten, zu andern Zeitpunkten schwer zu erreichen und kaum aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln sind. Hier kann mit einem Schlage die Erörterung wichtiger Zeitfragen zu einer allgemeinen gemacht, hier können bis auf das weltfernste Dörfchen, bis in den letzten Winkel der Großstadt die Lehren der Sozialdemokratie getragen werden.

Zu 2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk:

Diejenigen, für welche die Gesetze geschaffen wurden, diejenigen, welche an ihrem Leibe die Wirkungen der Parlamentsbeschlüsse erfahren, und mit ihrem Gut und Blut dafür einzustehen haben, diejenigen, auf deren Schultern die öffentlichen Lasten ruhen, die breiten Massen des Volkes müssen zu Wort kommen, sie müssen ihre Ansicht zum Ausdruck und zur Geltung bringen können. Ihnen muß in letzter Linie die Entscheidung über die gesetzgeberisch bedeutsamen Fragen zufallen. . . . Die direkte Gesetzgebung durch das Volk, wie sie sich in den größern Staatsverbänden der Schweiz gestaltet hat, setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen, einem anregenden und einem beschließenden, aus dem Vorschlagsrecht des Volkes, auch Volksinitiative genannt, und aus der Volksabstimmung über die Gesetze, dem sogenannten Referendum. Zwischen beiden wirkt als regelmäßiges Organ der Rat, die gewählte Volksvertretung, der nicht mehr ein gesetzgebender, sondern nur noch ein gesetzvorschlagender, d. h. ein bloßer Ratgeber ist, dessen Rat das Volk annehmen oder verwerfen kann. So steht der Rat zwischen zwei Feuern.

Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde:

Die Selbstverwaltung ist hier eine wirklich demokratische, nicht ein Werkzeug der Besitzenden. . . . In der Gemeinde so gut wie im Kreis, in der Provinz wie im Staat und Reich herrscht dann die freie Selbstbestimmung, die von den Bürgern der Gemeinde selber ausgeht. So erzieht sich das Volk selber zu politischer Tätigkeit und entwindet der Verwaltung vom grünen Tische die ihr heute eignenden Vollmachten. . . .

Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben:

Die Behörden sind Vollstreckungsorgane des Volkes, sie sind deshalb vom Volke zu wählen, von ihm mit ihren Befugnissen auszustatten, ihm allein für ihre Amtsführung verantwortlich und haftbar. Verantwortlich nach der strafrechtlichen, haftbar nach der zivilrechtlichen Seite. Die vom Volke bestellten Beamten vom obersten bis zum letzten sind für jede Überschreitung ihrer Vollmachten, für jeden Verstoß, den sie sich zuschulden kommen lassen, zur Rechenschaft zu ziehen, so daß einer willkürlichen, rechtswidrigen Geschäftsführung die Strafe auf dem Fuße folgt. Erwächst aus dem Vorgehen des Beamten ein materieller Schaden, so ist er verpflichtet, dafür aufzukommen. . . .

Jährliche Steuerbewilligung:

In dem Augenblicke, in welchem der Regierung über ein Steuerjahr hinaus Vollmachten zugebilligt werden, wird das Parlament zum Schatten, das Volk zum Schatten dieses Schattens. . . . Ohne dies Recht wird aus dem Säckel der Nation aufs Geratewohl gewirtschaftet, mit vollen Händen wird hier gegeben, dort genommen, der Lebensnerv des Staates wird getroffen, und die beste Handhabe, das Regiment des gemeinen Wesens in den Schranken der Verfassung und der Gesetze zu halten, ist rettungslos preisgegeben. . .

Zu 3. Erziehung zur allgemeinen Wehrfähigkeit:

Der leitende Gedanke, welcher Umfang und Weise der Turn- und Kampfspiele bestimmt, ist die Erziehung der Bürger zur Wehrfähigkeit. . . . Schon dem Kinde ist die Auffassung einzuimpfen, daß niemand es verdient, ein Freier zu heißen, der nicht die Waffen zu führen und mit seinem Blut für die Freiheit einzustehen und für sie zu sterben weiß. . . .

Volkswehr an Stelle der stehenden Heere:

Das heutige Heerwesen beruht zwar auf der allgemeinen Wehrpflicht, aber es stellt sich in schroffen Gegensatz zum Volke. . . . Ein Staat im Staate, mit eigner Verfassung, eignen Gesetzen, eigner Gerichtsbarkeit, losgelöst von den Beziehungen zu den Bürgern, durch eine Kluft von denen getrennt, aus deren Kreisen sie gekommen sind, zu denen sie zurückkehren müssen, sind die Soldaten nicht das Volk in Waffen, wofür der ruhmredige Eifer der Gutgesinnten sie ausgeben möchte. . . . Wie das Heerwesen unserer Tage auf das innigste verwachsen ist mit der heutigen Wirtschaftsweise, die ohne stehendes Heer nach innen und nach außen, als Deckung gegen die aufstrebende Arbeiterschaft und als Kampfmittel gegen den fremdländischen Wettbewerb, nicht auszukommen vermag, wie die politische Entwicklung das ewige Rüsten zum Zwangsgesetze des modernen Staates gemacht hat, welches ihn unaufhaltsam vorwärts in sein Verderben treibt, das tritt mit sinnenfälliger Klarheit mehr und mehr zutage. Bis an die Zähne gewaffnet stehen sich die Staaten gegenüber, und der unersättliche Schlund des Kriegswesens verschlingt Tausende von Millionen, die den Völkern entrissen werden, mögen sie auch im Jammer des Daseins vergehen und unter der stärker und stärker anwachsenden Last eines Tages zusammenbrechen. . . . An die Stelle dieser verderblichen Einrichtung, welche das Volk zugrunde richtet, sei die Volkswehr gesetzt. . . . In Friedenszeiten werden die Wehrfähigen zu kurzen Übungen eingezogen und sorgsam im Dienst unterwiesen, für den Krieg aber werden sie auf Grund eines vorbereiteten Planes in bestimmte Gefüge eingegliedert. Jeder taugliche Bürger sei Wehrmann, die Waffen mögen über seinem Herde hängen! Die Volksbewaffnung ist eine vollendete Tatsache, die lange Dienstzeit, die unerträgliche Ausgabenlast fallen fort, die Trennung von Bürgern und Heer hört auf, das Volksheer ist geschaffen. Die schweizerische Heeresverfassung, die auf diesen Grundsätzen beruht, offenbart, was eine Volkswehr auf großer Stufenleiter zu leisten vermag. . . .

Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung:

Bei den Spannungszuständen der Weltpolitik, bei der Raschheit der Entschließungen tritt das Ereignis oder die Folge von Ereignissen, welche zum Entscheid über Krieg und Frieden führt, so schnell ein, daß die in Friedenszeiten übliche und zulängliche Volksabstimmung als zu schwerfällig sich erweisen und von den Geschehnissen überholt werden würde. Die von den Wählern bestellte Vertretung übernimmt deshalb die schwere und verant-

wortungsreiche Aufgabe, das lösende Wort zu sprechen und den Umständen gemäß, so wie das Gemeinwohl es erheischt, ohne Haß und ohne Neigung, mit kühler Unbefangenheit zu handeln. . . .

Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege:

Völkerrechtliche Streitigkeiten durch die Waffengewalt zum Austrag zu bringen, ist ein Verfahren, dessen Anwendung nur die äußerste Not, der härteste Zwang der Dinge rechtfertigt. . . . Daß einzelne Personen, so König Leopold von Belgien, so in dem Karolinenstreite zwischen Deutschland und Spanien 1886 der Papst Leo XIII., als Schiedsrichter tätig waren, zeugt dafür, daß, wenn nur der gute Wille vorhanden ist, die Zwistigkeiten billig und gütlich beigelegt werden können. Doch eine gesetzliche Verpflichtung, welche die Regierung unweigerlich bindet, der Volksvertretung einen bestimmten Weg vorzeichnet, ist notwendig, um jeden Zweifel zu beheben.

– Zu 4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken:

Ein dichtmaschiges Netz von Gesetzen und Polizeiverordnungen spannt sich in Deutschland über Vereins- und Versammlungswesen, über die öffentliche Erörterung in Wort und Schrift. Die Bewegungsfreiheit der Parteien, welche sich gegen die herrschenden Zustände wenden, ist dadurch auf das ärgste beschränkt, das politische wie das öffentliche Leben überhaupt in die drückende Luft des Polizeistaates gebannt. . . . Die gesellschaftlichen Gegensätze verschärfen sich zusehends, der schreiende Widerspruch in der Behandlung des Bürgertums und der Arbeiterklasse springt in die Augen. Die Unternehmerverbände ungestört, ja von oben gestützt und geschützt, die Arbeitervereinigungen scheel angesehen, durch Nörgeleien geärgert und gehemmt oder kurzweg unterdrückt. . . Das Gefährliche des gegenwärtigen Zustandes ist es, daß nach dem Gutdünken der Regierung die Zügel straffer angezogen und gelockert werden können, daß das Belieben der Gewalthaber, wie es sich ergibt aus der jedesmaligen Lage der Dinge, mit den bürgerlichen Freiheiten Fangball spielen kann. . . . Das 1908 vom konservativ-liberalen Block geschaffene Reichsvereinsgesetz beginnt zwar mit dem Satze: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Staatsgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden, und sich zu versammeln." Aber der § 12 dieses Gesetzes schreibt für die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen die deutsche Sprache vor. Nicht alle Reichsangehörigen sind der deutschen Sprache mächtig. Das natürlichste Recht der Gebrauch der Muttersprache, soll diesen Reichsangehörigen genommen werden, und da sie meist nicht deutsch sprechen, wird ihnen das Vereins- und Versammlungsrecht genommen. Der § 17 desselben Gesetzes verbietet den noch nicht 18 Jahre alten Reichsangehörigen den Gebrauch des Vereins- und Versammlungsrechts. Der Gebrauch eines der elementarsten Menschenrechte wird zur strafbaren Handlung.

Zu 5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

Im öffentlichen wie im privaten Recht die Unterordnung des Weibes, die Vormundschaft und das Vorrecht des Mannes. Kein Anteil am politischen Leben, keine Freiheit der Ausbildung, der Berufstätigkeit, kein Stimm- und Wahlrecht; privatrechtlich Einschränkung über Einschränkung in der Verwaltung der eignen Angelegenheiten, mag es sich um eine Bürgschaft, um einen letzten Willen, um die Geschicke der Familie handeln. Der Widerspruch der gesellschaftlichen Tatsachen mit den bestehenden Gesetzen ist ein offenbarer. Die Frau ist mitten in den Strudel des wirtschaftlichen Lebens hineingerissen, sie ist auf eigne Füße gestellt, zum Erwerb außerhalb des Hauses, fern vom eignen Herde gezwungen worden. Mit der Frauenarbeit, welche einen immer stärkern Bruchteil der gewerblichen Arbeit bildet, ist eine Gesetzgebung nicht vereinbar, welche das Weib als das durchaus abhängige Mündel des für seinen Unterhalt sorgenden Mannes auffaßt, während in Wirklichkeit das Weib immer mehr selbsttätig wird, selbst erwirbt und oft genug den gesamten Haushalt, den Mann und die Kinder zu erhalten genötigt ist. Je empfindlicher der Rückschritt der Lage des arbeitenden Volkes, desto größer die Zunahme der Ehelosigkeit, desto schärfer die Zuspitzung der Frauenfrage. Gerade das Weib, das die Männer aus einem Erwerbszweige nach dem andern verdrängt, das den schäbigsten Angriffen des Unternehmertums am meisten ausgesetzt, das unter den bestehenden Verhältnissen zu harter Arbeit bei niedrigstem Entgelt verurteilt ist und oft genug nicht bloß seine Arbeitskraft, sondern auch seinen Leib verkaufen muß, das Weib, sagen wir, ist am hilflosesten dem Sturm und Drang des Daseinskampfes überantwortet, ist rechtlos und mit tausend Banden gefesselt.

Zu 6. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Diejenigen, welche die Entwicklungsstufe des religiösen Bewußtseins hinter sich, welche sie überwunden haben, müssen den gleichen Rechtsschutz, dieselbe Sicherheit wie die Gläubigen genießen. Dieser Grundsatz der Duldsamkeit ist auf das strengste durchzuführen, eine Pfaffenherrschaft ist gleich unerträglich, mag die Pfäfferei als Gottesleugnerin oder als Gottesbekennerin auftreten.

Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken:

Da der Staat die Religion als Privatsache zu betrachten hat, so ist er nicht berechtigt oder verpflichtet, öffentliche Mittel für kirchliche und religiöse Zwecke zu verwenden. Die Einnahmen des Stadtsäckels fließen aus den Beiträgen aller Angehörigen des Gemeinwesens ohne Unterschied des Bekenntnisses, die Steuerpflicht trifft jeden, mag er sich zu einem Glauben bekennen oder nicht. Es geht deshalb nicht an, daß die öffentlichen Gelder, welche die Bedürfnisse des Staates decken sollen, zu Nutz und Frommen einer Kirche, eines religiösen Bekenntnisses in Anspruch genommen werden.

Zu 7. Weltlichkeit der Schule:

Der Unterrichtszweck ist die geistige Ausbildung, die Übermittlung eines bestimmten Wissens, einer Reihe tatsächlicher Kenntnisse, die geistige Aus-

bildung des heranwachsenden Geschlechts. Die Unterweisung der Kinder mit religiösen Dingen zu verquicken ist ein grundsätzlicher Fehler. Die Mitwirkung kirchlicher Kräfte beim Unterricht ist deshalb unzulässig, die religiöse Unterweisung der Kinder, soweit eine solche von der Familie für nötig gehalten wird, ist von dem Schulplan auszuschließen.

Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen:

Die Schulpflicht ist zu einer Volksschulpflicht zu erweitern. Wenn alle Kinder ohne Rücksicht auf die Stellung ihrer Eltern eine Schule zu besuchen gehalten sind, dann wird die Volksschule ihren Namen mit Recht verdienen. Dann wird sie auch die natürliche Vorstufe für die höhern Unterrichtsstufen sein und den unmittelbaren Übergang eines jeden Befähigten von jener zu dieser ermöglichen.

Zu 8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes:

Die beim Suchen des Rechts erwachsenen Kosten machen es dem Armen in vielen Fällen unmöglich, die richterliche Entscheidung herbeizuführen. . . . Heute schreckt die Kostenrechnung von Gericht, Gerichtsvollzieher, Anwalt nur zu viele ab, denen bitteres Unrecht widerfahren ist, weil ihre wirtschaftliche Lage keine derartige Belastung erträgt.

Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter:

Eine immer tiefere Kluft scheidet das Rechtsbewußtsein des Volkes von den Ergebnissen der gelehrten Rechtsprechung unserer Tage. Der Widerstreit zwischen der neuen Weltanschauung, wie sie von der Arbeiterklasse vertreten wird, und dem in der bürgerlichen Welt wurzelnden Richterstand ist nur eine Wiederholung des Klassengegensatzes, ein Zusammenstoß zwischen Besitzenden und Besitzlosen auch auf diesem Schlachtfelde. Es ist ein alter Grundsatz, den wir verfechten, wenn die Wahl der Richter durch das Volk von uns gefordert wird.

Zu 10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer:

Soll eine durchgreifende Änderung im Sinne eines richtigen Ausmaßes der Auflagen sich vollziehen, so muß eine einzige allgemeine Einkommensteuer an Stelle der mannigfachen Abgaben treten. . . . Die geforderte einzige allgemeine Einkommensteuer ermöglicht ein Verfahren, das den Bezug der für das Gemeinwesen nötigen Einnahmen vereinfacht, verbilligt und beschleunigt. Sie trifft den Steuerpflichtigen, ohne ihm zu gestatten, seine Steuer auf andere abzuwälzen, wie dies bei andern Steuern der Fall ist, sie verteilt die Lasten je nach der Steuerkraft des einzelnen, wie diese sich ausdrückt in der Höhe seines Einkommens. Je nach der Größe des Einkommens ist, um eine gerechte Verteilung herbeizuführen, die Steuerlast des Pflichtigen festzustellen, die Einkommensteuer muß sich stufenweise von unten nach oben in bestimmten Verhältnissen erhöhen. Der Steuersatz muß mit der Größe des Einkommens wachsen. Die Leistungsfähigkeit nimmt in stärkerm Verhältnis als das Einkommen zu,

da mit dem Wachstum des letztern das sogenannte „freie" Einkommen einen immer größern Anteil des Einkommens ausmacht. Wie hoch der Steuerfuß zu bemessen ist, hat die Praxis zu entscheiden. Als allgemein gültiger Grundsatz ist daran festzuhalten, daß die kleinen Einkommen, sofern sie gerade zur Deckung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse (Existenzminimum) ausreichen, steuerfrei zu belassen, die übrigen stufenweise nach ihrer Größe zu treffen sind. . . . In Verbindung mit der eben gekennzeichneten Einkommensteuer fordern wir eine allgemeine Vermögenssteuer. Der Kernpunkt ist die Frage des verschiedenen Ausmaßes der Steuer nach der Art des Einkommens, je nachdem dieses ein auf Besitz, auf Vermögen oder ein auf Arbeit gegründetes ist. (Ersteres nennt man „fundiertes", letzteres „unfundiertes" Einkommen.) Die Vermögenssteuer soll neben der Einkommensteuer eine höhere Besteuerung des fundierten Einkommens bewirken. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, in der Abstufung der Steuern das durch geistige Tätigkeit, durch Kopfarbeit erzielte Einkommen, welches mit dem Versiegen der geistigen Tätigkeit untergeht, von dem arbeitslosen, auf Zinsgenuß, Grundrente usw. beruhenden Einkommen zu scheiden.

Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft:

Die Erbschaftssteuer, welche von dem im Todesfall auf Dritte übergehenden Vermögen erhoben wird, ergänzt die Einkommen- und Vermögensbesteuerung. Bei der Aufnahme des Nachlasses findet die Nachprüfung der Steuerkraft des Erblassers statt, und bei sorgfältiger Aufstellung ist die Gelegenheit geboten, Steuerhinterziehungen des Verstorbenen auf den Grund zu kommen und die vergangenen und unterschlagenen Steuern nachzuholen und eine angemessene Geldbuße für die Hinterziehung einzuziehen. Zugleich ist die Kontrolle für die zukünftige Steuer des Erben selbst gegeben. . . . Die Erbschaftssteuer ist jedoch nicht bloß ein Kontrollmittel, sie soll eine allgemeine Vermögenssteuer sein. . . . Dadurch, daß die Erbschaftssteuer stufenweise steigt nach der Größe des Erbguts, ist eine Überlastung der schwachen Steuerkräfte vermieden. Je kleiner die Erbmasse, desto geringer die Abgabe. Der Kleinbesitz, der kleine Bauer, der Händler, der Handwerker werden auf diese Weise ihrer ganzen Stellung gemäß behandelt und gebührend entlastet. Wer einige Morgen Land, ein Werkstättchen, einen Kramladen ererbt, wird in einem andern Verhältnis besteuert als der Reiche, dem große Besitzungen, Fabriken u. dgl. zufallen.

Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern:

Wie die Zölle auf Vieh, Holz, Getreide, Petroleum usw., so sind die Tabak-, Bier-, Branntwein-, Zuckersteuern, nicht minder die städtischen Verzehrungssteuern (Oktroi) eine den Besitzlosen, den kleinen Leuten durch die herrschenden Klassen aufgewälzte Last. Die Absicht ist sinnenfällig und sie wird nur zu sehr

erreicht: die wirtschaftlich Schwachen zugunsten der Starken mit der vollen Wucht einer ungerechten Besteuerung zu treffen, einer Besteuerung, die den Armen um so härter trifft und um so mitleidsloser aussaugt, je günstiger und entlastender sie für den Reichen wirkt. Indem die notwendigen Lebensbedürfnisse der breiten Volksschichten zum reichsprudelnden Quell staatlicher Einnahmen und kapitalistischer Gewinne gemacht werden, wird die Aussaugung der Arbeiter vollendet.

II.

Zu 1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung:

Der Arbeiterschutz hat nicht nur die Fabrikarbeiter, er hat die Arbeiter im handwerksmäßigen Betrieb, in der Hausindustrie zu erfassen. Die im Verkehrswesen, in Handel und Wandel Tätigen, die kaufmännischen Angestellten so gut wie die in den der Beherbergung und Erquickung dienenden Gewerben beschäftigten Arbeiter bedürfen der staatlichen Fürsorge nicht minder wie die Millionen, welche in Land- und Forstwirtschaft ihr kärgliches Dasein fristen. Nicht bloß die Schlotjunker, auch die Krautjunker, die Standesherren und die Reeder, die kaufmännischen Verleger und die Innungshelden, sie alle müssen die zügelnde Hand des Arbeiterschutzes spüren, wenn anders der drohende Niedergang der Volksmasse, der Ruin der Arbeiterschaft verhütet werden soll. ... Alle Nationen, alle Länder bewegt der Gedanke des Arbeiterschutzes, und so wird diese Bewegung des nationalen Eingriffs zugunsten der Unterdrückten folgerichtig international. Die tatsächliche Vorbedingung dazu ist gegeben, der internationale Wettbewerb. Die Kapitalisten schließen sich in großen, mächtigen Verbänden, Kartellen und Syndikaten zusammen, die mit allen Mitteln eine Steigerung der Profite herbeizuführen suchen. Viele Kartelle sind international. Einig sind die Kapitalisten aller Länder in dem Streben, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken. Jedes Arbeiterschutzgesetz wird von den Vertretern der Kapitalisten mit dem Hinweis auf die Schutzlosigkeit der Arbeiter in andern Ländern bekämpft. Auf diese Weise reifte der Vorschlag, gleichzeitig, gemeinsam vorzugehen, um den Kapitalisten die Ausrede der gefährdeten Konkurrenzfähigkeit zu nehmen. ... Töricht ist es, wenn der Eigennutz der Unternehmer in hohlen Flausen den Druck der internationalen Konkurrenz verantwortlich macht für die Nichteinführung oder Nichtausdehnung des Arbeiterschutzes in einem einzelnen Lande. Es ist nicht nötig, damit zu warten, bis internationale Abmachungen getroffen sind. Wenn Österreich, das gewerblich weit hinter dem Deutschen Reiche zurücksteht, wenn die kleine Schweiz Arbeiterschutzgesetze einführen, so kann Deutschland nicht bloß das gleiche, sondern mehr tun.

Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstags:

Der Normalarbeitstag stählt die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter, er verkürzt nicht die Löhne, wie seine Gegner fabeln, er steigert sie. Die Industrie schädigt er nicht, im Gegenteil nötigt er sie zu technischen Verbesserungen, zu

verständigerm, intensiverm Wirtschaften, zu zahlreichen Ersparnissen. Die Verkürzung der Arbeitszeit vermindert durchaus nicht die Menge der erzeugten Waren, denn die Leistungsfähigkeit des Arbeiters, seine Frische, seine Aufmerksamkeit stehen im umgekehrten Verhältnis zur Länge des Arbeitstags: je kürzere Zeit er schafft, desto Besseres leistet, desto mehr produziert er. . . . Je länger der Arbeitstag, desto stumpfer wird der Arbeiter, desto schlechter die Arbeitsleistung, desto zahlreicher die Unfälle usw. Dazu tritt die reißend schnelle Entfaltung des Maschinenwesens; die Unternehmer führen schneller laufende, bessere, größere Maschinerie ein, ersetzen die Handarbeit durch die maschinelle. Daß dabei die kleinen Unternehmer zugrunde gehen, rascher zugrunde gehen, als wenn der alte Schlendrian fortbestünde, ist nicht zu leugnen. Aber ihr Untergang ist besiegelt, und sie gerade sind es zumeist, welche mit den kleinlichsten und schäbigsten Mitteln die Arbeiter placken, um sich noch einige Zeit gegen den Großbetrieb zu behaupten.

Es ist nicht zu hoffen, daß der Normalarbeitstag die alle Bande sprengenden Produktivkräfte fesseln, die Überproduktion beseitigen, der Arbeitslosigkeit ein Ziel setzen werde. Dies vermag erst die grundstürzende Umwandlung der gesellschaftlichen Zustände. Aber er wird die Verelendeten vor dem Untergang, die besser gestellten Arbeiter vor dem Sturz in die Tiefe bewahren, er wird die Spannkraft und Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse erhöhen, er wird das Elend der Arbeitslosigkeit zwar nicht aufheben, aber mildern. . . . In vielen Industriezweigen wird zwar die Technik arbeitsparende Maschinerie einführen, um eine Zufuhr neuer Arbeitskräfte zu ersparen, aber in andern nicht unmittelbar durch die Maschinerie bedrohten Gewerben, wie Bauhandwerk usw., wird vielen Arbeitslosen Beschäftigung verschafft. Doch weit bedeutsamer ist es, daß die Produktion durch die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit etwas beständiger, gleichmäßiger über das ganze Jahr verteilt wird; auf diese Weise wird die Überarbeit und die daraus sich ergebende Arbeitslosigkeit verhütet. Die Löhne der Arbeiter steigen durch die Verkürzung der Arbeitszeit, das Angebot von Händen, die Schmutzkonkurrenz drückt nicht mehr auf den Arbeitsmarkt wie bisher. Der Normalarbeitstag kräftigt den Proletarier, gibt ihm Muße zur Erholung, zur Ausbildung, zur Teilnahme am gewerkschaftlichen, am politischen Leben, er macht die Arbeiterklasse selbständiger und schlagfertiger.

Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter:

Nach einer Wochenarbeit eine genügende Ruhepause, und das Werktagsgewand ablegen, einmal ohne widrige Unterbrechung sich und den Seinen leben, mit öffentlichen Angelegenheiten sich ausgiebiger beschäftigen zu können, das ist eine bescheidene, eine billige Forderung. Wir fordern eine Pause von sechsunddreißig Stunden, damit die freie Zeit nicht bloß gerade dazu ausreicht, daß der abgeplagte, zum Tode erschöpfte Arbeiter sich einmal ausschläft, um dann sofort wieder ins Joch zu gehen. Er soll seines Daseins froh werden, und aller Arbeitspein entledigt, Mensch unter Menschen sein.

Zu 2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern:

Soll die soziale Gesetzgebung erfolgreich durchgeführt und fortgebildet werden, so brauchen wir ein Arbeitsministerium, eine Geschäftsstelle, welche den Mittelpunkt für die soziale Politik bildet, das Reichsarbeitsamt. Diesem, welchem in bestimmter Gliederung als ausführende Werkzeuge die Bezirksämter und Arbeitskammern (letztere kombinierte Vertretungen von Arbeitern und Unternehmern) unterstellt sind, fällt die Aufgabe zu, sich in den Dienst der sozialen Reformen zu stellen. Einheitliche Regelung der Aufsicht über die gewerblichen Betriebe, schärfste Kontrolle über die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, fortgesetzte sorgfältige Buchung der wirtschaftlichen Vorgänge, statistische Erhebungen über die gesellschaftlichen Zustände, über die Lage der Arbeiter, ländlicher wie städtischer, über den Stand der Geschäfte usw., das sind einige der wichtigern Gesichtspunkte, die hier in Frage kommen. Das Arbeitsamt soll Werkzeug zur Handhabung des Arbeiterschutzes, sozialpolitische Wetterwarte und Auskunftstelle über sozialpolitische Maßnahmen sein. Die Arbeitskammer hat bei der Ausführung wirtschaftlicher und sozialer Verwaltungsaufgaben helfend einzugreifen, Beschwerden über Mißstände anzunehmen, über Gesetzentwürfe sich zu äußern usw.

Nach einem Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses sollen Arbeiterkammern, also Organisationen gefordert werden, in denen die Arbeiter allein über Arbeiterfragen beraten. Diesem Beschlusse hat sich die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags angeschlossen und in ihrem Antrage die Bildung von Arbeiterkammern gefordert.

Durchgreifende gewerbliche Hygiene:

Gegen die Gewerbekrankheiten, welche verheerender als die Pest unter den Arbeitern aufräumen, so daß jedem Beruf seine Leiden, jeder Beschäftigung ihre besondern Schädigungen und Gefahren eignen, muß ein unerbittlicher Krieg geführt werden. Die ungesunden Arbeitsräume, die andern zahlreichen schädlichen Einflüsse (Staub usw.), die Arbeit mit giftigen Stoffen, der Mangel an genügendem Luftwechsel, an Sicherheitsvorrichtungen, sie sind längst bekannt.

Sobald die nötigen Vorsichtsmaßregeln angewendet, die Ursachen der Erkrankung beseitigt oder doch in ihrer Einwirkung beschränkt werden, sinkt die Erkrankungsziffer. Welche Bedeutung hat nicht der Luftraum, welche Erfolge wird eine Hygiene erzielen, welche den gesetzlich notwendigen Luftraum feststellt und die entsprechende Gestaltung der Arbeitsstätten durchsetzt! Ständige Ventilation der Arbeitsräume, der Zahl der Arbeiter entsprechende Größe derselben, gute Heiz- und Beleuchtungseinrichtungen, Desinfektion der Ansteckung verursachenden Stoffe vor ihrer Verarbeitung, Reinlichkeit, — welche Fülle von Aufgaben für die Ärzte!

Zu 3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den

gewerblichen Arbeitern. Beseitigung der Gesindeordnungen:

Die landwirtschaftlichen Arbeiter, mögen sie zum Gesinde oder zu den Dienstboten zählen, sind noch heute im Zustande der Hörigkeit. Nach der preußischen Gesindeordnung, die aus dem Jahre 1810 stammt, darf der Dienstbote für Scheltworte oder geringe Tätlichkeiten keine gerichtliche Genugtuung fordern, er darf sich Mißhandlungen, die nicht das Leben bedrohen, nicht widersetzen, er ist verpflichtet, sein Mitgesinde zu denunzieren. Sein Lohn ist nicht sichergestellt, sein Gesindevertrag läuft auf ein ganzes Jahr, die Kündigungsfrist beträgt drei Monate vor Ablauf der Dienstzeit. Die „Herrschaft" dagegen kann jederzeit kündigen, und das Arbeitsbuch ist zugleich ein Mittel, um unbequeme Leute brotlos zu machen. Die Tagelöhner und die übrigen Arbeiter der Landwirtschaft stehen unter dem Gesetz vom 24. April 1834. Die Landarbeiter sind dadurch der Koalitionsfreiheit beraubt, jede Verabredung des Ausstandes, jede Aufforderung dazu, und natürlich der Ausstand selbst sind die Handlungen, auf welche bis zu einem Jahre Gefängnis steht.

Zu 5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung:

Die Arbeiterversicherung mit ihren bureaukratischen Einrichtungen und minimalen Leistungen genügt nicht den Anforderungen. Da die Leistungen der Unternehmer nur Teile des Arbeitslohns sind, fordert die sozialdemokratische Partei ein volles Verwaltungsrecht der Arbeiter über diese Teile ihres Lohnes. Sie fordert ferner einen Ausbau der Versicherung durch Schaffung einer reichsgesetzlichen Arbeitslosenversicherung, Witwen- und Waisenversorgung, und ausreichende Unterstützung für Schwangere und Mütter. Die Renten und Unterstützungssätze müssen so hoch sein, daß die Rentenempfänger vor der Not bewahrt bleiben.

Vom nämlichen Verfasser erschienen im gleichen Verlag:

Die katholischen Arbeitervereine als kirchliche Bildungsvereine

Soziale Tagesfrage 22. Vierte, vollständig neu bearbeitete Auflage.

11.—13. Tausend. 1918. 8° (56) ℳ 1.25

Inhalt: 1. Klärung und Festigung einer christlichen Auffassung der materiellen Bestrebungen im Gegensatze zur sozialistischen durch die Arbeitervereine. 2. Die kulturelle Förderung der christlichen Arbeiterbewegung durch die Arbeitervereine. 3. Die Erneuerung des Familienlebens im Arbeiterstande durch die Arbeitervereine. 4. Die staatsbürgerliche Erziehung der Arbeiter durch die Arbeitervereine. 5. Der katholische Arbeiter als Angehöriger seiner Kirche und die Arbeitervereine. 6. Ziele und Art der geistlichen Leitung.

Arbeiterinnenfürsorge in weiblichen Jugendvereinen

Soziale Tagesfrage 32. Zweite, vollständig umgearbeitete Auflage.

3.—6. Tausend. 1913. 8° (80) 80 Pf.

Die liberale Schulpolitik in Preußen und unsere Aufgaben

1.—4. Tausend. 1910. 8° (125) ℳ 1.20

Inhalt: 1. Das Volksschulwesen in Preußen bis 1870. 2. Die preußische Volksschule nach 1870. 3. Das Volksschulunterhaltungsgesetz von 1906. 4. Die Simultanschule. 5. Liberale und christliche Erziehungsideale. 6. Unsere Aufgaben auf dem Gebiete der Schule.

243:49

Im gleichen Verlag erschienen:

Der „wissenschaftliche" Sozialismus die Grundlage der Sozialdemokratie. Von Dr. L. Nieder. Gemeinverständlich erörtert. 1911. 8° (40) 20 Pf.

Sozialdemokratie und Religion. Eine Untersuchung der sozialdemokratischen Praxis und Theorie. Von Dr. Franz Meffert. 1912. 8° (128) 50 Pf.

Die revolutionäre Sozialdemokratie (Vortragsskizze 42). 1919. 8° (28) 20 Pf. — Zur Frage der Sozialisierung (Vortragsskizze 46). 1919. 8° (20) 25 Pf. — Aufgaben der Bürger beim Wiederaufbau des Staates (Vortragsskizze 51). 1919. 8° (12) 20 Pf.

Staatsbetrieb oder Privatbetrieb? Von Dr. P. Beusch. 1919. 8° (54) ℳ 1.50. Inhalt: I. Staatsbetrieb. II. Voraussetzungen und Vorteile des Staatsbetriebs. III. Schwierigkeiten und Schattenseiten des Staatsbetriebs.

Krisis in der Sozialdemokratie. Von Jos. Joos. 2. Auflage. 6.—10. Tausend. 1911. 8° (88) ℳ 1.—

Die sozialdemokratische Frauenbewegung in Deutschland. Von Jos. Joos. 1912. 8° (88) ℳ 1.—

Die sozialistische Jugendbewegung in Deutschland. Von Jos. Kipper. (Soziale Tagesfrage 39.) Zweite, erweiterte Auflage. 4.—6. Tausend. 1918. 8° (41) 60 Pf.

Der erste politische Streik im Deutschen Reich. 1918. 8° (32) 25 Pf.

Die russische Revolution. Von Dr. R. Berger. 1918. 8° (48) 60 Pf.

Fraktionsspaltung und Parteikrisis in der deutschen Sozialdemokratie. Tatsachen und Tendenzen. Von Dr. R. Berger. 1916. 8° (104) ℳ 1.40

Die deutsche Sozialdemokratie im dritten Kriegsjahr. Von Dr. R. Berger. 1917. 8° (127) ℳ 1.90

Zur Würdigung der deutschen Arbeiter-Sozialpolitik. Von Prof. Dr. Hitze. Kritik der Bernhardschen Schrift: Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. 1913. 8° (124) ℳ 1.60

Die Konfession der sozialdemokratischen Wählerschaft. Von Dr. Alois Klöcker. 1913. 8° (126) ℳ 3.—

HX
276
.M83
1919

Muller, Otto, 1870-
Der Socialismus in
Deutschland. --

Industriefragen

Von Dr. Emil van den Boom

1919. 8° (138) ℳ 3.60

Inhalt: 1. Vom Werden und Wachsen des industriellen Deutschland. 2. Das Unternehmertum im Betrieb und öffentlichen Leben. 3. Die Arbeiterschaft im alten und neuen Deutschland. 4. Die Zwischenschicht der Angestellten. 5. Industrielle Interessenvertretungen und Industriepolitik. 6. Industrie und Sozialpolitik. 7. Berufsständische Gemeinschaftsarbeit. 8. Handelspolitik, Heimatmarkt, Weltmarkt. 9. Die Industrie unter den Einwirkungen des Weltkrieges. 10. Zum Wiederaufbau. 11. Industrieförderung. 12. An der Schwelle einer neuen Zeit.

Der Kleinhandel nach dem Frieden

Von Dr. H. Lübbering

1919. 8° (etwa 120) ℳ 3.60

Inhalt: 1. Volkswirtschaftliche Stellung und Bedeutung des Kleinhandels. 2. Die Wirkungen des Krieges und der Revolution auf den Kleinhandel. 3. Das Genossenschaftsproblem. 4. Die Kleinhandelsbewegung. 5. Der Fachverein als Träger der Standeskultur. 6. Die örtliche Gesamtvertretung des Kleinhandels. 7. Die praktische Durchführung der Gemeinschaftsarbeit. 8. Das Mittelstandskartell. Schlußwort.

Demnächst erscheint:

Handwerkerfragen nach dem Frieden

Von Dr. H. Lübbering

Inhalt: I. Neue Wirtschaftsordnung und Wiederaufbau des Handwerks. II. Berufsständische Gemeinschaftsarbeit. III. Kreditbeschaffung. IV. Arbeits- und Rohstoffbeschaffung. V. Standeskultur. VI. Bedeutung und Aufgaben der gemeinsamen Verwaltungsstelle. VII. Handwerk und Politik.